

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

GEWERKSCHAFTSSPIEGEL · INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt, September 1981

Einzelpreis 4,- DM

XXI. Jahrgang

D 3476 EX

9/81

Die Hiobsbotschaften mehren sich. Mehr als 1,3 Millionen offiziell registrierte Arbeitslose meldet die Nürnberger Bundesanstalt. Die Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren 1,5 Millionen für das Jahresende und bis zu 2 Millionen im nächsten Jahr. Parallel dazu haben die Preissteigerungen die Mini-Lohnerhöhungen vom Frühjahr längst aufgezehrt. Reallohnneinbußen sind die Folge. Und in Bonn regiert der Rotstift, jedoch nur bei Sozialleistungen. Rüstungsausgaben, Profit-subventionen an Großverdiener und Diäten für „Volksvertreter“ steigen weiter.

Immer mehr Gewerkschafter fragen: Sind diese Zustände der vielgepriesene Hort der westlichen Freiheit, für den die arbeitenden Menschen nach dem Willen des großen Kapitals in Übersee und hierzulande eine absolute Verschlechterung ihrer Lebenslage hinnehmen sollen? Brauchen wir, um Krise und Arbeitslosigkeit, Reallohnverlust und Sozialdemontage zu erhalten, atomare Mittelstreckenraketen, muß darum US-Präsident Reagan die Neutronenbombe bauen lassen? Mit einem Zynismus sondergleichen beleidigen und verunglimpfen die Mächtigen und ihre Steigbügelhalter in Regierung, Justiz und Massenmedien das arbeitende Volk, das immer noch alle Werte schafft. Bei 1,3 Millionen registrierter und fast einer weiteren Million versteckter Arbeitslosen und gleichzeitig 0,2 Millionen offenen Stellen faseln diese Leute von „Mißbrauch“ und bringen die Unverschämtheit über die Lippen, die Arbeitslosen bekämen zuviel Geld. Ein Großverdiener wie ein Bonner Minister, der monatlich 10 000 Mark auf sein Konto überwiesen bekommt, stellt sich hin und behauptet, ein Facharbeiter in der höchsten Lohngruppe, der im Falle der Arbeitslosigkeit allergünstigstenfalls monatlich 1200 DM für ein Jahr für sich

1,3 Millionen Arbeitslose und Sozialdemontage

und seine Familie erhält, sei überversorgt und lebe wie ein Playboy. Sein Arbeitslosengeld müsse gekürzt werden. Hinter dieser Ungeheuerlichkeit verbirgt sich die Absicht, nicht nur den Lebensstandard der Arbeitslosen radikal zu senken, sondern alle Lohn- und Gehaltsabhängigen sollen den Gürtel enger schnallen. Darum auch weniger Kindergeld und Selbstbeteiligung der Versicherten an den Krankheitskosten bei gleichzeitig höheren Sozialbeiträgen sowie die Wiedereinführung von Karenztagen im Krankheitsfall, um nur einige der Bonner Abbaupläne zu nennen. Errungenschaften, für die ganze Arbeitergenerationen einen opferreichen Kampf geführt haben, werden von der sozialliberalen Koalition, den Machern in Bonn, im Unternehmerinteresse mit einem Federstrich beseitigt.

Um dem Einhalt zu gebieten, genügen keine papiernen Proteste, schon gar nicht halbherzige, wie sie des öfteren aus der Düsseldorfer DGB-Zentrale zu hören sind. Die richtige Antwort gab die IG Metall im Bezirk Stuttgart, als sie auf die Forderung von CDU-Ministerpräsident Späth aus Baden-Württemberg, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall abzubauen, reagierte. Dafür habe die IG Metall 16 Wochen gestreikt. Nottfalls werde sie weitere 16 Wochen streiken, wenn versucht werde, diese Errungenschaft den Arbeitern zu stehlen. Jetzt dürften die Gewerkschaften auch nicht mehr länger Rücksicht auf Bonn nehmen, das könnte katastrophale Folgen haben.

Aus dem Inhalt:

- | | |
|---|-------|
| Am 10. Oktober gegen NATO-Raketen und Neutronenbomben nach Bonn | 3 |
| Unternehmer und Regierung wollen Tabula rasa machen | 4 |
| Mißbrauch neuer Technologien vernichtet Arbeitsplätze
Gespräch mit Harold Henke, Sekretär beim Hauptvorstand der HBV | 5 |
| Der 12. ordentliche DGB-Kongreß wirft seine Schatten voraus | 10 |
| Heute von besonderer Aktualität: Sozialpolitik im Grundsatzprogramm | 11 |
| <hr/> | |
| DGB-Aufruf für Frieden und Abrüstung | |
| Leonhard Mahlein: Unruhe und Besorgnis über Neutronenwaffe | |
| Kristallisationspunkt: 35-Stunden-Woche | 13-20 |
| <hr/> | |
| „Frieden durch Abrüstung“ Zur DGB-Unterschriftenaktion | 21 |
| Bildung und Weiterbildung: Thema des 6. NACHRICHTEN-Seminars | 23 |
| Ein BetrVG-Kommentar ganz anders
Man kann damit pfißig arbeiten
Opel-Betriebsrat Wilfried Lang sprach mit den Autoren | 24 |
| Sozialer Rückschritt auf der ganzen Linie | 26 |
| „Wichtige Strukturreformen notwendig für dauerhaften sozialen Fortschritt“
Interview mit Georges Seguy, Generalsekretär der C.G.T. | 28 |

Vetter: „Sicherung des Friedens verlangt stets neue Taten“

Mit einer großen Beteiligung – wie noch nie zuvor – fanden um den 1. September, dem Antikriegstag, in fast allen Orten gewerkschaftliche Kundgebungen, Seminare und Foren statt. In einigen DGB-Kreisen wurde dieser Tag zu alternativen Stadtrundfahrten genutzt. Der DGB-Bundesvorstand jedoch kochte auf Sparflamme. Er lud rund 1500 Gewerkschafter zu einer Kundgebung in das Düsseldorfer Messe- und Congreß-Zentrum, wobei, das sei von vornherein kritisch festgestellt, noch nicht einmal alle Plätze besetzt waren.

Diese Düsseldorfer Kundgebung war übrigens auch der Auftakt einer Unterschriftenaktion des DGB für Frieden durch Abrüstung, wobei noch nicht ganz klar ist, wieviel Unterschriften gesammelt werden sollen. Eugen Loderer sprach am 31. August anlässlich der Feier zum zehnjährigen Bestehen der IG-Metall-Bildungsstätte Sprockhövel von rund 8 Millionen Unterschriften. Aus dem DGB-Bundesvorstand wurde jedoch keine konkrete Zahl bekannt.

Einziger Redner auf der Düsseldorfer Kundgebung war DGB-Vorsitzender Heinz Oskar Vetter. In den Mittelpunkt seiner Rede – um es auf einen kurzen Nenner zu bringen – stellte er die Forderung: „Weg von der Konfrontation im politischen Denken und Handeln – hin zu einer Politik der Verständigung und Zusammenarbeit!“ Denn der Frieden, so erklärte er unter starkem Beifall, sei die Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben. Jede gewerkschaftliche Politik würde unter dem Damoklesschwert des Atomkrieges ihren Sinn verlieren. Friedenssicherung müsse daher oberstes Gebot aller Politik sein. Und „Sicherung des Friedens“, so formulierte der DGB-Vorsitzende die Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung, „verlangt stets aufs neue Taten.“

Vetter setzte sich mit jenen auseinander, die meinten, Widersprüche gewaltlos lösen zu müssen. Wörtlich erklärte er: „Gegensätzliche Interessen rechtfertigen eben nicht Nötigung, Erpressung, Zwang oder Krieg.“ Und wenn Politiker meinten, daß internationale Konflikte nur militärisch zu lösen wären, so sei ihnen ins Stammbuch geschrieben, daß die Kriegsfelddisziplin preußischer Generale kein Maßstab für das Atomzeitalter sei, und „Kanonenbootpolitik ist auch in der Luft gefährlich“.

Mit großer Spannung war von den Anwesenden eine Stellungnahme zur Produktion der Neutronenwaffe erwartet worden, denn bis zu diesem Zeitpunkt gab es dazu kein Wort aus dem DGB-Bundesvorstand. Der DGB-Vorsitzende formulierte es so: „In der Rüstung vollzieht sich auf furchterregende Weise genau das, was Arbeitnehmer in der Wirtschaft, bei der Anwendung neuer

Technologien immer wieder erleben müssen: Was technisch machbar ist, wird auch gemacht – ohne Rücksicht auf die Folgen für die unmittelbar Betroffenen. Ein schlagendes Beispiel ist die Herstellung der Neutronenbombe.

GLOSSE

Auf den Hund gekommen

Was ist mit Strauß, was ist mit Kohl? Wo sind Barzel, Dregger, Carstens und all die anderen Namen geblieben, die für stockreaktionäres Denken und Handeln in diesem Lande stehen? Namen, die Sinnbilder sind für Intoleranz, Nationalismus, Fanatismus, Antikommunismus, Hochrüstung, sozialen und demokratischen Rückschritt, Arbeiterfeindlichkeit usw. usw. Was ist mit ihnen passiert, wo sind sie hin?

Gewiß, ab und zu hört man noch von dem einen oder anderen. Aber sie haben kaum was zu sagen. Ihr Marktwert ist stark gesunken. Sie haben gnadenlose Konkurrenz bekommen.

Wenn Strauß und Kohl und all die anderen gerade sagen wollen: „Die Russen sind eine Gefahr“, dann hat Helmut Schmidt es schon ausgesprochen. Wollen Strauß und Kohl gerade auftrumpfen: „Wir brauchen noch mehr US-Atomraketen!“, dann hat Schmidt sie schon längst bestellt. Und wollen Strauß und Kohl gerade rufen: „Schluß mit dem sozialen Versorgungsstaat! Schluß mit dem Mißbrauch! Kürzt den laulen Arbeitslosen das Geld!“, dann holt Schmidt bereits fertige Pläne dafür aus der Schublade.

Nun hat Reagan angefangen, die Neutronenbombe zusammenzubauen, und Strauß und Kohl wollten gerade verkünden: „Die brauchen wir auch in unserem Land!“, da ist Schmidt ihnen schon wieder zugekommen, assistiert von dem ehemals als Gewerkschaftsführer verkappten Konservativen Georg Leber. – So jedenfalls geht die reaktionäre Opposition vor die Hunde!

okulus

die von Militärstrategen als „saubere Lösung“ bezeichnet wird, weil ihr Einsatz Menschen tötet, aber Waffen und Gebäude unbeschädigt lassen würde.“ In diesem Zusammenhang stellte sich der DGB-Vorsitzende hinter die Forderung nach einem völkerrechtlichen Verbot aller Atomwaffen. Das müsse auch „uneingeschränkt für die Neutronenbombe“ gelten.

Keine Kritik übte Vetter an der SPD-geführten Bundesregierung wegen ihres Festhaltens am NATO-Beschluß, obwohl mehrere im vergangenen Jahr stattgefundenen Gewerkschaftstage verlangt hatten, die gegebene Zustimmung zur Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen auf dem Boden der Bundesrepublik rückgängig zu machen.

Zum geplanten sozialen Kahlschlag der Bundesregierung zugunsten der Hochrüstung sagte Vetter wörtlich: „Seit Wochen und Monaten wird uns erneut vor Augen geführt, wie gefährdet dieser Fortschritt in Krisenzeiten ist, wie wenig manches davon den Verfechtern einer Ellenbogengesellschaft, den Funktionären der Arbeitgeber, paßt. Was die asozialen Apostel einer freien Marktwirtschaft in Bundesbank und Bundesregierung uns verordnen, löst keines der Probleme, die uns bedrücken: Inflation, Flaute, Arbeitslosigkeit. Wir sagen nein zu diesem monetaristischen Darwinismus! Wir wollen nicht zurück in den Steinzeitkapitalismus.“ Die Gewerkschaften müßten denen das Handwerk legen, die die Stunde des Spaltens zu einem tiefen Griff in die Tasche der Arbeiter, Angestellten und Beamten nutzen wollten.

Ohne daß Vetter konkret wurde, könnte als Orientierung zur Verteidigung der sozialen Errungenschaften folgende Passage gedeutet werden: „Die einzige Abrüstung, der wir uns mit aller Kraft entgegenstellen, ist die soziale Abrüstung. Und die einzige Aufrüstung, die wir vorbehaltlos unterstützen, bleibt die soziale Aufrüstung.“ Der DGB-Vorsitzende wiederholte, daß nicht zugelassen werden dürfe, einen Keil zwischen Arbeiter, Angestellte und Beamte zu treiben.

Scharf ging er auch mit jenen ins Gericht, „die die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in den Zusammenhang mit Rüstungsproduktion und Rüstungsexport bringen“. Unter starkem Beifall gab er die Antwort: „Die Rüstungsproduktion sichert keine Arbeitsplätze in der Zukunft – weder in den USA noch in der Bundesrepublik.“

Investitionen im Rüstungssektor – das wissen wir Deutsche aus den Erfahrungen von zwei Weltkriegen – haben noch immer dazu geführt, daß der gigantische Kapitaleinsatz dadurch rentabel gemacht werden soll, daß andere Völker unterdrückt und ausgebeutet werden sollen.“

Gisela Mayer

Am 10. Oktober gegen NATO-Raketen und Neutronenbomben nach Bonn

Im Juli schrieben wir, vergleichbar mit einer Lawine entwickelt sich die Bewegung gegen die Stationierung von NATO-Raketen in Mitteleuropa. Dieses Bild hat sich seither in der Praxis vollauf bestätigt. Und mit dem Befehl des US-Präsidenten Reagan, die Neutronenbombe zu bauen, schwillt die Bewegung noch stärker an. Nach den Aktionen zum Antikriegstag und den vielfältigen Kampagnen der Gewerkschaftsjugend steht als weiterer Höhepunkt die Großdemonstration und Kundgebung am 10. Oktober in Bonn bevor.

320 bundesweite, lokale und regionale Organisationen haben bisher dazu aufgerufen, gegen die NATO-Raketen und die Neutronenbombe zu demonstrieren. Als einer der Hauptredner auf der Abschlußkundgebung wird das Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Metall, Georg Benz, sprechen. Zahlreiche gewerkschaftliche Gremien, wie z. B. die DGB-Landesjugendkonferenz von Rheinland-Pfalz, haben die Gewerkschafter aufgerufen, am 10. Oktober mit nach Bonn zu fahren.

Zugleich verstärkt sich die Kritik am DGB-Bundesvorstand, der in seiner Sitzung am 7. Juli in Frankfurt der Gewerkschaftsjugend untersagt hatte, am 10. Oktober bei der von der Aktion Sühnezeichen / Friedensdienste geplanten Aktion in Bonn als Mitveranstalter aufzutreten. Inzwischen ist in der Öffentlichkeit bekannt geworden, daß der geschäftsführende DGB-Bundesvorstand vor der erwähnten Sitzung eine Beteiligung der Gewerkschaftsjugend gebilligt hatte, diese wurde dann auf Intervention einiger Vorsitzender von Einzelgewerkschaften, darunter dem der IG Bergbau und Energie, wieder revidiert. Begründet hat man die Absage damit, daß auch die DKP zu den 320 Mitunterzeichnern des Aufrufes für die Demonstration in Bonn gehöre.

Immerhin haben die Proteste bewirkt, daß der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter dem Mitorganisator der Aktion am 10. Oktober, Bischof Scharff, zusicherte, jeder Gewerkschafter könne selbstverständlich an dieser großen Manifestation teilnehmen. Viele Gewerkschafter wollen auch die gegenwärtig laufende Unterschriftenkampagne des DGB „Frieden durch Abrüstung“ – es sollen 2 Millionen Unterschriften gesammelt werden – nutzen, um Kollegen zur Teilnahme an der Bonner Friedensdemonstration anzusprechen (vergl. auch Seite 13).

Insgesamt gesehen sind die herrschenden Kreise und ihr Anhang über die Friedensbewegung und die Unterschriftensammlungen erschreckt. Die 1,2 Millionen Bundesbürger, die den Krefelder Appell unterschrieben haben, die ungezählten Initiativen verschiedener Grup-

pen in allen Teilen der Bundesrepublik bis hin zu dem Appell der prominentesten Schriftsteller aus Ost und West haben schon heute bei den Rüstungsbefürwortern Wirkung gezeigt. Und wenn jetzt Millionen Gewerkschafter den DGB-Appell unterschreiben, wird sich diese Wirkung verstärken.

Bürgerliche Zeitungen wie die „Frankfurter Allgemeine“ versuchen, die Friedensbewegung und die Unterschriftensammlungen herunterzuspielen. Einerseits werden all die Millionen, die gegen NATO-Raketen und Neutronenbombe protestieren, diffamiert, sie hätten keine Ahnung von Politik, andererseits werden jene paar hundert Politiker, die den „Datteler Aufruf“ unterschrieben haben, über den grünen Klee gelobt. Dieser Aufruf begrüßt den NATO-Doppelbeschluß. Zu den Unterzeichnern gehören der Gewerkschaftsfeind Kurt Biedenkopf (CDU), die nordrhein-westfälische Justizministerin Inge Donnepf (SPD), der Oberbürgermeister von Bamberg (CSU) und führende Funktionäre der IG Bergbau und Energie. Unterschriftenlisten für diesen Aufruf einer großen Pro-Raketen-Koalition vertreibt der Bundeswehrverband.

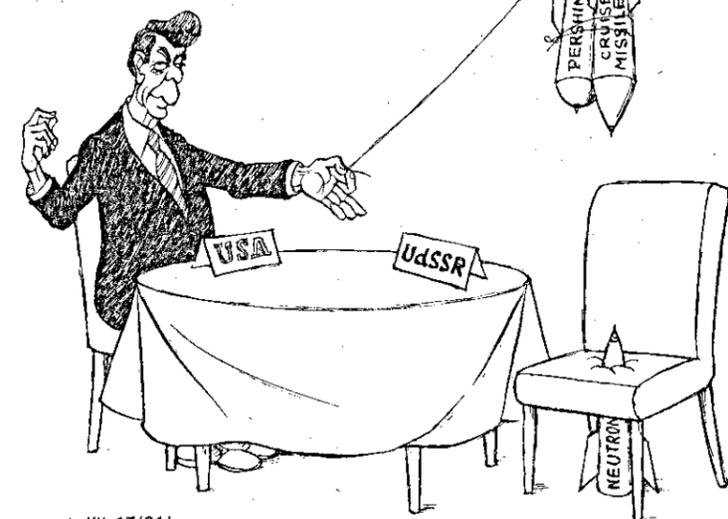
Werner Petschick

Prozeß gegen Hans Peter

Der Bundesdisziplinarsenat des Bundesverwaltungsgerichts hat die Verhandlung gegen den 51jährigen technischen Fernmeldehauptsekretär Hans Peter vom 27. bis 29. Oktober in Westberlin angesetzt. Fachkundige Beobachter aus mehreren europäischen Ländern werden erwartet. Bekanntlich wurde 1978 auf das persönliche Betreiben von Bundespostminister Gscheidle (SPD) ein Disziplinarverfahren gegen Hans Peter mit dem Ziel der Entlassung eingeleitet. Angeblich habe dieser durch Mitgliedschaft und Aktivitäten in der DKP die Treuepflicht eines Beamten verletzt.

Aufgrund der weltweiten Protestwelle wurde 1978 Hans Peter von der III. Kammer des Bundesdisziplinargerichts in Frankfurt freigesprochen. Gegen diesen Freispruch wurde auf Entscheidung der Ministerrunde Baum, Vogel, Gscheidle und Huonker Berufung eingelegt. Inzwischen haben zahlreiche Demokraten und Organisationen des In- und Auslandes, darunter auch die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Abgeordneten des Europa-Parlaments die Bundesregierung aufgefordert, durch eine politische Entscheidung die Berufsverbotspraxis bei Post und Bahn zu beenden. Die Folge war, daß man den von Berufsverbot Bedrohten das Angebot machte, auf eigenen Antrag vom Beamten- ins Angestelltenverhältnis überzuwechseln. Dieses Angebot, das eine weitere Diskriminierung bedeutet, wurde inzwischen von mehreren Betroffenen abgelehnt. Wesentlich für die Ablehnung waren auch fehlende politische und soziale Absicherung, finanzielle Einbußen und die Versetzung zu berufsfernen Tätigkeiten. G. M.

Komm, lieber Leonid



(Aus „metall“ 17/81)

Unternehmer und Regierung wollen Tabula rasa machen

Aus den Berechnungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes (WSI) geht hervor, daß in diesem Jahr wiederum eine Reallohnsenkung zu verzeichnen ist, und zwar von einem Prozent. Damit wird die reale Nettolohnsumme wieder auf den Stand von 1978 zurückfallen. Aber bekanntlich kommt der Appetit beim Essen. Unternehmerverbände und Bundesregierung wollen, unterstützt von sogenannten Wissenschaftlern, die Gunst der Stunde nutzen und Tabula rasa, d. h. reinen Tisch, machen. Der soziale Besitzstand soll zurückgeschnitten, seit Jahrzehnten mühsam erkämpfte soziale Verbesserungen abgeschafft und die Reallohne massiv gesenkt werden.

Nichts ist mehr zu hören von einer angeblich notwendigen sozialen Symmetrie. Im Rahmen ihrer Haushaltsberatungen erdreistete sich die Bundesregierung, an die Tarifparteien zu appellieren, die nächste Lohn- und Gehaltsrunde um jeweils ein halbes Jahr hinauszuschieben (FAZ, 12. 8. 1981). Herbert Giersch, Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft und schon immer willfährig, wenn es um die Interessen des Kapitals ging, mutet den Arbeitern, Angestellten und Beamten zu, sie sollten zustimmen, „daß die Reallohne durch Mäßigung bei den Nominallohnen hinter dem Produktivitätsfortschritt zurückbleiben, etwa durch Einschleichen einer Lohnpause“ (Wirtschaftswoche Nr. 35, 21. 8. 1981, S. 17).

Matthöfer befreit Flick von der Steuer

Wie aus Bonn zu erfahren ist, hat Bundesfinanzminister Matthöfer den Flick-Konzern um 120 Millionen DM bereichert. Wegen seiner „Förderungswürdigkeit“ ist die Hunderte-Millionen-DM-Anlage beim Gerling-Konzern steuerfrei. Bekanntlich hatte Flick seine Daimler-Benz-Aktien für 1,9 Milliarden DM verkauft und davon wieder 1,5 Milliarden steuerfrei angelegt.

Die ÖTV-Bezirksleitung Hessen stellte am 17. August fest, daß die Sparpläne der Bundesregierung einseitig die Arbeitnehmer belasteten und daher „schlicht arbeitnehmerfeindlich“ seien. Der Kernpunkt der kommenden Auseinandersetzung liege jedoch in der von der Bundesregierung für 1982 angestrebten Lohnpause. Die ÖTV Hessen ist der Ansicht, daß die Reaktion darauf nicht erst im Frühjahr 1982 am Verhandlungstisch erfolgen dürfe. Wer die gewerkschaftliche Tarifpolitik negiere und derart massiv in die Tarifautonomie einzugreifen gedanke, der müsse schon jetzt eine Antwort erhalten.

Der Bezirksvorstand Hessen stellte fest,

daß sich an der Meinung der ÖTV-Mitglieder nichts geändert habe:

„1. Die Arbeitnehmer haben 1981 ein sinkendes Realeinkommen und als dessen Folge einen Kaufkraftverlust hinnehmen müssen. Sie sind nicht bereit, auch 1982 weiter so geduldig zu reagieren.“

2. Der Versuch, eine dreimonatige Lohnpause für die gesamte Wirtschaft und den öffentlichen Dienstleistungsbereich einzuführen, käme einer Abschaffung der Tarifautonomie gleich. Schon der Versuch muß als politisches Diktat empfunden werden. Seine Umsetzung würde verheerende und noch gar nicht überschaubare politische Folgen haben.

3. Eine Verlängerung der laufenden Tarifverträge im öffentlichen Dienst um drei Monate – um wenigstens hier die Lohnpause zu erzielen – kann unseres Erachtens von der Gewerkschaft ÖTV noch nicht einmal in Erwägung gezogen werden. Wir haben nicht darum gekämpft, den Anschluß an die Lohn- und Gehaltsentwicklung der gewerblichen Wirtschaft zu erhalten, um uns jetzt von den Politikern wieder abkoppeln zu lassen. Dies gilt selbstverständlich auch für die Beamten.“

Dies sind klare Worte. Die ÖTV macht auch darauf aufmerksam, daß keines der gewerkschaftlichen Kampffelder so wichtig sei wie dies, „auf dem über das lebensnotwendige reale Einkommen entschieden wird, mit dem wir unseren Lebensunterhalt bestreiten“. Die Entscheidung, ob die Gewerkschaften überhaupt noch Erfolg haben könnten, falle auf diesem Feld.

Auch der hessische DGB-Landesvorsitzende Jochen Richert kam in einer Pressekonferenz zu dem Ergebnis, daß sich in der Mitgliedschaft die Auffassung breitmache, daß die letzte Lohnrunde nichts gebracht habe. Wenn der DGB jetzt nicht aktiv werde, könnten sich Lethargie und Resignation ausbreiten (siehe auch den Brief des Betriebsrates von Honeywell Seite 8).

Aus allem ergibt sich, daß die Tarifrunde 1982 schon begonnen hat. Unternehmerverbände und Bundesregierung wollen die realen Einkommen senken und den sozialen Besitzstand drastisch verschlechtern. Die Pläne, die jetzt allerorten bekannt werden, sind so ungeheuerlich, daß man sich doch wundern kann, daß der DGB und auch die Einzelgewerkschaften es noch bei wortreichen, meist aber sogar zaghaften Protesten belassen. Dies wird mit Sicherheit den sozialen Kahlschlag nicht verhindern. Da muß schon mehr geschehen.

Die ÖTV in Hessen stellt fest, daß nach dem politischen Willen der Bundesregierung die unvermeidbare Auseinandersetzung um die Tarifrunde 1982 jetzt beginnt. Die Regierung und die Parlamente müßten erfahren, daß die ÖTV notfalls auch bereit sei, die Sparpläne aktiv zu bekämpfen. Wenn diesen Worten die entsprechenden Taten folgen, wenn alle Gewerkschaften in dieser Tarifrunde an einem Strang ziehen und der DGB seine vornehme Zurückhaltung aufgibt, dann, aber nur dann, kann den Unternehmern und den Regierungen erfolgreich Paroli geboten werden. Heinz Schäfer

Gegen Rotstift

Heinz Kluncker:

„Sehr bedenklich“

„Viele Arbeitnehmer, nicht nur die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, haben betroffen und empört auf die bisher bekanntgewordenen Absichten zur Sanierung der öffentlichen Haushalte reagiert. Sie haben dazu allen Grund, denn die bisherigen Sparvorschläge sind nicht nur für den öffentlichen Dienst, sondern für alle Arbeitnehmer sehr bedenklich. Sie sind unsozial, weil sie die unteren und mittleren Einkommensbezieher relativ höher belasten als höhere Einkommensbezieher. Sie werden von den Gewerkschaften abgelehnt, weil sie zum Teil einen Eingriff in sozialstaatliche Errungenschaften zur Folge haben.“ (Aus „ötv-magazin“, September 1981).

Ernst Breit:

Unruhe wächst

„Geht man davon aus, daß die Beamten neben diesen speziell gegen sie erfindenen Einkommenseinbußen noch die auch für andere geplanten Kürzungen zu verkraften haben würden, stellt man außerdem fest, daß die Sparpläne insbesondere die niedrigen und mittleren Beamtengehälter, die bei der Post die Masse bilden, hart treffen, so kann es nicht wundern, daß die Unruhe in den Ämtern und Dienststellen der Post wächst.“ (Pressedienst der DPG, 18. August 1981)

Mißbrauch neuer Technologien vernichtet Arbeitsplätze

Gespräch mit Harold Henke, Sekretär beim Hauptvorstand der HBV

Arbeiter und Angestellte im sogenannten privaten Dienstleistungsbereich sind seit Jahren Opfer einer umfangreichen Arbeitsplatzvernichtung aufgrund des Einsatzes neuer Technologien. Die Tarifauseinandersetzungen in den Bereichen Handel, Banken und Versicherungen sind deswegen längst nicht mehr nur von der Forderung nach mehr Lohn und Gehalt geprägt. Doch auch in den kleineren Sparten dieses Bereiches ist der verstärkte Mißbrauch der neuen Technologien zu Lasten der Arbeitsplätze festzustellen. Über diese – von der Öffentlichkeit weniger beachtete – Entwicklung unterhielten wir uns mit Harold Henke, Sekretär beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV).

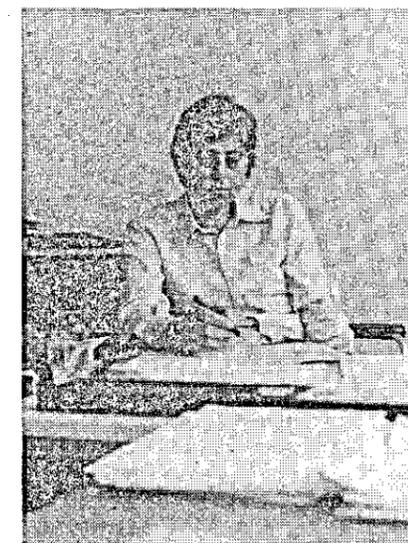
Zu den kleineren Sparten des privaten Dienstleistungsgewerbes zählen u. a. Reisebüros und -veranstalter, die Wohnungsbaugesellschaften, der Buch- und Zeitschriftenhandel, die Verlage, Nachrichtenagenturen usw. Es handelt sich im „klassischen“ Sinne um personalintensive Bereiche, in denen die Verwaltungsarbeit im Vordergrund steht. Am Beispiel der Wohnungswirtschaft sei diese Problematik verdeutlicht:

Die „Ertragssituation“ der Wohnungswirtschaft ist neben anderen Faktoren von konjunkturellen Einflüssen abhängig. Hier ist zum Beispiel seit Jahren aufgrund des stark verminderten öffentlichen Wohnungsbaus ein enormer Rückgang der Bauaufträge zu beobachten. Dazu Harold Henke zu NACHRICHTEN: „Die Wohnungswirtschaft sucht, wie auch andere Sparten, den Ausweg aus der Krise mittels Rationalisierung durch Einsatz neuer Technologien. Hier ist festzustellen, daß alle Formen der Rationalisierung genutzt werden, d. h., neben den technischen und organisatorischen Maßnahmen werden verstärkt sogenannte Unternehmensberater eingeschaltet.“ Henke an anderer Stelle: „Daneben müssen wir als Gewerkschafter natürlich auch sehen, daß öffentliche Gelder durch die steigende Rüstung für notwendige Bereiche wie den Wohnungsbau fehlen und mit entscheidend zur jetzigen Situation beitragen.“

Was die Rationalisierung mittels neuer Technologien jedoch neben der umfassenden Arbeitsplatzvernichtung bedeutet, kann man sich leicht ausrechnen: Zerstückelung einzelner Arbeitsabläufe, Senkung der Qualifikationsanforderung, Nichtbesetzung freigewordener Stellen und verschärfte Leistungskontrolle.

Doch wie wirkt sich diese Entwicklung tarifpolitisch aus? Dazu wieder Harold

Henke: „Bisher waren die Unternehmen, wie zum Beispiel im Reisebürobereich, auf qualifiziertes, gut ausgebildetes Personal angewiesen. Mit Hilfe der neuen Techniken versuchen sie aber gerade dort, Kosten einzusparen. Deshalb werden die jetzt noch vorhandenen, nach unten breit gefächerten Tätigkeitsmerkmale wieder interessant.“



weil billiger. Denn man muß sehen: Je mehr Arbeiten zum Beispiel im Datendialog bzw. Dokumentendruck usw. von der Maschine übernommen werden, desto deutlicher reduziert der Angestellte seine Tätigkeit natürlich auf reine Bedienerfunktionen.“

Angeht diese Entwicklung taucht natürlich die Frage auf, ob und inwieweit Gegenwehr der Betroffenen möglich ist. Die Antwort gibt der HBV-Sekretär: „Hierbei kommt es ganz entscheidend auf das Engagement der Betriebsräte, Vertrauensleute und natürlich auch auf uns als Gewerkschaft an. Den Betriebsräten und Vertrauensleuten raten wir zum Beispiel immer wie-

der: Arbeitet nicht in den von den Arbeitgebern geschaffenen Rationalisierungsausschüssen mit, sondern bildet Gegenaussschüsse. Verlangt über alle Maßnahmen schriftliche Mitteilungen, wertet Zwischenergebnisse sorgfältig aus und überwacht das Geschehen insgesamt sehr gründlich.“ Doch darauf allein kann sich natürlich die Tätigkeit des Betriebsrates und der gewerkschaftlichen Vertrauensleute nicht beschränken. Deswegen bietet die HBV eine ganze Reihe gezielter Schulungsmaßnahmen für ihre ehrenamtlichen Funktionäre aus den Betrieben an. Daneben gibt es von der HBV verschiedene Initiativen über Rationalisierungsschutzabkommen mit den Unternehmern, den Abbau von Sozialleistungen zu verhindern, die Kontrolle der Arbeitsleistungen und Personalbeurteilungen abzublocken, den Schutz vor Abgruppierung und Dequalifizierung festzuschreiben und schließlich den Einfluß und die Mitbestimmung des Betriebsrates nicht nur zu sichern, sondern in Einzelbereichen über das Betriebsverfassungsgesetz hinaus zu erweitern.

Wie haben die Unternehmer bisher auf diese Gegenwehr reagiert? Harold Henke: „Na ja, die setzen natürlich auf den noch nicht genügend hohen Organisationsgrad. Andererseits merken unsere ehrenamtlichen Tarifkommissionsmitglieder und wir hier natürlich deutlich, daß man uns mit taktischen Schritten und mit Sonntagsreden hinhält. Es liegt also schon an den Kolleginnen und Kollegen, durch eine weitere Stärkung der HBV unsere Position gegenüber den Arbeitgebern zu verbessern.“

Daß dies möglich ist, zeigt die Bewusstseinsveränderung und verstärkte Konfliktbereitschaft in den Bereichen des Handels, der Banken und Versicherungen. Vielfache Aktivitäten bis hin zu Warnstreiks sind die wirksamste Sprache, die Arbeitgeber verstehen. Mit der gerade von den Unternehmern gepflegten „Sozialpartnerschaft erreichen wir nichts“, fügt Henke hinzu. „Deshalb“, so der HBV-Sekretär weiter, „müssen der Organisationsgrad erhöht und die gewerkschaftlichen Aktivitäten in den Betrieben verstärkt werden. Unsere Aufgabe als Gewerkschaft HBV ist es, in diesen Bereichen dem Nachholbedarf gerecht zu werden und zielbewußt ein konsequenteres Verhalten der Kolleginnen und Kollegen zur Durchsetzung ihrer Forderungen anzustreben.“ Die HBV ist auf dem besten Wege, das gesteckte Ziel zu erreichen. Dafür sprechen nicht nur gestiegene Mitgliederzahlen, sondern auch die Bereitschaft, für die Erhaltung der Arbeitsplätze und die Humanisierung der Arbeit etwas zu tun. Dabei kann sich die Gewerkschaft auf Beschlüsse stützen, die der im Herbst des vergangenen Jahres stattgefundenen Gewerkschaftstag einmütig gefaßt hat.

Reinhold Schlitt

Job-Sharing: Ohne Lohnausgleich Halbierung der Arbeitszeit

Die Rechnung ist simpel: Man teile 600 000 Arbeitsplätze durch zwei und schon gibt es 600 000 Arbeitslose weniger. Alle aus der Arbeitsteilung resultierenden Risiken tragen die Beschäftigten. Das ist kurz gesagt der Inhalt von „Job-Sharing“, wozu der Arbeitsring Chemie vor rund einem Jahr einen Musterarbeitsvertrag vorgelegt hatte. Von den Gewerkschaften wird jedoch eine solche Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich abgelehnt. Mit dem Inhalt des „Job-Sharing“ beschäftigt sich Gunter Rose, Leiter der Abteilung Arbeitsrecht beim Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik.

Im September vorigen Jahres legte der Arbeitsring Chemie einen Musterarbeitsvertrag zum sogenannten „Job-Sharing“ vor. „Job-Sharing“ heißt auf Deutsch Teilung des Arbeitsplatzes. Zwei oder mehrere Arbeitnehmer teilen sich einen Arbeitsplatz in der Weise, daß er ganztägig besetzt ist. Sie erhalten natürlich auch nur das entsprechende geteilte Entgelt. Die Chemie-Arbeitgeber versicherten, sie wollten mit ihrem „Job-Sharing“ Arbeitslosen helfen, die Teilzeitarbeitsplätze suchten, aber mangels Angebot keine fanden. Die Durchsicht des Musterarbeitsvertrages zeigte, so ganz uneigennützig dachten die Chemie-Arbeitgeber nicht. Die „Job-Sharing“-Arbeitnehmer sollten nämlich gegenseitig verpflichtet sein, jeden Arbeitszeitausfall des jeweils anderen durch Vertretung auszugleichen. Wird ein Partner krank oder nimmt er Urlaub, so soll der andere Partner verpflichtet sein, dessen Arbeitszeit zu übernehmen. Verliert ein „Job-Sharing“-Partner den Arbeitsplatz, sollte auch der andere gekündigt werden können. Die IG Chemie und der DGB haben derartige Verträge aus arbeitsrechtlichen Gründen als unannehmbar abgelehnt.

Nun hat die CDU die Sache, allerdings verändert, wieder aufgegriffen. Ende Juni legte sie ihrerseits einen „Modellvertrag“ zum „Job-Sharing“ vor. Sie vermied dabei Formulierungen, die arbeitsrechtlich zu beanstanden gewesen wären. Die CDU meint, mit der Einführung von „Job-Sharing“ würde ein Beitrag zur Vollbeschäftigung und zur Humanisierung der Arbeitswelt geleistet.

Richtig ist, daß unter den Arbeitslosen, speziell unter den Frauen, viele einen Halbtagsjob suchen und nur relativ wenige Halbtagsarbeitsplätze angeboten werden. Ebenso richtig ist aber auch, daß wesentlich mehr arbeitslose Frauen und Männer eine Ganztagsstätigkeit aufnehmen möchten. Jeder nach „Job-Sharing“-Modell aufgeteilter Arbeitsplatz bedeutet dann eben auch einen Vollarbeitsplatz weniger. Die massive Einführung des „Job-Sharing“-Systems könnte lediglich statistisch die Ar-

beitslosenzahl senken. Die Rechnung: Man teile 600 000 Arbeitsplätze durch zwei und schon hat man 600 000 Arbeitslose weniger. Zwar verdienen dann die 1,2 Millionen „Job-Sharer“ auch nur die Hälfte und müssen im Prinzip als „Teilzeitarbeitslose“ ohne Arbeitslosengeld angesehen werden.

Das „Job-Sharing“-Modell bleibt also – bei genauerem Hinsehen – kein Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die positive Aufnahme des „Job-Sharing“ durch die Arbeitgeber beruht sicher auch nicht auf Mitleid mit den arbeitslosen Frauen, die Teilzeitarbeitsplätze suchen. Der bessere Weg ist, was die Gewerkschaften fordern: Verkürzung der „tariflichen“ Arbeitszeit.

Mit 58 in den Ruhestand

Von Günter Döding, 1. Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten

In der Zigarettenindustrie können jetzt Frauen und Schwerbehinderte bereits mit 58 Jahren verkürzt arbeiten oder ganz aufhören mit der Arbeit. Nach dem neuen Manteltarifvertrag, der seit dem 1. Juli 1981 gilt, haben die älteren Arbeitnehmer zwei Jahre vor dem Bezug der Rente die Wahl zwischen

– der Zwanzigstundenwoche mit vollem Lohn und der

– Nullstundenwoche bei Fortzahlung von 75 Prozent der Bezüge.

Wer will, kann natürlich weiterhin 40 Stunden in der Woche arbeiten. Damit haben wir die Tür für eine neue Dimension in der Tarif- und Sozialpolitik noch etwas weiter geöffnet. Es ist auf jeden Fall humaner, wenn sich die älteren Arbeitnehmer nicht von einem Tag auf den anderen von 40 Wochenstunden auf null Wochenstunden umstellen müssen, sondern in Ruhe und mit weniger Arbeitszeit auf ihren dritten Lebensabschnitt vorbereiten können.

Gelänge es den Arbeitgebern, massiv das „Job-Sharing“-Modell durchzusetzen, dann hätten sie an den Gewerkschaften vorbei für einen Teil der Arbeitnehmer ohne jeden Lohnausgleich eine „fünfzigprozentige Arbeitszeitverkürzung“ durchgesetzt. Da ja die „Job-Sharing“-Arbeitsplätze mit Sicherheit bei den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen angesiedelt sein würden, würde so insgesamt gesehen ein sozialer Abstieg ganzer Arbeitnehmergruppen eingeleitet.

Sicher wird es Fälle geben, zum Beispiel junge Ehepaare, die über eine gleichwertige Ausbildung verfügen und die mit einem Einkommen auf einem gemeinschaftlich besetzten Arbeitsplatz zufrieden wären. Nur derartigen Bedürfnissen kann ja ohne Einführung des „Job-Sharing“-Modells jederzeit und ohne weiteres Rechnung getragen werden. Die Beschäftigung von Teilzeitarbeitnehmern ist nicht verboten.

Fazit: Die Einführung von „Job-Sharing“-Modellen auch in der abgemilderten Form der CDU auf breiter Ebene könnte nur besprochen werden, wenn es lediglich ein Problem der Arbeitslosen, die Teilzeitarbeitsplätze suchen, gäbe. Davon sind wir aber noch weit entfernt. Über eine Million Männer und Frauen suchen Ganztagsarbeitsplätze.

(Aus Pressedienst der IG Chemie, 48/1981)

Hinzu kommt: Mit diesem Abschluß, dem eine Vereinbarung der 60jährigen vorausgegangen war, schieben wir dem sogenannten „59er-Trick“ der Unternehmer einen Riegel vor. Das „Auskämmen der 59jährigen aus den Betrieben“, wie es die Arbeitgeber nennen, heißt doch nichts anderes als eine „Verjüngungskur“ zu Lasten der Allgemeinheit. Die Betroffenen bekommen erst einmal ein Jahr Arbeitslosengeld und dann drei Jahre früher die Rente, und deren Beträge fehlen dann bei den Trägern der Sozialversicherung. Deshalb müssen die Arbeitgeber, die 59jährige auf die Straße setzen, endlich zur Kasse gebeten werden, um dieses Beitragsloch zu stopfen.

Die Stoßrichtung unseres Modells ist klar: Humanisierung der Arbeit – aber nicht zu Lasten aller, sondern auf Kosten der Unternehmer.

(Aus DGB-Artikeldienst 1/1981)

GTB bereitet Aktionen vor

Die Gewerkschaft Textil – Bekleidung (GTB) bereitet gegenwärtig Aktionen vor. Dadurch soll erreicht werden, daß das Wachstum der Textilimporte aus Entwicklungsländern im neuen Welttextilabkommen von 6 auf 1,5 Prozent reduziert wird.

HBV: Am Bildschirm nicht über vier Stunden

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) hat die Ersatzkassen-Unternehmer erneut zu Verhandlungen über den bereits vorgelegten detaillierten Vertragsentwurf, der die Arbeitsbedingungen an Bildschirmarbeitsplätzen regeln soll, aufgefordert. „Ohne tarifvertragliche Regelungen“, so erklärte das geschäftsführende HBV-Hauptvorstandsmitglied Lorenz Schwegler Mitte August, „werden sich die heute schon feststellbaren negativen Auswirkungen für die Beschäftigten bedenklich erhöhen“. U. a. fordert HBV die Begrenzung der täglichen Bildschirmarbeit auf vier Stunden und Erholpausen von 15 Minuten nach einer einständigen ununterbrochenen Arbeit an Bildschirmen. Dadurch soll die gesundheitliche Gefährdung der Beschäftigten vermindert werden.

27,4 Prozent weniger für Arbeiterinnen

An der Lohndiskriminierung der Frau hat sich nichts geändert. Das belegt eine Mitte August in Bonn veröffentlichte Studie, die im Auftrag der Bundesregierung erarbeitet wurde. Danach verdienen Industriearbeiterinnen durchschnittlich 27,4 und weibliche Angestellte gar 35 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen.

Längere Pausen für Leistungslöhner

Wie „metall“ (17/81) meldet, erhalten die rund 58 000 Beschäftigten der Volkswagen-Werke, die im Leistungslohn arbeiten, ab 1. September längere Erholzeiten. Bereits vor fünf Jahren gelang der Gewerkschaft, für die Leistungslöhner eine zehnmündige tägliche Erholungszeit durchzusetzen. Diese erhöhte sich 1979 auf 24 Minuten. Ab 1. September trat eine neue Steigerung in Kraft. Insgesamt erhalten die VW-Leistungslöhner 40 Minuten Pause und zusätzlich 24 Minuten persönliche Bedürfniszeit. Die Verlängerung der Erholzeiten hat auch einen arbeitsmarkt-

politischen Effekt. Für Wolfsburg allein müssen 1800 Neueinstellungen vorgenommen werden.

Journalisten-Mahnwache vor Verlegersitz

Mit einer Mahnwache vor dem Sitz des hessischen Verlegerverbandes Mitte August in Frankfurt protestierten Mitglieder der Deutschen Journalisten-Union (dju) in der IG Druck und Papier und des Deutschen Journalistenverbandes (DJV) gegen die Weigerung der hessischen Verleger, einen bundesweit ausgehandelten Tarifvertrag zu unterzeichnen. In Flugblättern wurde darauf verwiesen, daß die meisten hessischen Verleger noch immer wie seit zehn Jahren Zeilenhonorare zwischen 20 und 25 Pfennig zahlen. Der Tarifvertrag, der schon längst von den Verlegerverbänden in den anderen Bundesländern akzeptiert worden ist, sieht dagegen je nach Auflage ein Zeilenhonorar zwischen 49 Pfennig und 1,21 DM vor.

HBV erreicht Abschluß im Einzelhandel

Nach fünfmonatigem tariflosen Zustand und mehreren Verhandlungen wurde am 6. August ein neuer Tarifvertrag für die 124 000 Beschäftigten des hessischen Einzelhandels unter Dach und Fach gebracht. Rückwirkend ab 1. März stiegen die Gehälter und Löhne zwischen 70 und 153 DM monatlich. Die Ausbildungsvergütungen wurden zwischen 35 und 43 DM angehoben. Vom 1. September 1981 bis 28. Februar des kommenden Jahres reduziert sich der Ortsklassenabschlag um 1 Prozent. Danach fällt er völlig weg.

Rente mit 61 Jahren für Schichtarbeiter

Beschäftigte bei Daimler-Benz können unter bestimmten Voraussetzungen künftig mit 61 Jahren in Rente gehen. Wie die IG Metall am 23. August mitteilte, haben Geschäftsleitung und Gesamtbetriebsrat eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen, deren Kernstück eine „vorgezogene Pensionierung“ für Schichtarbeiter ist. Danach können Beschäftigte, die 61 Jahre alt und mindestens 10 Jahre im 3-Schicht-Betrieb tätig waren, ihre Arbeit bei Daimler-Benz beenden. In den ersten zwei Jahren bis zum Erreichen der flexiblen Altersgrenze erhalten sie zunächst drei Monate ihren vollen Lohn. Danach wird er stufenweise auf 83 bis 82 Prozent gekürzt. Eine ähnliche Regelung gilt auch für 2-Schicht-Arbeiter ab Erreichen des 62. Lebensjahres.

TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarife für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Zahl hinter dem Datum enthält auch die Beschäftigten in nicht aufgeführten kleineren Zweigen.

30. September / 31. Oktober – 0,2 Mill.

Tischlerhandwerk Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen (96 000); Texaco und Shell Hamburg (10 000); Erdgas-, Erdöl-, Bohr- und Gewinnungsbetriebe im Bundesgebiet (10 000); – 31. Oktober – Schuhindustrie Bundesgebiet (53 000).

31. Dezember – 0,9 Mill.

Landwirtschaft ohne Rheinland-Pfalz und Saarland (189 000); Hotel- und Gaststättengewerbe Hessen, Saarland und Bayern (99 900); Holzverarbeitende Industrie in einigen Bereichen (136 600); Schlosser- und Schmiedehandwerk in Baden-Württemberg (43 300); Fleischerhandwerk Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Bayern und Westberlin (74 400); Seeschifffahrt- und Seehafenbetriebe (50 700); Tischlerhandwerk in Hessen, Saarland, Bayern und Westberlin (37 600).

31. Januar 1982 – 3,7 Mill.

Metallindustrie (einschl. VW) ohne Bayern, Schrott- und Heizungsindustrie mehrerer Bezirke (2,9 Mill.); Eisen- und Stahlindustrie (246 100); papier- und papperarbeitende Industrie ohne Südbaden (104 200); verschiedene Metallhandwerkszweige Bayerns (78 300); Groß-, Brennstoff- und Kfz-Handel Hessen, Bayern, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg (127 200); Kfz-Handwerk Nordrhein-Westfalen (35 100); Karosserie-, Mechaniker- und Kfz-Handwerk Baden-Württemberg (35 500); Schmiede-, Klempner-, Schlosser-, Mechaniker- und Kfz-Handwerk Schleswig-Holstein (20 300); Graveure, Galvaniseure und Gürtler Bundesgebiet und Westberlin (20 000).

28. Februar – 4,0 Mill.

Öffentlicher Dienst (2,1 Mill.); Bundespost (200 800); Bundesbahn (161 400); privates Verkehrsgewerbe Niedersachsen (31 000); Metallindustrie und Gießereien Bayern (696 500); Großhandel Nordrhein-Westfalen und Bayern (460 000); Metallhandwerksbereiche in Hessen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen (162 000); Nahrungs- und Genussmittelindustrie in verschiedenen Bezirken (97 000); Staatsforsten und Baumschulen (39 300).

Überall wird die Axt angelegt

An zahlreichen Posten des Haushaltsetats wird nicht nur der Rotstift, sondern gleich die Axt angesetzt. Runde 60 Milliarden DM — das sind jährlich 15 Milliarden DM — will die SPD/FDP-Koalition in den nächsten vier Jahren vor allem an den schwer erkämpften sozialen Leistungen sparen. Betroffen werden vor allem die Arbeiter, Angestellten, kleinen Beamten, Rentner und Arbeitslosen und ihre Familien. Rechnet man die geplanten Einsparungen auf die Bevölkerungszahl um, so ergibt sich, daß beispielsweise eine vierköpfige Familie einen Tausendmarkschein jährlich weniger hat.

Nicht mitgerechnet sind die Preissteigerung bei zur Zeit 6 Prozent und die die Bevölkerung mit voller Kraft treffenden Gebührenerhöhungen. Ausgespart sind auch die vorgesehenen Belastungen im Gesundheitswesen (Rezeptgebühren, gestiegene Kosten bei Zahnersatz, Brillen u. ä.). Nachfolgend veröffentlichen wir einige Posten, die verschiedenen Publikationen, z. B. dem „Stern“ Nr. 36/81, entnommen sind.

Einsparungen in den nächsten vier Jahren in Millionen DM

Arbeitslose	
Verschärfte Bestimmungen für den Bezug des Arbeitslosengeldes — stärkere Anrechnung von Nebenverdiensten	1328
Berufsanfänger	
Streichung der Arbeitslosenhilfe für diejenigen, die noch keinen Arbeitslosenbeitrag entrichtet haben	1830
Beamte und öffentlicher Dienst	
Verschiebung der Besoldungserhöhung um drei Monate; Kürzung des Ortszuschlages, wenn beide Ehepartner im öffentlichen Dienst beschäftigt sind; Stellenabbau, Beihilfekürzung und Streichung von Sonderzuschlägen	8449
Arbeitslosenversicherung	
Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung in den Jahren 1982 und 1983	6200
Behinderte	
Kürzung der Zuschüsse zu beruflichen Rehabilitationsmaßnahmen	2004
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	
Weniger Zuschüsse für die Beschäftigung bisheriger Arbeitsloser	1200
Kindergeld	
Reduzierung des Kindergeldes, Einzelheiten werden noch festgelegt	6800
Krankenversicherung	
Weniger Geld für Kuren, Versicherungspflicht für geringfügig Beschäftigte	1620
Rentenversicherung	
Kürzung der Ausgaben für Kuren, vorgezogenes Altersruhegeld soll nur noch unter bestimmten Bedingungen gewährt werden	3948
Ausbildung	
Einschränkung der BAFöG-Leistungen und Kürzung der Zuschüsse zur Krankenversicherung der Schüler und Studenten	861
Sparer	
Kürzung der Arbeitnehmersparzulage, Halbierung der Steuerermäßigung für vermögenswirksame Leistungen	3586
Landwirtschaft	
Geringere Zuschüsse zur Altenhilfe und zur Unfallversicherung für Landwirte	1500
Wohnungsbau	
Streichung der Vergünstigungen für Modernisierung, für Wärme- und Lärmschutz	360
Tabakwaren	
Erhöhung der Tabaksteuer	8800
Mehrwertsteuer	
Erhöhung der Mehrwertsteuer für Druckerzeugnisse von 6,5 auf 13 Prozent	200
Insgesamt:	50 486 Mill. DM

Betriebsrat gegen Sozialabbau

Am 12. August richteten die Betriebsräte der Firma Honeywell in Dörnigheim ein Schreiben an den Bundesfinanzminister. In dem Brief, der die Unterschrift des Betriebsratsvorsitzenden Rolf Knecht trägt, wird an Matthöfer als Gewerkschafter appelliert, dem Sozialabbau energisch zu widersprechen. Zur Information unserer Leser veröffentlichen wir den Brief im Wortlaut.

Du wirst verstehen, daß unsere Kolleginnen und Kollegen voller Unruhe auf die geplanten sogenannten Sparmaßnahmen sehen. Die letzte Tarifrunde war für uns schon eine erste große Sparmaßnahme, da unsere Nettoerhöhungen nicht den Ausgleich schufen, der notwendig gewesen wäre, um dem Preisterror standzuhalten. Die Benzingesellschaften erhöhen nun auch allem Anschein nach monatlich ihre Preise, was den Fahrpreis, um den Arbeitsplatz zu erreichen, auch immer teurer macht. Die öffentlichen Verkehrsmittel, soweit vorhanden, folgen dem Beispiel usw. Er kämpfte soziale Errungenschaften, wie die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, stehen ebenfalls zur Diskussion.

Wir appellieren an Dich als Gewerkschafter, daß Du diesem sozialen Abbau energisch widersprichst. Es ist ein Unding, daß man unter einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung die hart erstrickte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall überhaupt zur Diskussion stellt. Erwähne Dich bitte einmal an die Flugblätter des DGB unter dem Slogan „Wähl einen besseren Bundestag“. Kannst Du uns einmal verraten, wie der aussehen könnte? Bei allem Verständnis für die Probleme, die für die Bundesrepublik Deutschland stehen, sehen die Arbeiter und Angestellten nicht ein, daß auf ihrem Rücken all das ausgegossen wird, was die Ölmultis, die Rüstungslobby u. a. aus unserem Land herausholen.

Die Lohnrunde '82 wird unter den Voraussetzungen bestimmt härter werden als alle vorherigen. Das ist uns nicht angenehm, aber auch von uns nicht zu verantworten. Geht bitte einmal an die Kreise, die den Löwenanteil von unserem Volksvermögen besitzen und entsprechend kassieren, u. a. durch Steuerhinterziehung in Zigmilliardenhöhe. Gerade Du müßtest es am besten wissen, unter welchen Schwierigkeiten, aber auch mit welchem großem Verständnis unsere IG Metall entsprechend den Situationen reagiert hat, wenn es darum ging, die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten. Mache bitte nicht für die den Sprecher, die Dir morgen, wenn Du nicht mehr benötigt wirst, den berühmten Dolch in den Rücken stoßen.

Manipulation der Meinung: Mißbrauch — gibt's den?

Es ist für das Durchschauen von Macht- und Herrschaftsmechanismen besser, bestimmte Ereignisse und Vorgänge dann genau zu betrachten, während sie stattfinden — nicht erst hinterher. Zur Zeit sind wir Zeugen einer schamlosen Kampagne für die Rechtfertigung des Abbaus sozialer Leistungen. Die Behauptung, daß von den Gewerkschaften in Jahrzehnten erkämpfte System der sozialen Sicherung werde „mißbraucht“, muß dafür das Stichwort

DAS ARGUMENT

hergeben. Rente, Lohnfortzahlung, Krankengeld, Arbeitslosengeld, Kindergeld, Sozialbeihilfe und vieles mehr wird ins Visier gebracht.

Urpötzlich, als sei die Erkenntnis des Mißbrauchs über Nacht und allen, die ihn attackieren, gleichzeitig gekommen, entwickelte sich eine Art Subkultur zum Thema „Mißbrauch“. Mit Spürnasen hasten Journalisten durch die Lande, um nach Beweisen für die Mißbrauchsthese zu suchen. Und wie man schlechte Menschen finden kann, wenn man „beweisen“ will, daß die Menschheit eigentlich abgeschafft werden müßte, so finden sie auch ihre „Mißbrauchs“-Beispiele: die Frau, die sich Leukoplast auf Rezept verschreiben läßt, statt es zu kaufen; den Arbeitslosen, der ein Stellenangebot ablehnte; den Schafhirten, der auf seinen verkrüppelten Fuß eine Minirente kriegt, obwohl er doch ganz gut stehen kann; den Beamten, der noch nebenbei was verdient usw.

Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen sind voll davon. Berichte, Reportagen (mit und ohne Bild), Umfragen, Statistiken, wissenschaftliche Untersuchungen, Politiker- und Wissenschaftler-Interviews, das Geständnis einer Arbeitslosengeld „mißbrauchenden“ Stenotypistin, Aussagen von Jugendlichen, daß man auch ohne Arbeit zurechtkommt, wenn man versteht, richtig „abzusahnen“ — alles das schwappt täglich über den braven, arbeitsamen Bundesbürger hinweg. Da kann er ganz schön in Wut geraten über die „Mißbräuche“, und ein bißchen Verständnis für die Beseitigung solcher „Auswüchse“ bekommt er auch. Wundern muß man sich, wie manche Journalisten sich beim Aufspüren immer neuer „Mißbrauchs“-Stories untertänigst im politischen Rechtfertigungsdrück ihrer Brötchengeber suhlen.

Da geht natürlich der Blick verloren für den Unternehmer, der Steuergelder in Millionenhöhe hinterzieht, oder für den Topmanager, der — obwohl er mit 100 000 DM im Jahr auskommen könnte — unbedingt 1,5 Millionen haben muß, und für den Politiker, den Abgeordneten, der zu seinen 10 000, 20 000 oder 30 000 DM im Monat partout noch 1000, 2000, 3000 dazu haben will: und dann beschließt er die Streichung von 50 DM Kindergeld.

Warum das alles jetzt und nicht schon gestern oder vorgestern? Die „Mißbräuche“ sind heute keine anderen als vor fünf, zehn oder fünfzehn Jahren.

Anders ist nur, daß das Ausmaß der Rüstung und die Kosten dafür unvergleichlich größer sind als vor fünf, zehn oder fünfzehn Jahren. Was die Vorbereitung auf eine für den Tag X geplante deutsche Mittäterschaft bei der angestrebten atomaren Vernichtung des „Weltkommunismus“ neuerdings kostet, übersteigt die bundesdeutsche Leistungskraft. Kanonen und Butter geht nicht mehr so wie früher; darum soll es nun wieder Kanonen statt Butter heißen.

Da unsere Politiker der Bonner Couleur allesamt Demokraten sind, versuchen sie natürlich erst, die ihnen genehme Meinung im Volk zu erzeugen, auf die sie sich dann berufen können, wenn sie ans Werk gehen. Gelingt es ihnen, mit Hilfe einer Heerschar willfähriger Meinungsmacher die rechte Denkart herzustellen, dann kann der Abbau des Sozialstaates so richtig schön demokratisch bewerkstelligt werden. Wenn nicht, und kommt es gar zu Demonstrationen und anderen Zornesausbrüchen der arbeitenden Menschen, dann hat man noch den Kommunistschreck und den Polizeiknüppel in Reserve.

Es sollte für die Gewerkschaften keine Frage sein: Sie haben die sozialen Errungenschaften, auf die der abhängig Beschäftigte im krisengeschüttelten Kapitalismus nun mal nicht verzichten kann, in langen und opferreichen Kämpfen durchgesetzt. Sie sind darum mit ihren Millionen Mitgliedern auch gefordert, der Demontage entschieden entgegenzutreten. Es geht dabei nicht nur um die Wahrung des sozialen Besitzstandes, sondern auch um einen Beitrag für die Sicherung des Friedens.

Denn wenn wegen Verhinderung des Sozialabbaus weniger Geld in die Rüstungskasse fließt, ist das den Einsatz doppelt wert.

Gerd Siebert

Unternehmer-Mißbräuche

Die heftigsten Attacken gegen angebliche Mißbräuche von sozialen Leistungen richten sich immer wieder gegen die Arbeitslosen. Sie werden schlicht der Faulheit oder Unfähigkeit bezichtigt. Aber noch nie hat jemand die Frage beantwortet, wie denn bei etwas mehr als 200 000 offenen Stellen über 1,3 Millionen arbeitslose „Drückberger“ untergebracht werden sollen. Und beantwortet wurde auch nie die Frage, warum es in Zeiten der Vollbeschäftigung bis 1973 keine Million Faulenzer gab, die wild darauf waren, die Leistungen der Arbeitslosenversicherung zu „mißbrauchen“?

Die Arbeitslosen sind im übrigen der sichtbare Beweis dafür, wie Unternehmer ihre Wirtschaftsmacht mißbrauchen: Sie schmeißen die Leute auf die Straße, wenn ihre ganz privaten Profitinteressen das erfordern. Dabei mißachten sie Artikel 14 der Verfassung, in dem steht: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Aber auch sonst sind die Mißbräuche der Unternehmerklasse, besonders der Angehörigen des Großkapitals, empörend, wenn auch ungestraft. Während die Bundesregierung Kahlschlagpolitik im Sozialbereich macht, um ein Haushaltsloch von 20 Milliarden DM zu stopfen, wird allein der Steuerausfall des Staates infolge Steuerhinterziehung durch die Wirtschaft auf jährlich rund 30 Milliarden DM veranschlagt. Und nichts geschieht.

Im Bereich der staatlichen Subventionen, verlorenen Zuschüsse, Steuervergünstigungen usw. für Unternehmer wuchert ein unüberschaubarer Wildwuchs, der weitere -zig Milliarden kostet. Das veranlaßte im September 1979 den damaligen Hamburger Bürgermeister Klose auf der AfA-Konferenz der SPD in Nürnberg zu der sarkastischen Feststellung: „Wer einen Teilüberblick über das offizielle Programm haben will, der investiere etwas Kleingeld und erwerbe ein 721 Seiten starkes, ordentlich gebundenes Buch mit dem Titel: „Der deutsche Subventionsführer“. Untertitel: „Handbuch für Unternehmer zur Beantragung staatlicher Fördermittel.“

Sei es die Schädigung des Fiskus und der Sozialversicherung in Milliardenhöhe durch die Verleih-Unternehmer oder die kostenlose Überlassung und Aufbereitung von Industriegrundstücken, überall stößt man auf den Mißbrauch durch Unternehmer. — Warum darüber nichts zu lesen und zu hören ist? Weil die Leute des großen Geldes auch noch die Medien mißbrauchen!

G. S.

Der 12. ordentliche DGB-Kongreß wirft seine Schatten voraus

Das Jahr 1981 gehört im gewerkschaftlichen Bereich zu den tagungsarmen Jahren. Neben dem stattgefundenen außerordentlichen DGB-Programm-Kongreß im März werden im September und Oktober lediglich die Gewerkschaften Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft sowie Holz und Kunststoff ihre ordentlichen Gewerkschaftstage abhalten, und die IG Metall wird im November die immer viel beachtete Betriebsräte- und Vertrauensleutekonferenz durchführen. Begonnen wird jedoch noch in diesem Jahr mit der Vorbereitung des 12. ordentlichen DGB-Kongresses, der vom 16. bis 22. Mai 1982 im Westberliner Internationalen Congress Centrum stattfinden soll.

In den Monaten September bis November werden sich in den rund 200 DGB-Kreisen die Kreisdelegiertenkonferenzen auch mit Anträgen an den Bundeskongreß zu befassen haben. Da sie nicht direkt antragsberechtigt sind, können sie ihre Vorschläge nur über die DGB-Landesbezirke weiterleiten. Diese Konferenzen sind für Januar und Februar nächsten Jahres geplant.

Für die 17 im DGB vereinigten Gewerkschaften wird außer der Wahl der rund 500 Delegierten für den DGB-Kongreß – jeweils entsprechend der Mitgliederzahlen – ebenfalls die Aufgabe stehen, erforderliche Anträge an den Kongreß zu richten. Nur die zentralen Vorstände der 17 Gewerkschaften sind antragsberechtigt. Außerdem sind die Bundespersonengruppenausschüsse (Angestellte, Arbeiter, Beamte, Frauen und Jugend) antragsberechtigt. Bei ihrer Meinungsbildung dürften die im Vorfeld des 12. Bundeskongresses bereits stattgefundenen oder noch stattfindenden Bundesberufsgruppenkonferenzen den Inhalt der Anträge bestimmen. Zweifellos kommt dabei der im November bevorstehenden Bundesjugendkonferenz des DGB eine besondere Bedeutung zu.

Fragt man nach den Schwerpunkten der heute schon diskutierten Anträge an den 12. DGB-Kongreß im Mai nächsten Jahres, dann kristallisieren sich neben anderen Problemen vor allem vier Themenkomplexe heraus:

- Frieden durch Abrüstung mit den Schwerpunkten Mittelstreckenraketen und Neutronenbombe;

- Kampf gegen Arbeitslosigkeit, gemeinsames Handeln zur Verkürzung der Arbeitszeit mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche;

- Sicherung des sozialen Besitzstandes, Verteidigung der sozialen Rechte und demokratischen Freiheiten;

- Stärkung der Einheitsgewerkschaften, Durchsetzungsstrategien für die gewerkschaftlichen Forderungen.

Beim ersten Schwerpunkt wird es sicherlich nicht ausreichen, die Forderungen vom letzten ordentlichen DGB-Kongreß im Jahre 1978 zu wiederholen. Der 11. DGB-Kongreß hatte unter anderem das völkerrechtliche Verbot der Neutronenbombe und die Kürzung der Rüstungsausgaben zugunsten sozialer Zwecke gefordert. Jetzt ist es notwendig, eine klare Stellungnahme zu dem NATO-Beschluß vom 12. Dezember 1979, in Mitteleuropa atomare Mittelstreckenraketen zu stationieren, zu beziehen. Die IG Metall und andere Gewerkschaften haben vor einem Jahr auf ihren Kongressen den NATO-Ratsbeschluß verurteilt und die Bundesregierung zur Rücknahme aufgefordert.

Nach Aussagen des hessischen DGB-Landesbezirksvorsitzenden Jochen Richter werde das Problem Abrüstung und Frieden bei den Beschlüssen und Anträgen der DGB-Kreisdelegiertenkonferenzen eine große Rolle spielen. Viele Gewerkschafter erwarten, daß entsprechende Aktivitäten beschlossen werden, die sich nicht allein auf den 1. September, den Antikriegstag, beschränken.

Der zweite genannte Schwerpunkt erfordert immer dringlicher gewerkschaftliche Aktivitäten, zumal Prognosen für 1982 eine Arbeitslosigkeit von mehr als 1,5 Millionen registrierte Arbeiter und Angestellte voraussagen. Wenn auch mit der Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalgleichgewicht nicht die systembedingten Gebrechen des Kapitalismus beseitigt werden können, ist die Arbeitslosigkeit jedoch mit einer Arbeitszeitverkürzung am wirksamsten zu bekämpfen. Immer mehr Gewerkschaften drängen darauf, daß das gemeinsame solidarische Handeln aller DGB-Gewerkschaften verstärkt wird, um mit der Kraft der 8 Millionen organisierten Gewerkschafter den Tabu-Katalog des Kapitals zu durchbrechen.

Dies gilt für den dritten Schwerpunkt. Ohne aktive Gegenwehr besteht die Gefahr, daß nicht nur die Reallöhne ra-

pide absinken, sondern sich auch die Lebenslage der arbeitenden Menschen absolut verschlechtert. Alles, wofür vor Jahrzehnten ein opferreicher Kampf ausgefochten wurde, macht jetzt die Bonner Rotstift-Politik mit einem Federstich zunichte. In diesem Punkt zeigt sich auch ein enger Zusammenhang mit der Milliarden verschlingenden Rüstung. Der Sozialabbau geht Hand in Hand mit einer Rechtsentwicklung und der Einschränkung der Demokratie. Das bezeugen Urteile in Sachen Aussperrung und Berufsverbote, Bespitzelung von Betriebsräten und gefährliche neofaschistische Aktivitäten.

Viertens schließlich zählt heute das doppelt, was der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter 1978 auf dem 11. ordentlichen DGB-Kongreß in Hamburg sagte: „Wir müssen uns sehr viel mehr auf unsere eigene Kraft verlassen. Wir müssen unsere eigenen Handlungsmöglichkeiten sichern und ausweiten.“ Heute wird es immer mehr zur Gewißheit: Diese Regierungskoalition betreibt eine unternehmerfreundliche Politik und steht nicht auf der Seite der Gewerkschaften.

Der bevorstehende DGB-Kongreß steht vor der Aufgabe, einerseits Maßnahmen festzulegen, wie die Einheitsgewerkschaft gestärkt werden kann, und andererseits konkrete Durchsetzungsstrategien für die Realisierung der Forderungen und der im neuen DGB-Grundsatzprogramm und Aktionsprogramm '79 festgelegten Ziele zu beraten.

Vetter-Nachfolge

Bisher war man sich in Gewerkschaftskreisen einig, daß auf dem 12. DGB-Kongreß der bisherige Vorsitzende Heinz Oskar Vetter und die weiteren Vorstandsmitglieder Maria Weber, Gerhard Schmidt, Karl Schwab und Günter Stephan aus Altersgründen ausscheiden. Insbesondere über die Vetter-Nachfolge gab es in der Öffentlichkeit viele Spekulationen. Die Unternehmerpresse ließ durchblicken, wen sie als DGB-Vorsitzenden gern hätte. Dabei nahm der NGG-Vorsitzende Günter Döding einen vorderen Platz ein.

Mittlerweile heißt der Kandidat für die Vetter-Nachfolge Vetter. Auf der Bundesvorstandstagung am 7. Juli in Frankfurt informierte der im Mai nächsten Jahres 64 Jahre alte bisherige Vorsitzende, daß er auf Empfehlung von politischen Freunden noch einmal kandidiere, und er hoffe, daß die anderen Vorstandsmitglieder seinem Beispiel folgten, Maria Weber (61) soll positiv reagiert haben. G. Stephan (60) will sich es noch einmal überlegen. Schmidt (62) und Schwab (61) sollen vor allem aus Gesundheitsgründen abgelehnt haben. Die Entscheidung von Vetter, noch einmal zu kandidieren, hat nicht überall Beifall gefunden.

Werner Petschick

Heute von besonderer Aktualität: Sozialpolitik im Grundsatzprogramm

Umfangreicher als im bisherigen sind die Aussagen zur Sozialpolitik im neuen Grundsatzprogramm des DGB. Dabei wurde manches unverändert oder doch im wesentlichen unverändert aus dem 63er in das 81er Grundsatzprogramm übernommen; aber auch manche Position grundsätzlich verändert, neu akzentuiert oder neue Grundsätze formuliert. Von 1963 bis 1981 hat es gerade in der Sozialpolitik viel Bewegung, viele Auseinandersetzungen und Veränderungen gegeben.

Mit der Kindergeldreform wurde die vom Einkommen unabhängige Zahlung eines Kindergeldes für alle Kinder eingeführt, der vor allem die Bezieher hoher Einkommen begünstigende Steuerfreibetrag für Kinder abgeschafft und die flexible Altersrente im Rentenrecht verankert. Insoweit mag die im neuen Grundsatzprogramm getroffene Feststellung zu verstehen sein: „Die Gewerkschaften haben in der Vergangenheit wesentliche Erfolge beim Ausbau der sozialen Sicherheit erzielt.“

Doch bei dem nächsten Satz „Das gegenwärtige System bildet deshalb eine gute Grundlage für die weitere Entwicklung, die entsprechend den Bedürfnissen der Arbeitnehmer voranzutreiben ist“, ist man versucht zu fragen, in welchem Land und wann das geschrieben wurde? Gibt es doch seit Mitte der siebziger Jahre in der Bundesrepublik nicht nur eine hohe Dauerarbeitslosigkeit, in deren Sog auch die flexible Altersgrenze von den Unternehmern dazu mißbraucht wird, ältere Arbeiter und Angestellte vorzeitig aus dem Betrieb zu drängen, sondern auch umfangreiche und einschneidende Einschränkungen in allen sozialen Leistungsbereichen.

Und fast täglich sind neue Angriffe auf die in Jahrzehnten von den Arbeitern und Angestellten und den Gewerkschaften erarbeiteten und erkämpften sozialen Rechte und Leistungen festzustellen. Das neue Grundsatzprogramm enthält dazu erstaunlicherweise keine Aussage. Wie aber kann angesichts dieser Tatsachen das „gegenwärtige System... eine gute Grundlage für die weitere Entwicklung“ bilden, das offensichtlich doch nicht in der Lage ist, das Recht auf Arbeit und soziale Sicherheit für alle Arbeiter, Angestellten und Rentner dauerhaft und stabil zu gewährleisten?

Bei seinen grundsätzlichen sozialpolitischen Forderungen hat der DGB zum Teil neue „Schwerpunkte“ gesetzt: die Beseitigung von Nachteilen durch eine fortschrittliche Harmonisierung, den zügigen Ausbau von Leistungen für die Familie, die Verbesserung der sozialen Sicherheit für Problemgruppen

und den Ausbau von Sach- und Dienstleistungen, die die finanziellen Ansprüche ergänzen sollen.

Stärker als in dem alten wird in dem jetzt gültigen Grundsatzprogramm für das Gesundheitswesen der Vorrang der Vorsorge, Früherkennung und Rehabilitation betont. Als Aufgabe der sozialen Krankenversicherung wird hervorgehoben: „Vorrangig sind Maßnahmen, die der Vorsorge dienen und die Ursachen von Krankheiten abbauen – vor allem in der Arbeitswelt und in der sozialen Umwelt der Menschen.“ Die grundsätzliche Ablehnung jeder Selbstbeteiligung an den Krankheitskosten wird be-

Arndt/Deppe/Petschick/Pickhaus:

DGB Programm '81 Untersucht für die Praxis

20 namhafte Autoren untersuchen in diesem Titel die zentralen Aussagen des neuen DGB-Grundsatzprogramms auf der Basis einer interessenorientierten, autonomen Gewerkschaftspolitik. Umfangreicher Dokumentenanhang.

Rund 450 Seiten, Preis DM 18,-

Erscheint Ende Oktober in unserem Verlag

kräftigt, eine staatliche Kontrolle der Herstellung, des Vertriebs und der Preisgestaltung der Arzneimittel, der Ausbau des Gesundheitswesens zu einem integrierten System der Gesundheitssicherung, die Errichtung von ambulanten Gesundheitszentren und die Beteiligung der Krankenhäuser an der ambulanten Versorgung gefordert.

Angesichts der verstärkten Angriffe auf das Niveau der Geldleistungen ist der im DGB-Programm dazu formulierte Grundsatz von besonders aktueller Be-

deutung: Bei ausfallendem Arbeitsverdienst sollen „ausreichende Geldleistungen“ es ermöglichen, den erreichten Lebensstandard aufrechtzuerhalten. „Die Leistungen sind regelmäßig den Veränderungen der Arbeitseinkommen der Arbeitnehmer anzupassen.“ Dazu zählt das DGB-Programm die „auf der Grundlage des bruttolohnbezogenen dynamischen Rentensystems“ zu gewährenden Renten und fordert, die Grundlagen für die Rentenberechnung in den verschiedenen Alterssicherungssystemen „fortschrittlich zu harmonisieren“.

Ebenso bedeutsam für die aktuellen sozialpolitischen Auseinandersetzungen ist die Grundsatzforderung des DGB-Programms, daß der Bund für die Sozialleistungen eine „generelle Finanzgarantie übernehmen“ und der Rentenversicherung „durch die Bundeszuschüsse ein Drittel der Aufwendungen unter Einbeziehung der Defizithaftung für die knappschaftliche Rentenversicherung“ erstatten muß. Der „Arbeitgeberbeitrag“ zur Rentenversicherung aber soll sich nicht „mehr nur an der Bruttolohnsumme orientieren.“

Angesichts der chronischen Finanznot der sozialen Krankenversicherung und der Bestrebungen, die finanziellen Lasten der Arbeitslosigkeit auf die Arbeiter und Angestellten abzuwälzen, fragt man sich, warum solche grundsätzlichen Forderungen aus dem 63er nicht in das 81er Programm übernommen wurden, wie: die Erstattung aller Aufwendungen der Krankenkassen für Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsaufklärung, vor allem aber für Fremdaufgaben, und die Aufbringung der Mittel für die Arbeitslosenversicherung durch die Betriebe und Verwaltungen (was dem Verursacherprinzip entspricht) bei Massenarbeitslosigkeit durch den Staat? Statt dessen wird ein „Arbeitsmarktbeitrag“ für alle Erwerbstätigen gefordert.

Der DGB bekräftigt in seinem neuen Programm den „Grundsatz uneingeschränkter und alleiniger Selbstverwaltung durch die Arbeitnehmer“ für die Sozialversicherung. Auch bei kritischer Wertung der einen oder anderen Aussage zur Sozialpolitik ist festzustellen: Das neue Grundsatzprogramm des DGB enthält eine Fülle von grundsätzlichen Positionen für eine soziale Reformpolitik im Interesse der Arbeiter, Angestellten und Rentner. Konkret ausgestaltet sind diese sozialpolitischen Grundsätze u. a. im Aktionsprogramm '79, dem Sozialpolitischen und dem Gesundheitspolitischen Programm und den Programmen für ältere Arbeitnehmer und zur Verbesserung der Lebenssituation älterer Menschen. In der heutigen Situation sollten sie aber vor allem als Kampfprogramm zur Verteidigung der sozialen Errungenschaften gegen die massiven Angriffe der Unternehmerverbände und Regierenden verstanden und in der Aktion verwirklicht werden.

Arthur Böppe

Situation der Bauwirtschaft wird zunehmend schwieriger

Der Vorsitzende der IG Bau – Steine – Erden (IGBSE), Rudolf Sperner, berichtet in der Zeitschrift seiner Gewerkschaft „Grundstein“ (Nr. 8/1981), daß die rückläufige Entwicklung auf dem Baumarkt anhalte. Die Befürchtungen verdichteten sich, daß es im Jahre 1982 zu tiefen Einbrüchen in der Auslastung der Baukapazität und der Beschäftigung komme. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres verringerte sich die Produktion im Bauhauptgewerbe um 10,7 Prozent und der Auftragsbestand um nahezu 20 Prozent. Im Tiefbau sei gar ein Auftragsseinbruch von über 30 Prozent zu verzeichnen.

Aber auch der Wohnungsbau, der 45 Prozent des gesamten Bauvolumens ausmache und besonders beschäftigungsintensiv sei, gehe in erschreckender Weise zurück. In den ersten vier Monaten gab es im Baugewerbe mehr als 600 Konkurse und damit mehr als im Krisenjahr 1975. Die Zahl der Beschäftigten ging im Vergleich zum Vorjahr um 51 720 zurück. Ihnen stehen nur 13 222 offene Stellen gegenüber. 1975 habe die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter mit 60 572 zwar höher gelegen, aber, so meinte Sperner, dabei müsse berücksichtigt werden, daß der Tiefpunkt noch nicht erreicht sei. Wir näherten uns schnell der Situation des Jahres 1975.

Es komme jetzt darauf an, ein weiteres Absacken der Baukonjunktur zu verhindern und eine zeitlich richtig abgestimmte Vergabepolitik durchzusetzen. Die hierzu von Sperner geäußerten Vorstellungen sind allerdings noch äußerst vage. (Siehe hierzu auch NACHRICHTEN 8/1981, S. 23.) Sperner fordert die Erhebung einer befristeten Ergänzungsabgabe. Diese müsse der Belebung der Investitionskraft der Wirtschaft zugute kommen und mittel- sowie langfristige Beschäftigungsprogramme ermöglichen. Zur Belebung der Wohnungsbaukonjunktur und zur Lösung der Wohnungs-

engpässe forderte der IGBSE-Vorsitzende als ersten Schritt den Bau von zusätzlich 30 000 Wohnungen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus. Durch eine kräftige Erhöhung der degressiven Abschreibung sollten auch private Anleger zum Bauen bewegt werden. Die Bauspar- und die allgemeine Sparförderung müßten unbedingt beibehalten werden.

Scharf wandte sich Sperner gegen die geplante Kürzung des Arbeitslosengeldes. Über diese könne nur der leidenschaftslos und vorwurfsvoll reden, der Arbeitslosigkeit und deren Folgen noch nicht erfahren habe. Jede Änderung an der Höhe der Arbeitslosenunterstützung habe auch Auswirkungen auf das Schlechtwettergeld, würde einen wesentlichen Teil der Tarifpolitik im Baugewerbe treffen und der ganzjährigen Beschäftigung den Todesstoß versetzen. Sperner verwies hier auf den Lohnausgleich zwischen Weihnachten und Neujahr und die Winterbaumlage in Höhe von 3 Prozent der Lohnsumme, aus der das Wintergeld und Kostenanteile für den Winterbau finanziert wür-

den. Diese sozialen Leistungen wären aber keine Geschenke der Wirtschaft oder des Staates. Sie würden von den Arbeitnehmern miterarbeitet. Diese hätten daher einen berechtigten Anspruch auf Beibehaltung des bisherigen sozialen Standards.

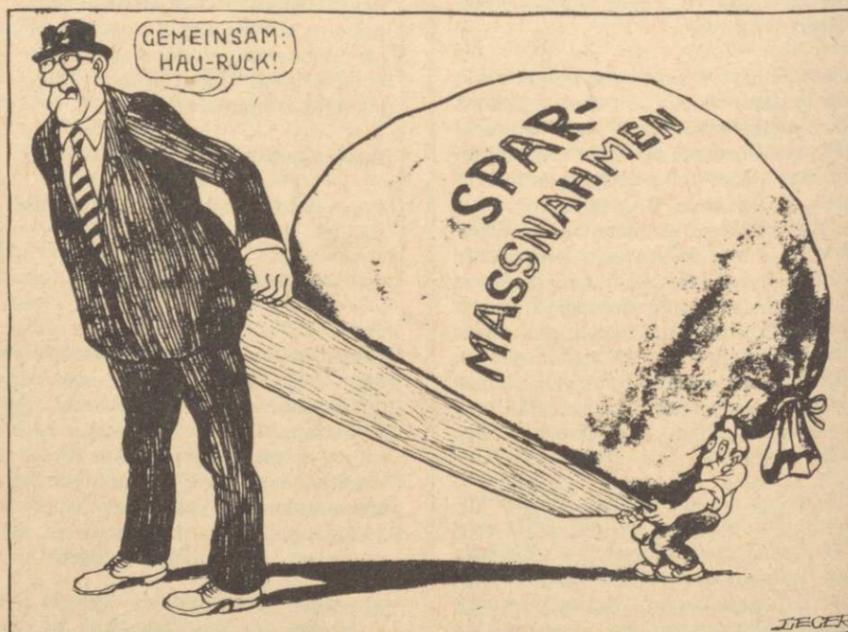
Große Sorge macht der IG Bau – Steine – Erden die Leiharbeit. Schon Ende Juli hatte der Bundesvorstand darauf verwiesen, daß allein im Baugewerbe gegenwärtig über 200 000 illegale Leiharbeiter tätig sind, d. h., jeder dritte Beschäftigte ist illegal tätig. Sperner schreibt, daß dadurch allein der Sozialversicherung 2,7 Milliarden und den Sozialkassen des Baugewerbes 1,7 Milliarden Mark verlorengingen.

In vielen Gebieten der Bundesrepublik liege die Arbeitsvermittlung im Bereich des Baugewerbes heute bereits ganz in den Händen von Verleihfirmen. Legale Verleihfirmen würden selbst bei öffentlichen Aufträgen zusätzliche illegale Arbeitnehmer beschäftigen. Durch das sogenannte Arbeitnehmerüberlassungsgesetz würden die Rechtsbeziehungen zwischen den Verleihfirmen und den Verleihenen erfaßt und damit die Anwendung der Tarifverträge des Baugewerbes nach den Grundsätzen des Tarifvertragsgesetzes verhindert. Die Antwort auf diese unhaltbaren Zustände könne nur das generelle Verbot der Leiharbeit sein. Eine Vermittlung dürfe nur noch durch die Bundesanstalt für Arbeit erfolgen.

Es sollte keine Unklarheit darüber bestehen, daß die bescheidenen Forderungen Speners nur durchgesetzt werden können, wenn die Arbeiter und Angestellten der Bauindustrie, in Zusammenarbeit mit dem DGB und dessen Mitgliedern, sich kräftig regen, denn sonst werden lediglich leere Versprechungen folgen. Heinz Schäfer

NGG gegen Verletzung der Informationsrechte

Bevorstehende Rationalisierungsmaßnahmen und dadurch gefährdete Arbeitsplätze bei der Firma Kraft in Eschborn bei Frankfurt waren der Grund für eine Flugblattaktion der zuständigen Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten am 21. August vor dem Betrieb. Um die Verteilung der Informationen zu verhindern, ließ die Unternehmensleitung Polizei rufen. Mit allem Nachdruck hat sich der NGG-Landesbezirksvorsitzende, Werner Jordan, gegen diese Behinderung der verfassungsmäßig geschützten Informationsrechte gewandt.



Aus „druck und papier“, 16/1981

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

– das Handwerkszeug für jeden Betriebsrat –

Die seit 1961 erscheinenden NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik bringen jeden Monat alle wichtigen Informationen, die der aktive Betriebsrat und Gewerkschafter für seine tägliche Arbeit braucht: Sie berichten kontinuierlich und in überschaubarer Form über wesentliche Entwicklungen in den Gewerkschaften sowie auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet. In jeder Nummer sind u. a. mehrere Seiten Berichte zur Tarifpolitik und verständlich kommentierte Urteile aus dem Arbeits- und Sozialrecht.

Am besten, Sie überzeugen sich selbst. Fordern Sie Probeexemplare an – auch für Ihre Kolleginnen und Kollegen. Übrigens: Nach § 40 BetrVG muß der Unternehmer die Kosten der Anschaffung tragen, wenn der Betriebsrat sie für seine Tätigkeit für erforderlich hält . . .

Wenn Sie bereits Abonnent sind: Helfen Sie mit, den Kreis der NACHRICHTEN-Leser zu vergrößern. Werben Sie neue Abonnenten. Als Prämie für einen neuen Abonnenten erhalten Sie ein Buch aus dem Nachrichten-Verlag. Sie können wählen zwischen:

Dammann / Butter Arbeitslos – was tun?

Ein praktischer Ratgeber
312 Seiten, 14,- DM

Degen / Siebert / Stöhr Handbuch für den Arbeitskampf

379 Seiten, 15,- DM

Siebert / Degen / Becker BetrVG Kommentar für die Praxis

5. Auflage, neu kommentiert
582 Seiten, 24,- DM

oder drei Titeln der nachrichten-reihe oder auch anderen Büchern unseres Verlages im entsprechenden Wert.

Bestellschein Hiermit bestelle ich

_____ Abonnement(s) NACHRICHTEN zum Preis von 36,- DM jährlich einschließlich Portogebühren

Name _____ Vorname _____

Straße _____ PLZ, Ort _____

Datum _____ Unterschrift _____

Name des Werbers _____ Buchwunsch _____

Straße _____ PLZ, Ort _____

(Bitte deutlich schreiben)

Leonhard Mahlein: Unruhe und Besorgnis über Neutronenwaffe

Mit Datum vom 11. August 1981 hat der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, in einem Schreiben an den geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand auf die „Unruhe und tiefe Besorgnis“ in der Mitgliedschaft wegen des Baus der Neutronenwaffe hingewiesen. Es ist nicht die erste Initiative der IG Druck in dieser Richtung. Bereits auf dem 11. ordentlichen Gewerkschaftstag vom 16. bis 22. Oktober 1977 in Augsburg nahmen die Delegierten einen Initiativantrag (IA 10) an. In ihm wird die Bundesregierung aufgefordert, „sich mit allem Nachdruck gegen den Bau der Neutronenbombe und ihre Stationierung auf dem Territorium der Bundesrepublik“ auszusprechen. Auch der 11. ordentliche DGB-Kongreß vom 21. bis 27. Mai 1978 in Hamburg forderte in seinem Antrag (A 69) die Bundesregierung auf, „Schritte einzuleiten, um ein völkerrechtliches Verbot der Neutronenbombe herbeizuführen“ (siehe auch unser Plakat im Innern dieser Ausgabe). Diesen gewerkschaftlichen Beschlüssen trägt der jetzige Brief Mahleins Rechnung. Wir dokumentieren ihn nachfolgend zur Information unserer Leser im Wortlaut.

Die Entscheidung des amerikanischen Präsidenten zur Herstellung von Neutronen-Sprengköpfen hat bei unseren Mitgliedern Unruhe und tiefe Besorgnis ausgelöst. Dabei ist die Befürchtung mitverbunden, daß es mit der Herstellung von Neutronenwaffen zu einer weiteren Eskalation des Aufrüstungsprozesses kommen wird. Der früheren und jetzt wiederholten Auffassung Egon Bahrs, daß die Neutronenwaffe ein „Symbol der Perversion des Denkens“ ist, wird vollinhaltlich zugestimmt, weil damit der zynische Machtanspruch von „einigen Verrückten“ im Pentagon offen demonstriert wird.

Obwohl es sich zunächst um eine Entscheidung der US-Regierung handelt, muß doch befürchtet werden, daß neben Mittelstreckenraketen in absehbarer Zeit auch Neutronenwaffen auf deutschem Boden gelagert bzw. stationiert werden. Auch die Erklärung der Bundesregierung, daß für sie eine Stationierung von Neutronenwaffen auf bundesdeutschem Boden „derzeit nicht in Betracht“ komme, kann diese Befürchtungen nicht zum Verstummen bringen, im Gegenteil: Das Unbehagen und Mißtrauen werden durch solche Formulierungen nur noch verstärkt. Schließlich ist offensichtlich, daß die Neutronenwaffen ausschließlich auf die Bedingungen in Europa zugeschnitten sind und damit der Verdacht bestärkt wird, daß die USA einen eventuellen Schlagabtausch mit der Sowjetunion auf den europäischen Kontinent – und hier in vorderster Linie auf die Bundesrepublik – begrenzen möchten. Wo sollte sonst, in einem solchen Eventualfall, den russischen Panzern begegnet werden?

Angesichts des 36. Jahrestages der Atombombenabwürfe der USA auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki – die weit über 300 000 Menschen das Leben kosteten – sowie in Anbetracht des bevorstehenden Antikriegstages 1981 fordern wir Euch auf, zu der amerikanischen Entscheidung ausführlich Stellung zu beziehen. Wir bitten Euch weiterhin, an den Bundeskanzler ein Schreiben zu richten, in dem folgende Forderungen enthalten sein sollten:

- Die eindeutige Absage der Bundesregierung zur Stationierung von Neutronenwaffen auf bundesdeutschem Boden.
- Die Ächtung der Neutronenwaffen als unmenschlichste Abart der Massenvernichtungswaffen.
- Die vorrangige Einbeziehung der Neutronenwaffen in die bevorstehenden Abrüstungsverhandlungen, um weitere Drehungen an der irrsinnigen Rüstungsspirale zu verhindern.

- Die Aufforderung an die Bundesregierung zur erstrangigen Vertretung der Friedensinteressen der deutschen Bevölkerung und Ablehnung einer Politik, die glaubt, Konflikte durch militärische Stärke lösen zu können.

Wir sind der Auffassung, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund verpflichtet ist, zu solch lebenswichtigen Fragen eine klare Stellung zu beziehen, um einerseits seine Unabhängigkeit zu verdeutlichen, und um andererseits insbesondere den Friedenswillen der abhängig Beschäftigten erneut zu bekunden und zu vertreten.

DGB-Jugend gegen Richtlinien und NATO-Beschluß

Am 8. und 9. August kamen die gewählten Delegierten von 60 000 jungen rheinland-pfälzischen Gewerkschaftern in Mainz zu ihrer 12. Landesbezirksjugendkonferenz zusammen. Einmütig sprach sich die Konferenz gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen aus. In einem weiteren Antrag wird der DGB-Bundesausschuß aufgefordert, seine Richtlinie zur Unterschriftsleistung von Gewerkschaftsfunktionären zurückzuziehen. In diesem Beschluß wird an die Gewerkschaftsjugend appelliert, sich an der Demonstration am 10. Oktober in Bonn zu beteiligen. Nachfolgend veröffentlichen wir beide Beschlüsse im Wortlaut.

Frieden, Entspannung und Abrüstung

Der Kampf um den Frieden steht in der Tradition der Gewerkschaftsbewegung. Seit Bestehen der BRD kämpften die Gewerkschaften gegen die Atombewaffnung, Remilitarisierung, für Entspannung und Abrüstung in Ost und West. Die Politik des Rüstungswettbewerbs richtet sich gegen die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der arbeitenden Bevölkerung in Ost und West. Der NATO-Beschluß zur Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa zerstört die Bemühungen der letzten Jahre in der Entspannungspolitik. Die Landesjugendkonferenz fordert im Interesse der arbeitenden Menschen den DGB auf, auf die Bundesregierung einzuwirken, konkrete Schritte der Abrüstung einzuleiten, um Frieden, Demokratie und Fortschritt zu sichern.

Die Landesjugendkonferenz fordert daher:

- Verbot der Darstellung und Verherrlichung von Brutalität und Gewalt in der Öffentlichkeit,
- Verbot der Herstellung und des Vertriebs von Kriegsspielzeug,
- Genereller Wegfall von Bundesbürgschaften bei Rüstungsexporten,
- Stopp aller in Bau bzw. Entwicklung befindlichen Waffensysteme,
- Senkung der Rüstungsausgaben um jährlich 10 Prozent, entsprechend den UNO-Beschlüssen, damit diese Mittel im Interesse der arbeitenden Menschen eingesetzt werden können,
- Stopp der Produktion der Neutronenwaffe,
- keine Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa,
- Umstellung der Rüstungsproduktion auf die Produktion „friedlicher“ Güter,
- Unterzeichnung des SALT II und weitere Verhandlungen zum Abschluß weiterer rüstungskontrollierender Verträge.

Zur Durchsetzung dieser Forderungen werden der LBJA, der DGB, BJA und der DGB-Bundesvorstand aufgefordert:

– Der traditionelle Antikriegstag ist durch Veranstaltungen, Kundgebungen etc. mit Leben zu erfüllen und zu einem festen Bestandteil gewerkschaftlicher Politik zu machen.

– Das Thema Frieden, Entspannung und Abrüstung zu einem festen Bestandteil gewerkschaftlicher Bildungsarbeit zu machen und besondere Lehrgänge durchzuführen.

– Eine breite Kampagne zur Sicherung des Friedens mit dem Ziel eines Friedensmarsches der DGB-Jugend zu starten, die die obengenannten Forderungen in die breite Öffentlichkeit tragen soll.

– Die Landesbezirksjugendkonferenz fordert die Bundesregierung auf, die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen.

Unterschriftsleistung von Gewerkschaft

Die DGB-Landesbezirksjugendkonferenz Rheinland-Pfalz bedauert den Beschluß des DGB-Bundesausschusses, der Gewerkschaftern verbietet, mit ihrer Funktionsangabe Initiativen, Unterschriftensammlungen und öffentliche Erklärungen zu unterstützen. Die Delegierten der 12. ordentlichen Landesbezirksjugendkonferenz sind der Auffassung, daß es nach wie vor möglich sein muß, Meinungsäußerungen, die sich im Rahmen des DGB-Grundsatzprogramms, der Satzungen und Beschlüsse des DGB und seiner Gewerkschaften bewegen, mit Funktionsangabe abzugeben. Ganz entschieden lehnt die Landesbezirksjugendkonferenz Rheinland-Pfalz Tendenzen ab, auf Unterschriftenleistungen durch Gewerkschaftsbeschäftigte mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen zu reagieren. Die Delegierten sind der Auffassung, daß Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Organisation nicht durch administrative Maßnahmen, sondern nur durch intensive Diskussion beseitigt werden können. Deshalb fordern wir die Rücknahme des DGB-Bundesausschuß-Beschlusses.

Die Delegierten sind empört und enttäuscht über den Beschluß des DGB-Bundesvorstandes, der der DGB-Jugend die Teilnahme an der von der Aktion Sühnezeichen organisierten Friedensdemonstration am 10. Okt. 1981 in Bonn verbietet: Sie fordern umgehend die Rücknahme dieses Beschlusses. Gewerkschafter müssen die Möglichkeiten haben, z. B. ihre Friedenssehnsucht, ihren Protest gegen Atomraketen und das Wettrüsten auch durch die notwendige Unterstützung der Friedensbewegung, wie den „Bielefelder Appell“, den „Krefelder Appell“, wie „Pax Christi“ oder „Frieden schaffen ohne Waffen“, zu dokumentieren. Die Landesbezirksjugendkonferenz fordert die Gewerkschaftsjugend auf, sich an der Demonstration am 10. Okt. 1981 in Bonn zu beteiligen und über die DGB-Kreise zu mobilisieren.

Gewerkschafter an „Deutsche Post“ und „ötv-magazin“

In der „Deutschen Post“, Zeitung der Deutschen Postgewerkschaft, Nr. 9 vom 5. Mai hat der verantwortliche Redakteur Klaus-Dieter Zemlin (CDU) den Versuch unternommen, den Krefelder Appell, der zu diesem Zeitpunkt bereits 800 000 Unterschriften trug, als „dummdreist“ von der DKP und SDAJ gesteuert hinzustellen. Seine Unterstellung gipfelte in dem Aufruf, keine Unterschriften unter diesen Appell zu leisten. Noch einen Schritt weiter ging der Hauptvorstand der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV). Per Beschluß vom 15. Mai verbot er es den Mitgliedern, „sich im Namen der Gewerkschaft ÖTV an irgendwelchen Aktionen oder Aktivitäten des sogenannten ‚Krefelder Appells‘ oder des ‚Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit‘ oder ähnlichen Initiativen zu beteiligen“. Was jedoch die Mitgliedschaft

beider Gewerkschaften von solchen Unterstellungen und Relementierungen hält, kam in zahlreichen Leserbriefen in den beiden angeführten Gewerkschaftszeitungen zum Ausdruck. Zur Information unserer Leser dokumentieren wir davon eine Auswahl im Wortlaut. Die Überschriften zu den Leserbriefen aus der „Deutschen Post“ stammen von unserer Redaktion.

Platte Demagogie

„Dummdreist“ nennt K.-D. Z. den angeblich von der DKP gesteuerten „Krefelder Appell“, und im Kasernenhofen befiehlt er: Keine Unterschrift! Sollte man derlei platte Demagogie nicht den Unbelehrbaren von rechts außen überlassen? Gewarnt wird vor einer einseitigen Veränderung des militärischen Kräftegleichgewichtes. Selbstverständlich gehört dazu auch, daß die östlichen Mittelstreckenbasen abgebaut werden, und dazu liegt sowjetische Verhandlungsbereitschaft vor. Diese Bereitschaft will man bei uns allerdings erst nach Installierung der Atomraketen erwidern. Eine absurde Vorstellung. Denn aufrüsten, um erst danach über Abrüstung zu reden, nutzt doch wohl allein den Raketenherstellern und sonst kaum jemand. Daß Kommunisten den Appell unterstützen, spricht weder gegen sie, noch besteht ein Grund, sich selbst deswegen zu verweigern. Der Strahlentod unterscheidet nämlich nicht zwischen Christen, Sozialisten, Kommunisten usw. Günter Hütter, 4430 Steinfurt

Friedenswille nicht beeinflussbar

Ich freue mich, daß es in der BRD Aktionen für den Frieden gibt. Die politischen Friedensbemühungen betreffen, das hat die Zahl der bisher gesammelten Unterschriften gezeigt, viele Menschen in unserem Land. So vielschichtig wie die Interessen sind auch die Organisationen, die sich gegen die Nachrüstung in der BRD aussprechen. Die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, deren Urheber kirchlich orientiert sind, sammelte bereits über 10 000 Unterschriften. Wer auch immer Unterschriften sammelt, der Frieden als Zweck ist für mich unantastbar. Ich habe festgestellt, daß sich die Forderungen der einzelnen Aktionen nicht unterscheiden. Politische Ideologien habe ich nicht gerochen. Wenn Sie also den „Krefelder Appell“ als Versuch ansehen, den Willen zum Frieden zu manipulieren, als was sehen Sie den Versuch der kirchlichen Organisationen an? Mein Wille zum Frieden ist nicht zu beeinflussen im Sinne irgendeiner Ideologie. Erika Wunnenberg, 4600 Dortmund 1

Die gleiche Masche

Es ist doch immer die gleiche Masche, in die unsere Kollegen von der CDU verfallen: Wenn alles andere nicht mehr zieht, dann machen wir einen auf antikommunistisch. Was anderes hat unser Kollege Zemlin ja wohl nicht im Sinn, wenn er schreibt: „Geradezu dummdreist mutet ein von der DKP und ihrer Jugendorganisation SDAJ gesteuerter ‚Krefelder Appell‘ an...“ Wer so argumentiert, der betreibt das Spiel der Reaktion, ob er will oder nicht, und zwar in zweierlei Hinsicht:

1. Daß er den Gerüchten Nahrung gibt, die Gewerkschaften seien von der DKP unterwandert ... 2. Indem er zur weiteren Aufrüstung ermuntert.

Auch er muß wissen, daß die Initiatoren des „Krefelder Appells“ aus verschiedenen Organisationen kommen, SPD, Grüne, Christen, Gewerkschafter, Parteilose und auch von der DKP und SDAJ. Nun weiß ich nicht, wie es der Kollege Zemlin mit dem Frieden hält, mir ist es jedoch egal. Wenn ich für den Frieden bin, dann arbeite ich auch mit Kommunisten zusammen. Ein Engagement der Gewerkschaften ist gut und sehr notwendig, aber auch der „Krefelder Appell“. Friedhelm Kaspari, 6360 Friedberg

Wichtiger Beitrag

Entspannung, Abrüstung und Frieden, so sagt K.-D. Zemlin, sind die Grundlage jeder Gewerkschaftspolitik. Wie versuchen

denn nun die Gewerkschaften, ihre Politik durchzusetzen? Durch Einheit! Auch K.-D. Zemlin hat öfter betont, daß die Einheitsgewerkschaft die größte Errungenschaft der Arbeitnehmer nach dem zweiten Weltkrieg ist. Die Einheitsgewerkschaft, der DGB, ist das Werk von Sozialdemokraten, Christen und Kommunisten. Und genau das sind heute die Kräfte, die für den Frieden kämpfen, die sich gegen die Behauptung des US-Außenministers wehren, es gäbe Wichtigeres als den Frieden, und Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion fordern.

Die Sowjetunion hat Abrüstungsverhandlungen vorgeschlagen. Die Reaktion der USA: SALT II wurde nicht verabschiedet. Statt dessen wird nachgerüstet (offizielles Wort für aufrüsten). Aus diesem Grunde ist es zum „Krefelder Appell“ gekommen. General a. D. Gert Bastian, Sozialdemokrat und Mitinitiator des „Krefelder Appells“, sagt dazu: „Zwar verbessert die SS-20-Installation, bei der es sich nach NATO-Kriterien freilich um eine eher überfällige und keineswegs sonderlich eilig betriebene Modernisierungskampagne handelt, zweifellos die für Westeuropa unangenehme Fähigkeit der Sowjets, die europäischen Verbündeten der USA nuklear zu bedrohen. Doch findet diese Gegebenheit ihre Entsprechung in der für Osteuropa nicht angenehmeren Fähigkeit der NATO, die europäischen Verbündeten der Sowjetunion mit Nuklearwaffen ebenfalls vernichtend zu treffen. Die dafür bestimmten Systeme stehen der NATO seit langem zur Verfügung und sind größtenteils auf ausdrücklichen Wunsch der USA aus den bisherigen SALT-Vereinbarungen ausgeklammert worden, weshalb ja die Sowjetunion ihr Modernisierungsprogramm im Mittelstreckenbereich nicht ohne Berechtigung als Nachrüstung diesem NATO-Potential gegenüber bezeichnet“ (aus der Rede auf dem „Krefelder Forum“ am 15./16. November 1980).

Es wird also doch über sowjetische Atomraketen gesprochen. Nur scheint dies K.-D. Zemlin nicht in seine antikommunistische Schublade zu passen. Und so bezeichnet er Persönlichkeiten wie Gert Bastian, die Professoren Kade, Ridder und Bechert (Sozialdemokraten bzw. ausgeschlossene Sozialdemokraten), den Publizisten Gösta von Uexküll, den SPD-MdB Klaus Thüsing, den Pfarrer Martin Niemöller als kommunistisch „gesteuert“. Das ist „Bild“-Journalismus! Der Kampf für den Frieden ist unteilbar. Jeder ist aufgefordert, seinen Beitrag dazu zu leisten. Der „Krefelder Appell“ ist ein wichtiger Beitrag dazu und keine „dummdreist“ gesteuerte Aktion. Reinhard Zabel, 2000 Hamburg 70

Den Augen nicht zu trauen . . .

Ich glaubte meinen Augen nicht zu trauen, aber es war wirklich die „Deutsche Post“, in der ich unter einer vielversprechenden Überschrift einen ganz anders gemeinten Vorspann las. Klaus-Dieter Zemlin will begründen, warum wir den „Krefelder Appell“ nicht unterzeichnen sollen (was völlig legitim wäre) – und greift dafür zum Mittel der Diffamierung und Unterstellung. Ist das der Preis für die Einheitsgewerkschaft, den Kollege Zemlin seinen Unionsfreunden zu zahlen bereit ist? Ich weiß nicht, was er meint mit „politisch einseitigen Appellen obskurer Urheberschaft“, aber der „Krefelder Appell“, angeblich „kommunistisch gesteuert“, kann es nicht sein. Seine Initiatoren sind u. a. der Jungdemokrat Christoph Strässer und der Oberst a. D. Josef Weber. Kommunisten? Oder von ihnen gesteuert, ohne daß sie's wissen? Ich werde Klaus Thüsing mal fragen, was er davon hält.

„Eine Sache wird nicht dadurch falsch, daß auch Kommunisten sie für richtig halten“, sagt Heinrich Albertz. Wäre es anders, müßten sich die Gewerkschaften selbst in Frage stellen, weil es „auch Kommunisten“ richtig fanden, dort einzutreten.

Wie „vielseitig“ muß eine Forderung sein, damit sich ihr auch Kollege Zemlin anschließt? Künftig also nur: Wir fordern von Bonn und Moskau kürzeren Schichtdienst, Tarifierhöhung und eben auch Abrüstung? Dietrich Bonhoeffer warnte schon 1934: „Die Welt starrt von Waffen, und furchtbar schaut das Mißtrauen aus aller Augen – worauf warten wir noch? Wollen wir selbst mitschuldig werden wie nie zuvor?“ Darum alles zur Verwirklichung der DGB-Jugend-Forderungen. Einig müssen

wir sein, wenn wir überleben wollen! Wer hinter allem bloß Kommunisten wittert, tut dem Gewerkschaftsgedanken keinen Gefallen.

Martinus Schmidt, 1000 Berlin 44

Billige Polemik

Diffamierende Behauptungen, vermischt mit mangelndem Sachverstand, tragen sehr wenig zu einer fruchtbaren Diskussion bei. Wo bleiben die Fakten, die eine „Steuerung“ des „Krefelder Appells“ beweisen? Ohne dem bleibt es billige Polemik. „ . . .“, daß die Sowjetunion durch ihre Nachrüstung im strategisch nuklearen Bereich gerade dabei sei, aus einer Position klarer Unterlegenheit in ein strategisches Gleichgewicht mit den USA zu gelangen . . .“, so General D. Jones, Vorsitzender der Stabschefs der US-Streitkräfte, in einem Bericht für den Kongreß. Er fordert deshalb die Wiederherstellung der schwindenden Überlegenheit der USA! US-Verteidigungsminister Brown und der amerikanische „Defense Monitor“ meinen: „Die SS-20-Rakete und der Backfire-Bomber bedeuten keine Steigerung der Bedrohung“ Westeuropas. Alles Kommunisten?

Zum Vorwurf, es würde einseitig gegen Pershing II und Cruise-Missiles Stellung bezogen: Beide Waffensysteme sind „hervorragend geeignet, armierte Raketensilos und ähnliche in den Boden eingelassene Installationen zu zerstören“, stellt das schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI trocken fest. Verbunden mit den Tatsachen, daß Pershing-II-Raketen in nur sieben Minuten den Ural erreichen, Cruise-Missiles jedes bekannte Radarsystem in 30 m Höhe unterfliegen, der UdSSR somit die nötige Vorwarnzeit (20 bis 30 Minuten) für ihr interkontinentales Abschreckungspotential genommen wird, versetzt das die USA in die Lage, in einem atomaren Erstschlag die UdSSR entscheidend zu schlagen. Und „ein solcher Atomkrieg in Europa ist wahrscheinlich, weil er gedacht und ins Kalkül gezogen wird, weil sich die militärische nukleare Planung vor allem in den USA auf ihn vorbereitet“ (Admiral a. D. La Rocque, ehemaliges Mitglied des Vereinigten Generalstabs der USA). Europa als Schlachtopfer im Kampf gegen den Kommunismus? Nein danke!

Peter Breuer, 4300 Essen 11, Gerwy Ragert, 4250 Bottrop

Appell wird unbequem

Ich kann verstehen, daß ein Appell, der bisher von vielen Betriebsratsvorsitzenden, Gewerkschaftssekretären, Mitgliedern aller Parteien, vor allem aus der SPD, sowie im großen Umfang aus der katholischen und evangelischen Friedensbewegung unterstützt wird, unbequem wird. Hier läßt sich noch auf den Friedensforscher und noch CSU-Mitglied hinweisen, welcher im „Stern“ u. a. ausdrücklich vor weiteren Stationierungen der atomaren Mittelstreckenraketen gewarnt hat (Mechtersheimer). Eine Tagung von Wissenschaftlern (200) aus allen Bereichen und vielen Ländern in Groningen hat diese Warnung vor ein paar Wochen wiederholt und auf die zunehmende Gefahr eines atomaren Weltkrieges in den 80er Jahren hingewiesen, dies auch noch in einer sich zuspitzenden weltpolitischen Situation und der augenblicklichen Unberechenbarkeit amerikanischer Außenpolitik.

Es ist ein Versuch, eine Bewegung zu diffamieren, und wir sagen, das machen wir nicht mit. Wir kennen viele Postgewerkschafter, und nicht nur Jugendliche, die hier den Appell auch unterstützt haben. Und es tut uns nicht weh, wenn es auch Kommunisten gibt, die da unterschreiben. Denn man wäre blind, die Breite und die zunehmende Masse zu übersehen. Frieden schaffen ohne Waffen.

Dagmar Nöh und weitere 10 Unterschriften, 2000 Hamburg 60

Endlich aktiv werden

Haben endlich auch die Gewerkschaften gemerkt, wie wichtig die Sicherung des Friedens ist? Es wurde auch langsam Zeit, sich mit diesem Thema zu befassen, denn die Jugendlichen, die sich schon länger Sorgen über das Wettrüsten machen und in dieser Frage bei den Gewerkschaften auf taube Ohren

gestoßen sind (bis auf ein paar schöne Worte von höchster Ebene), sind ja inzwischen so weit von den Gewerkschaften entfernt, daß wir sie kaum noch einholen werden. Hier nützen keine fortschrittlichen Aussagen mehr, es muß weit mehr getan werden. Gezielte, gut vorbereitete Maßnahmen zur Erhaltung des Friedens sind längst überfällig.

Ein erhobener Zeigefinger mit Richtung auf den „Krefelder Appell“ und der Hinweis, daß es auch in dieser Frage kein Aktionsbündnis mit Kommunisten gibt, macht uns, die wir an der Basis Jugendarbeit machen, die Sache nur noch schwerer. Was sollen wir den Jugendlichen antworten, die uns fragen, was tun denn die Gewerkschaften konkret dagegen, und wenn wir nicht mit Kommunisten gegen das Wettrüsten sein dürfen, dürfen wir dann nach dem großen Knall mit ihnen im Massengrab liegen? Die DPG und der DGB müssen endlich aktiv werden, bevor uns die letzten Jugendlichen auch in dieser Frage davonlaufen.

Claus Hagen, 4550 Bramsche 8

„ötV-magazin“ (Nr. 7/81)

„Habe schreckliche Angst“

Ich bin im 58. Lebensjahr und seit 1958 gewerkschaftlich organisiert – bis 1970 in der IG Druck und Papier. Den zweiten Weltkrieg habe ich also in seiner ganzen schrecklichen Auswirkung miterlebt. Den nächsten Krieg mit den fürchterlichen atomaren Waffensystemen wird in Europa keiner überleben, wenn er nicht vorher „das Weite“ gesucht hat. Ich habe schreckliche Angst davor.

Mit dem Beschluß des Bundesjugendausschusses der Gewerkschaft ÖTV erkläre ich mich voll einverstanden. Der Vorstand der ÖTV kann meines Erachtens – ohne seine Mitglieder befragt zu haben – nicht beschließen, daß „die ÖTV“ sich an Aktionen des Krefelder Appells nicht beteiligt beziehungsweise Aufrufe dieses Appells nicht unterschreibt. „Die ÖTV“ ist doch nicht der Vorstand allein, sondern die breite Basis der Mitglieder. Ich werde jedenfalls in dieser Krefelder Initiative weiter mitarbeiten. Heute ist der Pazifismus verschrien als etwas sehr Verwerfliches, und man gebraucht den Begriff als Schimpfwort. Drucken Sie doch bitte auch Meinungen von Mitgliedern des Krefelder Appells ab und nicht nur solche einseitigen Meinungen, die offensichtlich unter anderem im Auftrag der Rüstungsmonopole diktiert wurden.

Meta Plate, 2800 Bremen 1

„Wie Rüstungsgewinnler“

Mit Erschütterung las ich im ötv-magazin 6/81 den Aufruf des ÖTV-Hauptvorstandes vom 15. Mai 1981, zwar das wahnsinnige Aufrüsten zu beenden, aber Friedensinitiativen wie den Krefelder Appell nicht zu unterstützen. Der ÖTV-Hauptvorstand beschreitet hier einen gefährlichen Weg, nämlich, daß sich viele Mitglieder immer weniger in ihren ureigensten Interessen nach Frieden von der Gewerkschaft vertreten fühlen. Ich und viele meiner Kollegen wollen alle Initiativen, die zu Abrüstung und Frieden beitragen wollen, tatkräftig unterstützen. Statt sich, nur um des Ansehens willen, um Zehntelprozente bei Tarifabschlüssen zu streiten, muß die ÖTV, um noch glaubwürdig zu bleiben, vielmehr ihre Mitglieder dazu auffordern, alle Friedensbewegungen zu unterstützen. Aber nein, genauso hochmütig wie die Rüstungsgewinnler argumentiert der ÖTV-Hauptvorstand mit dem alten Hut von der kommunistischen Unterwanderung der Friedensinitiativen. Verdächtigerweise steht dieser Entschluß ganz im Einklang mit der Meinung unseres Bundeskanzlers, der die Friedensbewegung als „infantil“ bezeichnete, oder deren Sympathisanten sogar als Menschen, die nicht alle „Groschen beisammen haben“, diffamierte. Ihr Kollegen vom Hauptvorstand, denkt Ihr, wir seien blöde?

Wolfgang F. Köhler, 6000 Frankfurt 90

„Kriegslüsteres Streben“

Den Beschluß des Hauptvorstandes der Gewerkschaft ÖTV vom 15. Mai 1981 zur Frage des Friedens empfinde ich in seinen Aussagen zum Krefelder Appell für jeden ehrlichen Gewerkschafter als beschämend, befindet er sich doch in der beabsichtigten Wirkung im Gegensatz zu den im DGB-Grundsatzprogramm enthaltenen Aussagen zur Friedenssicherung. Mit diesem Beschluß hat sich der Hauptvorstand zum Handlanger einer Bundesregierung gemacht, die dabei ist, die nationalen Interessen unseres Landes und unseres Volkes an das kriegslüsterne Welt herrschaftsstreben einer Reagan-Regierung zu verraten. Mit diesem Beschluß wurde der Versuch unternommen, die breiteste Massenbewegung gegen die Stationierung von neuen US-Mittelstreckenraketen in Europa zu torpedieren. Ein Hauptvorstand, der sich in dieser Frage – aus welchen Gründen auch immer – mit der Bundesregierung solidarisiert, begeht Verrat an den Zielen seiner Gewerkschaft und deren Mitgliedern.

Georg Späth, 8438 Berg

„Habe mich geärgert“

Die Tendenz im ötv-Magazin 6/81, in gute und schlechte Abrüstungsbefürworter zu unterscheiden, finde ich erschreckend. Zu einem Zeitpunkt, zu dem die Rüstung durch Stationierung von Atomraketen in Europa weiter hochgeschraubt werden soll, ist eine solidarische Unterstützung der Abrüstungsbewegung durch uns Gewerkschafter notwendig. Abgrenzung schwächt und spaltet. Der Atomtod bedroht uns alle! Während die Menschen in der dritten Welt hungern, während in unserem Land die Leistungen im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich gekürzt werden, werden Milliarden in die Tötungsmaschinerie Rüstung gesteckt. Die Durchsetzung der weiteren Aufrüstung wird legitimiert durch die angebliche Bedrohung durch die Sowjetunion und die Aufrechterhaltung des „Gleichgewichts des Schreckens“. Ich frage mich, warum die Russen uns denn nicht schon längst angegriffen haben, wenn sie uns so überlegen sind? Die bisherigen Rüstungspotentiale in den USA und der Sowjetunion reichen aus, um das „Gleichgewicht des Schreckens“ aufrechtzuerhalten. Durch die Stationierung der neuen amerikanischen Mittelstreckenwaffen in Westeuropa besteht für die USA die Möglichkeit, einen Erstschlag gegen die Sowjetunion zu führen, ohne selbst bedroht zu sein. Die Abschreckung ist dann außer Kraft gesetzt. Europa würde jedoch eine einzige Atomwüste werden. Darum unterstütze ich jede Abrüstungsinitiative, auch den Krefelder Appell.

Ingrid Heitmann, 2800 Bremen 44

Kristallisationspunkt: 35-Stunden-Woche

Auf der Grundlage einer Diskussion auf der diesjährigen Bildungsarbeitstagung des DGB-Bildungswerks Hessen am 24. Juni in Oberreifenberg erarbeiteten Claudia Stich und Manfred Balder ein Diskussionspapier, das wir zur Information unserer Leser im Wortlaut veröffentlichen. In dem Papier wird der Arbeitszeitverkürzung, insbesondere der 35-Stunden-Woche, ein hoher Stellenwert eingeräumt. Die Redaktion nimmt das Diskussionspapier zum Anlaß, zu einer Diskussion über die angesprochenen Fragen aufzurufen. Die Ergebnisse werden wir in den NACHRICHTEN dokumentieren. In diesem Zusammenhang möchten wir auf die nachrichten-reihe 16 mit dem Titel „Ziel: 35 Stunden“ verweisen, die in unserem Verlag erschienen ist (siehe dazu auch Kasten).

Ausgangspunkt unserer Überlegungen sollte die Feststellung sein, daß gerade zu den Eckpunkten der gewerkschaftlichen Tarifpolitik in den 80er Jahren noch eine Reihe von Fragen unzureichend erörtert ist. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß erst vor einigen Monaten (3/81) ein neues DGB-

Grundsatzprogramm beschlossen wurde. Es ist sicherlich richtig, daß der Stellenwert dieses Programms als politischer Orientierungsrahmen für die nächsten Jahre nicht unterschätzt werden darf. Erfahrungen der vergangenen Krisenjahre und Erkenntnisse über bevorstehende soziale Probleme wurden in dem Programm verarbeitet. Man kann aber nicht sagen, daß im DGB-Grundsatzprogramm eine umfassende strategische Orientierung für die 80er Jahre zu finden ist. Dazu wäre es notwendig gewesen, die Krisenprozesse selbst und ihren Zusammenhang mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu analysieren, auf diesem Hintergrund die Strategie des Kapitals und der konservativen Kräfte zu untersuchen und daraus Aufgabenstellungen für die Gewerkschaftsbewegung abzuleiten¹.

Im Zusammenhang mit unserem Thema muß festgestellt werden: Das neue Grundsatzprogramm enthält viele gewerkschaftliche Antworten auf die Krisenpolitik des Kapitals in den 80er Jahren; es fehlt allerdings die Formulierung von Durchsetzungsstrategien. Im Programm selbst heißt es im 6. Grundsatz: „Die gegenwärtige Einkommens- und Vermögensverteilung ist ungerecht. Deshalb kämpfen die Gewerkschaften um einen gerechten Anteil der Arbeitnehmer am Ertrag ihrer Arbeit.“ Einige Sätze später heißt es: „Eine aktive Tarifpolitik ist auf eine gerechte Verteilung des Sozialprodukts gerichtet.“ Die hier verwandten Begriffe „gerechter Anteil“ und „gerechte Verteilung“ sind als praktische Orientierung für eine aktive Lohnpolitik in den 80er Jahren offensichtlich unzureichend. Das DGB-Aktionsprogramm von 1979 ist hier sicherlich hilfreicher.

Was bedeutet „aktive Lohnpolitik“ in den 80er Jahren? Es stellt sich die grundsätzliche Frage: Geht es in den 80er Jahren vorrangig um die Verteidigung des Erreichten? Die Analyse der ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen für die Tarifpolitik in den 80er Jahren weist in diese Richtung. Heute gibt es einen wichtigen Unterschied gegenüber früheren Zeiten: Früher waren sowohl höhere Profite und höhere Real-löhne, sowohl Rüstung als auch soziale Reformen möglich. Dieses „Sowohl-Als-auch“ gilt unter den jetzigen Krisenbedingungen nicht mehr. Deshalb soll nach dem Willen der Unternehmer eine „Wende der Tarifpolitik“ herbeigeführt werden.

Geht es also nur um die Verteidigung des Erreichten? Es kommt entscheidend darauf an, was unter „Verteidigung des Erreichten“ verstanden wird. In den Tarifausschließungen dieses Jahres ist es nicht gelungen, den Reallohn zu verteidigen. Aber selbst wenn dies gelungen wäre – und das hätte bedeutet, daß nicht nur die Preissteigerungsrate ausgeglichen wird, um den realen Nettolohn zu erhalten –, es hätte eine Verschlechterung auch bei voller Reallohnsicherung bedeutet. Es kommt nämlich darauf an, den Anteil der abhängig Beschäftigten am Volkseinkommen zu verteidigen. Und dies schließt eine Realloohnerhöhung im Umfang der Produktivitätssteigerung ein. „Verteidigung des Erreichten“ bedeutet unter der Bedingung hoher Preissteigerungsraten zugleich, daß die unteren Löhne stärker angehoben werden (soziale Komponente), da sie vollständig für die Lebenserhaltung aufgebraucht werden. Damit sind Fragen angesprochen, was inhaltlich aktive Lohnpolitik in den 80er Jahren bedeutet.

Im Ergebnis bedeutet dies: Bereits mit der bloßen Verteidigung des Reallohnes verstärkt sich der Umverteilungsprozeß zuungunsten der abhängig Beschäftigten, es sei denn, daß die erhöhte Arbeitsproduktivität zur Finanzierung von Arbeitszeitverkürzungen verwandt wird. Zugleich wird deutlich, welche Bedeutung einer entwickelten Kampffähigkeit für die Realisierung einer aktiven Lohnpolitik zukommt.

Nicht anders, mit Sicherheit sogar noch schwieriger, liegen die Dinge bei der Arbeitszeitverkürzung. Im DGB-Grundsatzprogramm heißt es zur Arbeitszeitverkürzung: „Die Verkürzung der Arbeitszeit dient der Humanisierung der Arbeit. Sie verbessert die Voraussetzungen für die Beteiligung der Arbeitnehmer und ihrer Familien am gesellschaftlichen Leben. Darüber hinaus leistet sie einen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit und verringert die Arbeitsbelastung.“ Auch hier muß man zu dem Ergebnis kommen, daß der strategische Stellenwert von Arbeitszeitverkürzung für die Gewerkschaftspolitik der 80er Jahre damit nur unzureichend beschrieben ist.

Arbeitszeitverkürzung, insbesondere der 35-Stunden-Woche, kommt eine zentrale Bedeutung zu, weil sie wie keine andere gewerkschaftliche Forderung Grundinteressen der abhängig Beschäftigten zum Ausdruck bringt und zugleich eine der wirksamsten Antworten auf die Krisenpolitik des Kapitals darstellt. Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung hat über den sozialen Moment hinaus eine politische Komponente. Mit Arbeitszeitverkürzungen wird die unternehmerische Strategie an zentralen Punkten, wie Arbeitsintensivierung und Arbeitsplatzvernichtung, getroffen. Trotzdem besteht eine spürbare Zurückhaltung in den Gewerkschaften, über Arbeitszeitverkürzungen, im besonderen über die 35-Stunden-Woche, zu diskutieren, geschweige denn dafür zu mobilisieren. Dafür gibt es unterschiedliche Gründe, angefangen von der Scheu vor harten Konfrontationen mit den Unternehmern bis zur begründeten Angst vor weiter zunehmendem Leistungsdruck im Zusammenhang mit Arbeitszeitverkürzungen.

Probleme der Forderungsstruktur

Für die Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung könnten folgende 8 Punkte eine Grundlage sein:

1. Das Ringen um die gewerkschaftliche Orientierung für die 80er Jahre steht im direkten Zusammenhang mit der Arbeitszeitproblematik: So ist die Forderung nach der 35-Stunden-Woche und die Bereitschaft, sie konsequent durchzusetzen, heute Ausdruck einer nichtsozialpartnerschaftlich orientierten Gewerkschaftspolitik. Im Gegensatz zu früher wären künftig sozialpartnerschaftliche Lösungsansätze bei verschlechterten Verwertungsbedingungen des Kapitals bestenfalls darauf gerichtet, nur noch bestimmte Teile der abhängig Beschäftigten zu begünstigen, was zu einer verstärkten Differenzierung zwischen den einzelnen Beschäftigungsgruppen und zu einem Entsolidarisierungsprozeß führen kann. Die Lähmung der gewerkschaftlichen Interessenvertretung und ernsthafte Gefahren für den organisatorischen Bestand der Einzelgewerkschaften wären die Folgen².

2. Es ist aber auch nicht zu übersehen, daß jede konsequente Gewerkschaftspolitik mit Risiken verbunden ist. Manche befürchten deshalb, mit einer solchen Politik mehr zu verlieren als zu gewinnen, und verkennen dabei, daß wir schon in die Position des Verlierers gedrängt werden: Der Reallohn sinkt, und die Sozialleistungen werden schrittweise abgebaut. Die Gewerkschaften werden in den 80er Jahren nicht die Wahl haben zwischen einem bequemen und einem schwierigen Weg. Kämpfen sie nicht auf der Basis von einheitlichen Interessen aller abhängig Beschäftigten, sondern passen sie sich dem geringeren Konzessionspielraum des Kapitals an, werden sie ihre Handlungsfähigkeit und Existenzgrundlage gefährden. Kämpfen sie aber, dann werden sie ebenfalls vor großen Problemen stehen: Es werden hohe Anforderungen an die Formulierung einer Politik der weitestgehenden Vereinheitlichung, der breitesten Solidarisierung und Politisierung, der richtigen Kampfform und der Abwehr von massiven Spaltungsversuchen gestellt.

Es geht also nicht um den Kampf des Kampfes willen, es geht um Kämpfe, deren Erfolge wahrscheinlich sind. Aber selbst Niederlagen können besser sein, als nicht gekämpft zu haben: Es wird danach niemals mehr so sein wie zuvor, da der Wille zur Veränderung und die Bereitschaft zum Widerstand sichtbar wurden. Die Zukunft der Gewerkschaften wird davon abhängen, ob die Tendenzen zur Vereinheitlichung der Interessen oder die Betonung von Sonderinteressen – in welcher Form auch immer – zunehmen³.

3. Als Ersatz für eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung werden gruppenspezifische Regelungen, wie Freischichten für Schichtarbeiter oder Teilzeitarbeit für ältere Beschäftigte (also Arbeitszeitverkürzungen nur für die „Mühseligen und Beladenen“), diskutiert und teilweise tariflich vereinbart. Aber die Gewerkschaften haben zur Arbeitszeitverkürzung keinen Warenhauskatalog beschlossen, aus dem sich die Unternehmer je nach Bedarf und Günstigkeit selbst bedienen können. Gruppenspezifische Arbeitszeitverkürzungen sind nur akzeptabel, wenn sie nicht als Ersatz, sondern als Stufen zur allgemeinen Arbeitszeitverkürzung verbindlich vorgesehen sind. Die betrof-

fenen Gruppen müssen jedoch zahlenmäßig ins Gewicht fallen.

Grundlegende gewerkschaftliche Forderungen finden nur dann eine breite Resonanz, wenn sie von vielen als berechtigt und durchsetzbar angesehen werden. Die sozial- und beschäftigungspolitischen Probleme der 80er Jahre erfordern Formen der Arbeitszeitverkürzung, die alle Gruppen der Beschäftigten betreffen und eine hohe Wirksamkeit hinsichtlich der Sicherung von Arbeitsplätzen und dem Abbau von Arbeitsbelastungen haben. Da gerade bei krisenhaften Entwicklungen nicht die Interessen einzelner Gruppen, sondern die grundlegenden Interessen aller abhängig Beschäftigten im Mittelpunkt der Gewerkschaftspolitik stehen müssen, ist die Forderung nach der 35-Stunden-Woche der Kristallisationspunkt einer interessenbezogenen Gewerkschaftspolitik der 80er Jahre.

4. Die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit in möglichst großen Schritten hat bei weitem die durchschlagendste Wirkung im Hinblick auf zunehmende Arbeitsbelastung und steigende Arbeitslosigkeit im Vergleich zu allen anderen Formen der Arbeitszeitverkürzung. Sicherlich sind alle Formen der Arbeitszeitverkürzung eigentlich gleichgewichtig. In allen Bereichen – von der Lebensarbeitszeit über den Urlaub bis hin zur Wochenarbeitszeit – müßte etwas getan werden. Aber alles auf einmal ist im Hinblick auf das entwickelbare Kräfteverhältnis nicht möglich. Deshalb muß dort angesetzt werden, wo die größte Wirkung hinsichtlich der Arbeitsplatzsicherung und der Arbeitsentlastung erreicht werden kann.

Für die Unternehmer wäre bei dem gegenwärtigen Rentensystem die Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch die Herabsetzung des Rentenalters kostengünstiger und weniger einschneidend als die Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Diese Lösung würde aber bedeuten, daß es zu keiner spürbaren Arbeitsentlastung in überschaubaren Zeiträumen kommt, also dann, wenn es zur Erhaltung der Arbeitskraft am notwendigsten wäre. In der Tendenz führt die Arbeitsintensivierung auch zu einer Verkürzung der Arbeitszeit, aber einer unmenschlichen, nämlich über die geringere Lebenserwartung. Deshalb müssen wir uns vordringlich gegen die Auslagerung der Arbeitskraft im Arbeitsprozeß wehren und nicht das Problem allein über die Aussonderung der Leistungsschwachen aus dem Arbeitsprozeß lösen, was wiederum ohne Regelungen über Leistungsbegrenzungen zu einem weiteren Hochschrauben der Leistungsintensität und zu einer Anhebung des betrieblichen Leistungsniveaus führt. Die Arbeitsbedingungen müssen so gestaltet werden, daß das Rentenalter ohne gesundheitliche Schäden erreicht werden kann. Die Herabsetzung des Rentenalters ist kein Ersatz für die 35-Stunden-Woche.

Das gleiche gilt für den Urlaub. Urlaub muß man genießen können. Dies ist aber nicht möglich, wenn man so ausgelaugt ist, daß der Urlaub bestenfalls nur eine Genesung von täglichem Arbeitsstreß ist. Unter diesem Gesichtspunkt kann Urlaub kein Tauschobjekt für die Belastungen am Arbeitsplatz und in der Arbeitswoche sein. Auch der Urlaub ist kein Ersatz für die 35-Stunden-Woche. Im Ergebnis bedeutet dies: „Arbeit darf nicht kaputt machen“ (Losung der DGB-Bundesarbeiterkonferenz 1981 in Osnabrück). Frühere Rente und mehr Urlaub verlieren ihren Sinn, wenn man sie nicht richtig genießen kann. Auch der beschäftigungspolitische Effekt ist in beiden Fällen wesentlich geringer als bei der 35-Stunden-Woche. Um beim heutigen Grad der Arbeitsbelastung die Gesundheit dauerhaft zu erhalten, reicht die Verkürzung der Lebensarbeitszeit und die Verlängerung des Jahresurlaubs nicht aus; auch die Belastungen in der Arbeitswoche müssen geringer werden, um die Intensivierung der Arbeit ohne zusätzliche Gesundheitschädigung ertragen zu können, und zwar ein ganzes Arbeitsleben lang.

5. Nach den gegenwärtigen Prognosen über die weitere Entwicklung des Arbeitsmarktes wird die Arbeitslosigkeit schon wegen des in den kommenden Jahren zunehmenden Erwerbspersonenpotentials (ca. 1 Million) mindestens bis zur Mitte dieses Jahrzehnts stark ansteigen. Selbst das gegenwärtige Niveau der Arbeitslosigkeit könnte nur stabilisiert werden, wenn das Sozialprodukt jährlich durchschnittlich um 3,5 Prozent wächst. Wachstumsraten dieser Größenordnung scheinen wenig wahrscheinlich. Verschärft wird die Situation da-

durch, daß die Steigerungsrate der Produktivität nicht wesentlich zurückgehen wird, weil in den nächsten Jahren die massiven Auswirkungen des arbeitsplatzvernichtenden technischen Wandels voll zum Tragen kommen werden. Eine Verdoppelung der registrierten Arbeitslosigkeit auf über 2 Millionen Erwerbslose bis 1985 ist wahrscheinlich; es wird gar ein Anstieg auf vier Millionen Arbeitslose gegen Ende des Jahrzehnts für möglich gehalten (K. Marth in WSI-Mitteilungen 8/80).

Da die staatliche Nachfragepolitik sich in den letzten Jahren als nur begrenzt beschäftigungswirksam erwies und ihre Fortsetzung u. a. wegen der Staatsverschuldung zunehmend auf Widerstand stößt, erlangt eine beschäftigungsorientierte gewerkschaftliche Arbeitszeitverkürzungspolitik eine erhöhte – wenn auch nicht überall voll begriffene – Bedeutung⁴.

6. Obwohl die Arbeitsintensität auch unabhängig von Arbeitszeitverkürzungen steigt, sollte die Verkürzung der Arbeitszeit verbunden werden mit Leistungsbegrenzung und Personalaufstockung. Die IG Metall hat bereits 1977 auf ihrem Gewerkschaftstag „Vereinbarungen über Arbeitszeitverkürzungen ... bei gleichzeitig definierten Arbeitsbedingungen“ gefordert. Lösungsmöglichkeiten für die individuelle Leistungsbegrenzung sind bisher nur vereinzelt tarifvertraglich vereinbart worden (so z. B. im VW-Tarifvertrag über Texterfassung). Die Entdichtung der Arbeitsstunde ist aber auch durch tarifliche Pausen- und Erholzeiten möglich.

Der kollektive Schutz gegen Arbeitsintensivierung kann in Form eines Personalausgleichs bei Arbeitszeitverkürzungen über mitbestimmungspflichtige Stellenpläne und Besetzungsregelungen erreicht werden. Die Grundsätze hierüber müßten in den Tarifverträgen festgelegt werden und die konkrete Ausfüllung auf der Basis von tariflichen Öffnungsklauseln durch Betriebsvereinbarungen erfolgen. Möglicherweise würde sich auch eine Bündelung der freiwerdenden Arbeitszeiten anbieten, eine Verbindung mit den bereits arbeitsfreien Tagen in der Woche oder im Monat. Durch eine solche Bündelung könnte faktisch ein weiterer Wochentag zunächst teilweise oder mit einem gewissen Turnus ganz als arbeitsfreier Tag durchgesetzt werden. Eine solche Lösung würde verstärkt Arbeitsplätze sichern und Arbeitsintensivierung begrenzen. Letztlich kann nur in den Betrieben sichergestellt werden, daß Arbeitszeitverkürzungen nicht zur Arbeitsintensivierung führen. Erreichbar ist dies nur durch eine stärkere Verzahnung und Koordination zwischen Tarifpolitik und Betriebsarbeit.

Im Ergebnis bedeutet dies: Es kann sich als erfolgversprechend erweisen, zwei Tabus der Unternehmer – Arbeitszeit und Leistung – auf einmal anzugreifen und dadurch zu einer tatsächlichen Bewegung zu kommen, als sich auf ein Tabu – Arbeitszeit – zu beschränken und dabei zu riskieren, daß die Angst vor der Leistungsschranke das Aufkommen einer kraftvollen Bewegung verhindert⁵.

7. Es muß geklärt werden, welcher der Begründungsfaktoren zur Arbeitszeitverkürzung – die Sicherung der Arbeitsplätze oder der Abbau der Arbeitsbelastungen – die stärkste mobilisierende Wirkung auf die Belegschaften hat und damit der entscheidende Anknüpfungspunkt für die Entwicklung von Konfliktbewußtsein ist. Eine denkbare Position hierfür wäre: „Spürbarste Folgeerscheinung (der Rationalisierung) ist die allgemein merklich, teilweise beängstigend gestiegene Arbeitsanspannung und der wachsende Pensums- und Leistungsdruck, sei es durch Arbeitsverdichtung, erhöhte Arbeitsgeschwindigkeit und wachsenden Arbeitsumfang oder durch Unterbesetzung und Termin- und Zeitdruck. Der „Auslastungsgrad“ der Arbeitskraft wird weiterhin zur Kapazitätsgrenze hin erhöht und überschreitet nicht selten bereits die Grenze des Zumutbaren und Erträglichen. Im Ergebnis ist das Problem Nr. 1 in den Augen der Arbeitnehmer jetzt und in Zukunft ganz zweifellos das Problem der Arbeitsintensivierung mit wachsender Arbeitsanspannung, Pensums- und Leistungsdruck und Arbeitshetze. So weit man es überblicken kann, fühlen sich die Arbeitnehmer gegenwärtig am stärksten, und zwar mit Recht, durch die wachsende Arbeitsintensivierung bedroht. Forderungen, die auf Zurückdrängung und Kontrolle der Arbeitsgeschwindigkeit, des Arbeitspensums und des Arbeitsdrucks hinauslaufen, finden daher allgemein ein Höchstmaß an Resonanz und Aufgeschlossenheit.“⁶

Das Moment der Arbeitsintensivierung könnte die Hauptklammer und der Schlüsselpunkt für die gewerkschaftliche Politik der Arbeitszeitverkürzung sein, um eine breite Bewegung zu ermöglichen, wenn deutlich wird, daß es um den Ausgleich bzw. Abbau von eingetretener Leistungsverdichtung und damit auch um die Verteidigung des Erreichten geht.

8. Unter den Bedingungen des Tabukatalogs der Unternehmer ist es fast unmöglich, Durchbrüche in tarifpolitischen Grundsatzforderungen in einzelnen Tarifbereichen isoliert von der Gesamtbewegung zu erzielen. Die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche ist eine gesamtgewerkschaftliche Aufgabe, da anders der besondere, harte Widerstand der Unternehmer auf diesem Gebiet nicht zu brechen sein wird. Der Beschluß des Gewerkschaftstages der IG Chemie-Papier-Keramik: 35-Stun-

Gert Hautsch
Ziel: 35 Stunden

Kampf um Arbeitszeitverkürzung
nachrichten-reihe 16

In dieser Schrift wird aufgezeigt, welchen Weg die Gewerkschaftsbewegung zurücklegen mußte, bis die 40-Stunden-Woche erreicht war. Heute stellt sich die Aufgabe, eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen. Im Mittelpunkt steht vor allem die Forderung nach der 35-Stunden-Woche. Sie ist durch die technische Entwicklung möglich und angesichts von Massenarbeitslosigkeit und steigender Arbeitsintensität in Betrieben und Büros notwendig. 96 Seiten, Preis 5,- DM.

Zu beziehen über den Buchhandel oder über unseren Verlag per Vorkasse plus 2,- DM für Porto und Verpackung.

den-Woche — Antrag A 452 lautet: „Die Verkürzung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden bleibt angesichts der weltweiten Entwicklung, verbunden mit einem ständigen Beschäftigungsrückgang, für die Gewerkschaften vorrangiges Ziel und muß in den achtziger Jahren gegen den Widerstand der Unternehmer durchgesetzt werden. Um die Durchschlagskraft gewerkschaftlicher Aktionen zur Erreichung dieses Ziels zu erhöhen, wird die IG Chemie-Papier-Keramik beauftragt, einen Antrag an den DGB-Bundeskongreß zu richten mit dem Ziel, daß analog der Herbeiführung der 40-Stunden-Woche alle Gewerkschaften gleichzeitig in einer ‚Konzertierten Aktion‘ die betreffenden Arbeitszeitabkommen kündigen und eine Neuregelung im Hinblick auf die 35-Stunden-Woche gemeinsam durchsetzen.“

Die Position „alle oder keiner“ dürfte nicht ganz richtig sein. Es kann sinnvoller sein, die gesamtgewerkschaftliche Kraft zunächst auf Teilbereiche zu konzentrieren, in denen die Bedingungen für das gewerkschaftliche Handeln günstig und die Wirkungen eines Arbeitskampfes weitreichend sind. Eine solche Vorgehensweise müßte aber von der gesamten Gewerkschaftsbewegung abgesichert sein.

In der Gewerkschaftsbewegung bestehen erhebliche Meinungsverschiedenheiten darüber, wie unsere programmatischen Forderungen am besten verwirklicht werden können. Es gibt eine Position, die davon ausgeht, daß möglichst durch partnerschaftliche Kooperation mit den Unternehmern das materielle Lebensniveau der abhängig Beschäftigten auch in den 80er Jahren gesichert werden sollte, und dabei in Kauf nimmt, daß Einschränkungen damit verbunden sein können. Karl Hauenschild: „Die Zahl unserer gegenwärtigen und zukünftigen Probleme ist (aber) so groß, daß wir den Interessen beider Seiten eher mit Kooperation gerecht werden als mit Konfrontation“⁷). Hierbei wird darüber hinweggegangen, daß alle wesentlichen sozialen Erfolge der Gewerkschaftsbewegung nicht durch Kooperation mit den Unternehmern, sondern immer nur durch Kämpfe erzielt wurden.

Eine andere Position ist es, darauf zu bestehen, daß wir im Hinblick auf die geringeren Verteilungsspielräume unsere gewerkschaftliche Kraft stärker als bisher in die Waagschale werfen müssen, da ein friedlicher Ausgleich der gegensätzlichen Interessen zunehmend schwieriger wird.

Eine gewerkschaftliche Durchsetzungsstrategie, die sich stärker als bisher auf die eigene Kraft verläßt, kann mit drei Stichworten umschrieben werden:

- a) Koordinierung
- b) Solidarisierung
- c) Politisierung.

a) Der DGB muß seine Koordinierungsfunktion hinsichtlich einer aktiven Tarifpolitik stärker wahrnehmen, da in grundsätzlichen Fragen jede einzelne Gewerkschaft auf die einheitlich und diszipliniert handelnden Unternehmerverbände stößt. In der diesjährigen Tarifrunde zeigte sich sehr deutlich der Mangel an koordiniertem Vorgehen der DGB-Gewerkschaften gegen die einheitliche Linie der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA). Die notwendige Koordinierung durch den DGB darf aber nicht zu einer Reglementierung der Willensbildung an der gewerkschaftlichen Basis führen. In der Kombination von zentraler Koordinierung und betrieblichen bzw. örtlichen Aktivitäten liegt eine Chance, gewerkschaftliche Gegenmacht zu entwickeln.

b) Der einheitlichen Strategie der Unternehmerverbände muß zugleich eine größere und breitere Solidarität der Gewerkschaften auf allen Ebenen gegenübergestellt werden, da in Zukunft keine tarifpolitischen Durchbrüche mehr zu erzielen sind, wenn nur eine oder einige Gewerkschaften kämpfen. Gerade angesichts komplizierter Kampfbedingungen ist für jede Gewerkschaft (unabhängig von ihrer Größe) eine breite Solidarität unverzichtbar. Bei künftigen Auseinandersetzungen müssen, ausgehend von den bisherigen Erfahrungen, Wege gefunden werden, wie die Solidarität durch den DGB und die Einzelgewerkschaften wirksam und umfassend organisiert werden kann.

c) Letztlich sind tarifpolitische Erfolge nur noch möglich, wenn die Gewerkschaften, ihre Forderungen und Aktionen, wenn die sozialen Auseinandersetzungen stärker politisiert werden. Gerade in der Krise, wenn der ökonomische Kampf in die Defensive gedrängt wird, ist eine breite politische Mobilisierung mit entsprechenden Aktionsformen (z. B. „neue Beweglichkeit“) zusätzlich erforderlich. Dies ist aber ganz prinzipiell notwendig, da die Unternehmer ökonomisch meistens am längeren Hebel sitzen und wir nur partiell stärker sind. Aber politisch sind die unternehmerischen Machtverhältnisse immer anfälliger. Unter den Bedingungen des politischen Drucks sind die Unternehmer eher zu Zugeständnissen bereit, gerade wenn der ökonomische Druck nicht ausreichend greift. Der „soziale Friede“ wird zwar dann aus ihrer Sicht „teuer“ erkaufte, aber die Abwehr der politischen Auswirkungen und die Zurückdrängung von antikapitalistischem Bewußtsein sind ihnen Zugeständnisse wert.

In diesem Sinne liegt die Wirksamkeit der „neuen Beweglichkeit“ — die in verschiedenen Formen denkbar ist und bereits praktiziert wurde — nicht so sehr in den ökonomischen Auswirkungen als vielmehr in der politischen Dimension. Erst durch die Kombination von ökonomischem Druck (Arbeitsniederlegungen) und politischem Druck (Kundgebungen und Demonstrationen), verbunden mit einer klaren gesellschaftspolitischen Orientierung auf die Begrenzung und Einschränkung kapitalistischer Machtverhältnisse, werden Ergebnisse erzielt, die dem Charakter einer aktiven Tarifpolitik entsprechen.

1 So auch M. Jansen und K. Pickshaus in „Blätter für deutsche und internationale Politik“, Nr. 5, 1981.
2 So auch Gert Hautsch, Ziel: 35 Stunden, Kampf um Arbeitszeitverkürzung, Nachrichten-Verlags-Gesellschaft
3 Siehe 2
4 So Heinze u. a. in Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 6, 1981
5 So auch Steffen Lehndorff in Nachrichten, Nr. 9, 1980
6 So auch Siegfried Balduin in Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 3, 1974
7 Karl Hauenschild in Welt am Sonntag, 11. 10. 1979

Immer mehr Arbeitslose

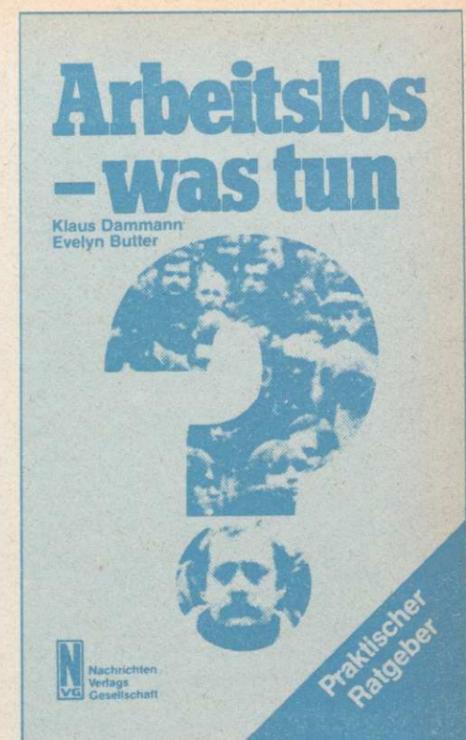
Dies ist kein übliches Buch über Arbeitslosigkeit. Vielmehr wird hier — aus der Sicht der Betroffenen — das Problem von zwei Seiten in neuartiger Weise angegangen. Zunächst einmal werden durch eine Interpretation der einschlägigen Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes Möglichkeiten aufgezeigt, die der gewerkschaftlichen Interessenvertretung im Betrieb zur Verfügung stehen, zum anderen geht es darum, der Vernichtung von Arbeitsplätzen entgegenzuwirken oder zumindest Unternehmerstrategien, die auf die sogenannte „Freisetzung von Arbeitskräften“ hinauslaufen, rechtzeitig zu erkennen und Gegenmaßnahmen einzuleiten. Trotz der gesetzlichen Mängel werden Ansatzpunkte dargelegt, um eine aktive Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten gerade auch bei der Sicherung von Arbeitsplätzen zu ermöglichen.

Im zweiten Teil wird denjenigen, die direkt oder indirekt von Arbeitslosigkeit betroffen sind, ein praktischer Ratgeber geliefert. Die Autoren beschäftigen sich mit allen Rechten, die ein Arbeitsloser kennen muß, um die entsprechenden finanziellen Leistungen beim Arbeitsamt beantragen zu können und Möglichkeiten der Umschulung bzw. Fortbildung oder andere Formen der Arbeitsvermittlung wahrzunehmen.

Diese und andere Fragen, mit denen ein Arbeitsloser konfrontiert ist, werden in einer ausführlichen und leichtverständlichen Kommentierung des Arbeitsförderungs-gesetzes (AFG) behandelt.

Im Dokumententeil findet sich die neueste Fassung des AFG und der Leistungstabellen der Bundesanstalt für Arbeit, anhand derer sich beispielhaft ablesen läßt, welche finanziellen Leistungen einem Arbeitslosen zustehen.

Bestellungen über den Verlag nur per Vorkasse. Benutzen Sie dazu die anhängende Zahlkarte, und tragen Sie bitte die Bestellnummer 024 ein. Bei Bestellungen unter 30,- DM müssen wir 2,- DM für Porto und Verpackung berechnen.



312 Seiten, Preis 14,- DM
ISBN 3-88367-024-3
Bestell-Nr. 024

Nachrichten-Verlags-GmbH
Glauburgstraße 66 · Telefon (06 11) 59 97 91
Postfach 18 03 72
Postscheckkonto Frankfurt 3050 40-606
6000 Frankfurt am Main 1

DM Pf für Postscheckkonto Nr. 305040-606		Für Vermerke des Absenders	
Absender der Zahlkarte		Spendenbescheinigung umseitig	
Postscheckkonto Nr. des Absenders	PSchA Postscheckkonto Nr. des Absenders	Postscheckteilnehmer	Postscheckkonto Nr. des Absenders
Empfängerabschnitt		Zahlkarte/Postüberweisung	
DM Pf	DM Pf (DM-Betrag in Buchstaben wiederholen)	Die stark umrandeten Felder sind nur auszufüllen, wenn ein Postscheckkontoinhaber das Formblatt als Postüberweisung verwendet (Erläuterung siehe Rückseite)	
Postscheckkonto Nr. 05040-606	für Nachrichten-Verlags-GmbH		DM Pf für Postscheckkonto Nr. 305040-606 Postscheckamt Ffm.
Absender (mit Postleitzahl) der Zahlkarte bzw. Postüberweisung		Postscheckkonto Nr. 305040-606	Nachrichten-Verlags-GmbH
Anwendungszweck		Postscheckamt Ffm.	in 6000 Frankfurt/Main
Ausstellungsdatum		Unterschrift	

So nicht, Herr Vetter!

Den „NACHRICHTEN“ wurde Ehre zuteil. Wiederum geriet die Zeitschrift in das Visier der großbürgerlichen „Frankfurter Allgemeinen“ und ihres Redakteurs Ernst Günter Vetter.

Unter der Überschrift „Am Arm der Kommunisten“ empört sich Vetter in der FAZ vom 26. August darüber, daß „NACHRICHTEN“ in Nr. 8/1981 einer beachtenswerten Rede von Franz Steinkühler, dem Stuttgarter Bezirksleiter der IG Metall, Raum gaben („Gewerkschafter dürfen Geschichte nicht allein Historikern überlassen“).

Vor allem wütet er über die Aussage, daß niemand das Recht habe, die Mitglieder der IG Metall nach dem Parteibuch zu sortieren. „Was zählt, ist einzig und allein der Einsatz für die Interessen der Arbeiter und Angestellten auf der Grundlage gewerkschaftlicher Beschlüsse und Zielvorstellungen“, sagte Steinkühler wörtlich. Dies sei, so Vetter, der kommunistische Unterwanderungslogan. So? Von Herrn Vetter würden wir gerne wissen, was in den Gewerkschaften sonst zählen soll? Es ist kein Zufall, daß er schwieg. Jeder hätte sonst erfahren, an wessen Arm sich Ernst Günter Vetter und die FAZ bewegen. Sch.

HBV fordert Maßnahmen

„Konkrete und schnell wirksame Maßnahmen“ zur Bekämpfung der in den

zu bringen. Übrigens ist Gaßmann nicht der einzige Fall. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an das langjährige IG-Metall-Vorstandsmitglied Heinz Dürrbeck, an den Abgeordneten Uwe Holtz sowie an Egon Bahrs Referenten Broudré-Gröger, um nur einige zu nennen. Bei keinem ist erwiesen, daß er militärische oder politische Geheimnisse vertrat hat.

Die IG Metall jedenfalls steht hinter Gaßmann. Sie gewährt ihm Rechtsschutz und hat auch seine Familie sozial abgesichert. Die Gewerkschaft informiert ihre Mitglieder auf der Lokalseite von „metall“ sowie in Gewerkschaftsversammlungen über den langsame Fortgang des Verfahrens. Zur direkten Unterstützung des Inhaftierten und zur Aufklärung über die rechtlichen und politischen Hintergründe dieses Falles hat sich zudem ein lockerer Ar-

beitskreis hauptsächlich von IG-Metall-Mitgliedern gebildet, der von mehreren hundert Kollegen direkt getragen wird und bereits eine erste Dokumentation herausgegeben hat.

Gewerkschaftsjugend gegen Neutronenbombe

Am 8. und 9. August tagte in Mainz die 12. DGB-Landesbezirksjugendkonferenz Rheinland-Pfalz. Rund 70 Anträge und Initiativanträge lagen den Delegierten von rund 60 000 jungen Gewerkschaftern zur Beratung vor. Sie lehnten nicht nur den Bau der Neutronenbombe ab, sondern forderten die Bundesregierung auf, ihre Zustimmung zum NATO-Beschluß zurückzuziehen (siehe Einhefter). In diesem Zusammenhang äußerte die Konferenz auch ihren Unmut über den Beschluß des DGB-Bundesvorstands, die Gewerkschaftsjugend bei der am 10. Oktober in Bonn geplanten Friedensdemonstration nicht als Veranstalter auftreten zu lassen.

DGB fordert Erhöhung der Kilometerpauschale

Angesichts der andauernden Benzinpreiserhöhungen hat der DGB-Landesbezirksvorstand Nordrhein-Westfalen eine Erhöhung der Kilometerpauschale gefordert. Sie sei von der Bundesregierung schon lange angekündigt und nun unumgänglich geworden.

Das gemeinsame Ziel der Hamburger IG Metall und aller engagierter Gewerkschafter ist es, „gemeinsam für Hermanns Freilassung“ (Lokalseite von „metall“, 29. Juli 1981) zu streiten und „die umstrittenen Rechtsgrundlagen für die Festnahme Hermanns und anderer Gewerkschafter – so der § 99 StGB –“ kritisch zu durchleuchten und auf ihre Veränderung hinzuwirken. Ein Weg, der sicherlich noch eine breitere Information und Diskussion nicht nur innerhalb der IG Metall verlangt und der auch weiterhin so manchen Glauben an die „rechtsstaatliche Ordnung in unserem Lande“ erschüttern wird.

a. p.

PERSONALIEN

Ferdinand Eichhorn, von 1966 bis zu seinem Ausscheiden im Jahre 1978 stellvertretender Vorsitzender der IG Chemie-Papier-Keramik (IG ChPK), ist am 21. August gestorben. Seit dem Gründungskongreß des DGB 1949 war er Sekretär des DGB und dann der IG ChPK. 1960 wurde Eichhorn Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstands. Bis zu seiner Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden leitete er die Abteilung Angestellte-Sozialpolitik.

Kurt Georgi (61), Vorsitzender der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK), der zu den Initiatoren der Unterschriftenaktion „Dem Naziterror Einhalt gebieten“ gehörte, wird sich aus Altersgründen auf dem 11. Gewerkschaftstag (4. bis 10. Oktober) nicht mehr zur Wiederwahl stellen. Als Nachfolger wurde vom GHK-Beirat der bisherige stellvertretende Vorsitzende Horst Morich (47) nominiert. Während sich Karlheinz Schwark (58) – einer der zwei stellvertretenden Vorsitzenden – zur Wiederwahl stellt, wird als Nachfolger Morichs Ewald Foth (54), bisher Bezirksleiter der GHK in Niedersachsen, den Delegierten zur Wahl empfohlen.

Ludwig Linsert, langjähriger bayerischer DGB-Landesbezirksvorsitzender, verstarb Ende Juli im Alter von 74 Jahren. Wegen seines Widerstandes in der Zeit des Faschismus war er zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden. Bis zu seinem Tode kämpfte Linsert, der auch Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten war, gegen den aufkommenden Neonazismus.

Hanshorst Viehof, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), bezeichnete die Diätenerhöhungspläne der Bundestagsabgeordneten als „unverfrorene Selbstbedienungsmentalität“. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, daß eine gelernte Verkäuferin mit 1200 DM netto im Monat auskommen müsse.

August Tümmermann, Gewerkschaftsmitglied seit 1913, eingekerkert durch die Nazis und nach 1945 Gewerkschafter der ersten Stunde, feierte am 18. August seinen 85. Geburtstag. Lange Jahre war er Betriebsratsvorsitzender des Kalibergwerkes Friedrichshall und Mitglied der Bezirksleitung der IG Bergbau und Energie (IGBE). Als Mitglied der KPD war August Tümmermann, der sich stets für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse einsetzte, in den ersten Nachkriegsjahren Vizepräsident des niedersächsischen Landtags. Zu den vielen Glückwunschschreiben, die der Jubilar zu seinem 85. erhielt, gehört auch eines des Vorstandes der IGBE.

Bildung und Weiterbildung: Thema des 6. NACHRICHTEN-Seminars

Vor dem Hintergrund immer rascherer technologischer Wandlungen und der rasanten Fortentwicklung des wissenschaftlich-technischen Wissens gewinnt die berufliche Bildung und ständige Weiterbildung an Bedeutung. Die Widersprüche zwischen den gesellschaftlichen und technischen Anforderungen an eine zukunftsorientierte Berufsausbildung einerseits und der derzeitigen Situation unserer Berufsausbildung mit massenhafter Fehlausbildung und Jugendarbeitslosigkeit andererseits haben sich zugespitzt.

Genug Gründe dafür, daß NACHRICHTEN sich diesem Problembereich intensiv widmen. Unser 6. NACHRICHTEN-Seminar am 28. und 29. November in Frankfurt wird sich mit dem Thema „Berufliche Bildung und Weiterbildung“ beschäftigen. Es soll einen Beitrag leisten zur Bestandsaufnahme und Zusammenfassung der Situation und Forderungen und dabei gleichzeitig Überlegungen entwickeln, wie praktische Schritte zur Veränderung und Verbesserung des Systems der beruflichen Bildung und Weiterbildung angepackt werden können. Um den z. T. sehr unterschiedlichen Stand der Diskussion in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen zu berücksichtigen, bitten wir darum, daß sich betriebliche Interessenvertreter und Gewerkschafter frühzeitig zum Seminar anmelden und mögliche Themenbereiche der Diskussion mit einbringen.

Nach dem bisherigen Stand der Vorbereitungen ist folgender Ablauf geplant:

28. November:

Eröffnung des Seminars, Grundsatzreferat zur Qualifikationsentwicklung / zum technisch-wissenschaftlichen Fortschritt in der Bundesrepublik, Grundsatzreferat zur aktuellen Situation der beruflichen Bildung und Weiterbildung / Forderungen und Umsetzungsfragen. Anschließend Diskussion und dann Aufnahme der Arbeit in drei Arbeitsgruppen in den Bereichen:

- Berufsausbildung in der Krise / wissenschaftlich-technische Entwicklung und Anforderungen an die Aus- und Weiterbildung;

- Alternativen der Arbeiterbewegung / Betriebliche und tarifvertragliche Möglichkeiten / Gesetzliche Regelungen;

- Weiterbildung / Umschulung / Erwachsenenqualifizierung.

29. November:

Fortsetzung der Tätigkeit der Arbeitsgruppen und Abschlußplenum. Im Rahmen der Tagung werden Berufsbildungsexperten aus der Sowjetunion und der DDR auf die Entwicklung der Berufsausbildung in ihrem Land eingehen.

Daß unter den kapitalistischen Produktionsverhältnissen von den einzelnen Unternehmern eine schnellstmögliche Verwertbarkeit beruflicher Bildung angestrebt wird, ist unter Gewerkschaftern und Berufsbildungsexperten an sich unumstritten. Feststellbar ist eine Tendenz, mit Kurzausbildungen und Anlernausbildungen weniger für einen Beruf als vielmehr für einen eingegrenzten Kreis von Tätigkeiten auszubilden. Diesem Interesse des Kapitals steht das Erfordernis entgegen, die Tradition einer recht fundierten Berufsausbildung in unserem Land als einen entscheidenden Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung zu verstehen und sie weiterzuentwickeln.

Zur Diskussion stehen auch die Fragen nach dem Einfluß der kapitalistischen Krise auf die Qualifikationsentwicklung und das Auseinanderklaffen von Ausbildungsinhalten und Arbeitsplatzanforderungen sowie wissenschaftlich-technische Entwicklung und zunehmende Zerstückelung von abgeforderten Qualifikationen.

Situation der beruflichen Bildung

Unter den Bedingungen der kapitalistischen Krise ist die Ausbildungs- und Berufsnot der Jugendlichen gewachsen. Massiver Rückgang der Zahl der angebotenen Lehrstellen führte in den vergangenen Jahren zu einem eklatanten Lehrstellenmangel. Wenngleich sich das Angebots- und Nachfrageverhältnis in den letzten beiden Jahren zahlenmäßig wieder etwas positiver gestaltet, blieben 1980 nach DGB-Berechnung rund 235 000 Jugendliche der Altersgruppen von 15 bis 18 Jahren ohne vollständige Berufsausbildung.

Benachteiligt in der Berufsausbildung sind nach wie vor Mädchen. Ihr Anteil an den berufsschulpflichtigen Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag liegt bei rund 60 Prozent, und ihre Ausbildung konzentriert sich trotz der mit viel Begleitmusik versehenen Modellversuche der Bundesregierung weiter auf die sogenannten „frauentypischen Berufe“. Mit zunehmender Arbeitslosigkeit und dem Lehrabschluß von geburtenstarken Jahrgängen, die nach der Lehre Arbeit

brauchen, erhöht sich die Zahl der nach der Lehre nicht weiterbeschäftigten jungen Facharbeiter.

Daß die Ursachen dieser Misere in der alleinigen Verfügungsgewalt der Unternehmer über die Berufsausbildung liegen, darüber sind sich Gewerkschafter einig. Wie man dieses System der Berufsbildung in unserem Land aber verändern kann, ob überhaupt unter den gegenwärtigen Krisenbedingungen Aussichten auf Erfolge bestehen, ist umstritten. Das Seminar sollte die Wege der Bekämpfung von Lehrstellenmangel und Berufsnot und unzureichender Berufsausbildung diskutieren. Hier wird es darauf ankommen, über allgemeine Forderungen hinaus die Mobilisierungsmöglichkeiten der direkt Betroffenen zu prüfen. Zu klären ist dabei auch der Stellenwert von betrieblichen/tarifvertraglichen Regelungen und den Anforderungen an ein neues Berufsbildungsgesetz.

Ein besonderes Augenmerk wird die Entwicklung von schulischen Berufsbildungsmaßnahmen erfordern. Das Berufsgrundbildungsjahr ist harter Kritik einiger Gewerkschaften, besonders der IG Metall, ausgesetzt. Das Berufsvorbereitungsjahr wird immer mehr zu einer Aufbewahrungsanstalt für sonst arbeitslose Jugendliche. Es dient kaum der Vorbereitung auf die Aufnahme einer qualifizierten Ausbildung. Auch die Maßnahmen zur beruflichen und sozialen Eingliederung junger Ausländer erhalten in zunehmenden Maße den Charakter von Eingliederungen in Hilfsarbeitertätigkeiten. Staatliche Maßnahmen verkommen zur direkten Erfüllung der Unternehmerinteressen in der Qualifikationsentwicklung. Wie der Einfluß auf diese staatlichen Maßnahmen vergrößert werden kann, welche Veränderungen nötig sind und wie sie herbeigeführt werden können, wird zu besprechen sein.

Berufliche Weiterbildung

Von der Notwendigkeit des lebenslangen Lernens wird heute viel geredet. Getan dafür wird dagegen wenig. Berufliche Weiterbildungsmaßnahmen laufen weitgehend unkoordiniert, sind zu oft abhängig von der Eigeninitiative der Betroffenen und von den aktuellen Unternehmerinteressen. Die Unternehmerverbände haben ein System von Weiterbildungsmaßnahmen entwickelt, das vollständig unter ihrer Kontrolle steht. Sie wehren sich mit allen Mitteln gegen die Vereinheitlichung von Inhalten gleichgelagerter Weiterbildungsmaßnahmen und vor allem gegen die Überführung ihrer Privateinrichtungen in öffentliche Institutionen der Weiterbildung.

Das Seminar wird vor der Aufgabe stehen, die Situation zu analysieren und die Ansprüche der Lohnabhängigen an die Entwicklung der beruflichen Weiterbildung zu formulieren.

Ein BetrVG-Kommentar ganz anders Man kann damit pfiffig arbeiten

Opel-Betriebsrat Wilfried Lang sprach mit den Autoren

Jetzt ist es wirklich soweit: Nach mehrmonatiger Verzögerung wird der im Nachrichten-Verlag, Frankfurt/Main, herauskommende Kommentar des Betriebsverfassungsgesetzes in diesen Tagen ausgeliefert. Die Autoren Gerd Siebert, Barbara Degen und Knut Becker haben für die 5. Auflage das Betriebsverfassungsgesetz völlig neu kommentiert, wobei ein ansehnliches Werk von 576 Seiten entstanden ist. Anlässlich einer Autorenbesprechung hat sich Wilfried Lang, Betriebsratsmitglied bei Opel in Rüsselsheim, mit den Verfassern unterhalten. Hier wesentliche Auszüge aus dem Gespräch.

Wilfried Lang: Ich habe, seit das Betriebsverfassungsgesetz 1972 vom Bundestag beschlossen wurde, immer mit eurem Kommentar gearbeitet, der ja bald darauf in erster Auflage erschienen ist. Was ist denn nun neu an der fünften Auflage?

Barbara Degen: Neu daran ist eine ganze Menge. Zunächst einmal hat es seit der letzten Bearbeitung des Kom-



Barbara Degen

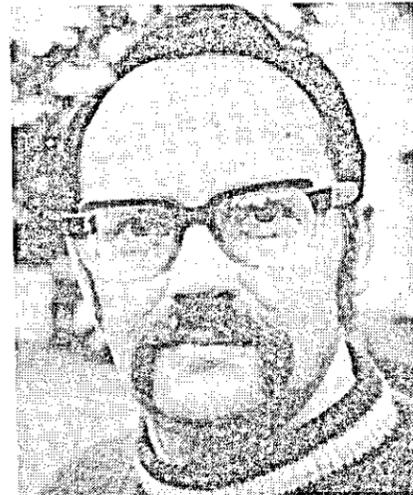
mentars 1975 viele praktische Erfahrungen gegeben, etwa bei der Umsetzung von Rechten in den Betrieben, bei der Abwehr von Unternehmertaktiken usw. Es gab aber auch Entwicklungen in der Rechtsprechung, eine große Zahl von Arbeitsgerichtsurteilen, besonders auch des Bundesarbeitsgerichts. Und da waren neu aufgetretene Probleme, so z. B. die Tatsache, daß die Unternehmer massenweise dazu übergegangen sind, Kündigungen wegen Krankheit auszusprechen und vor den Gerichten damit durchkamen. Auf alle diese Entwicklungen und noch andere Fragen galt es bei der Neuauflage des Kommentars einzugehen und zum Teil auch neue Antworten zu finden und Empfehlungen zu geben.

Gerd Siebert: Neu ist auch, um dabei zu bleiben, daß wir mit dem Kollegen Knut Becker einen weiteren Mit-

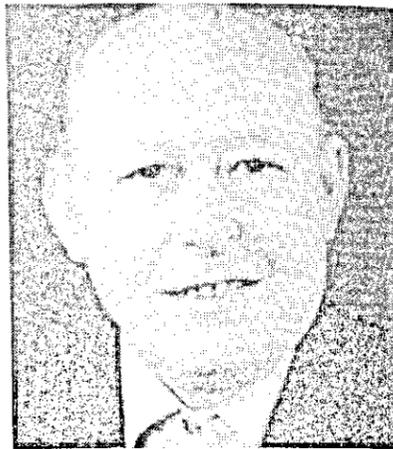
kommentator gefunden haben, der als langjähriger Betriebsratsvorsitzender viele selbsterprobte Erfahrungen und Taktiken im Umgang mit dem Betriebsverfassungsgesetz und bei der Wahrnehmung von Kollegeninteressen eingebracht hat. Ich will es mal so ausdrücken: Als Autorenteam sind wir jetzt so abgerundet, daß wir von der Schreibtischstrategie über die juristische bis hin zur praktischen Seite alles abdecken können, was so ein Kommentar für den bewußten und engagierten Gewerkschafter braucht.

Knut Becker: Das ist es! Wir machen diesen Kommentar ja nicht für die rechtsgelehrte Fachwelt, sondern für den Betriebsrat, für den gewerkschaftlichen Vertrauensmann und für den gewerkschaftlichen Rechtsschutzsekretär vor Ort. Wir wollen uns da ganz bewußt unterscheiden von anderen Kommentaren, die gegenüber dem Betriebsverfassungsgesetz nicht die Spur einer kritischen Haltung einnehmen...

Wilfried Lang: Wenn ich hier mal unterbrechen darf — aus meiner Erfahrung muß ich euch sagen: Ich bin mit eurem Kommentar immer gut gefahren, wenn ich mich in bestimmten Fragen grundsätzlich orientieren wollte als Betriebsrat und Gewerkschafter.



Gerd Siebert



Wilfried Lang

Nicht alle Probleme und Beziehungen zwischen Betriebsrat und Belegschaft auf der einen und der Geschäftsleitung auf der anderen Seite können mit juristischen Regeln und Formeln erledigt werden. Aber wenn ich die mal brauchte, dann habe ich mir neben eurem Kommentar und dem von Gnade-Kehrmann-Schneider auch noch den Fitting-Auffarth-Kaiser angesehen.

Knut Becker: Das wirst du vielleicht auch künftig tun. Wir hatten bei unserer Kommentierung nicht den Ehrgeiz, so etwas wie eine Enzyklopädie aller denkbaren und undenkbaeren Fälle bei der Anwendung und Auslegung des Gesetzes zu schreiben und diese bis in die feinsten Verästelungen hinein zu drehen und zu wenden. Der Fitting hat es in der 13. Auflage nunmehr auf stolze 1677 Seiten gebracht, aber für Handlungsanleitungen für den Betriebsrat, wie er sich gegen Unternehmerverhalten wehren und durchsetzen kann, hat's noch nicht gereicht. Wir legen 576 Seiten vor, aber die sind voll von Fingerzeigen und Beispielen, wie man Kollegeninteressen im Betrieb gegen Unternehmerviderstand durchsetzen kann und wie man die Gewerkschaft im Betrieb ins Spiel bringen und sie stärken kann.

Barbara Degen: Dabei haben wir uns keineswegs von Wunschenken leiten lassen, sondern sehr wohl den gegebenen rechtlichen Rahmen berücksichtigt. Auf wichtige und weniger wichtige Rechtsfragen gibt also auch unser Kommentar erschöpfend Auskunft, verweist auf entsprechende Urteile, „herrschende“ Meinungen usw. Wir bleiben dabei jedoch nicht stehen, sondern sagen auch, was man machen kann und was mancherorts schon mit Erfolg praktiziert wurde.

Wir meinen, daß unser Kommentar dadurch besonders brauchbar ist für aktive Betriebsräte und Gewerkschafter, die sich nicht nur orientieren wollen, was nach dem Gesetz Rechtens und „richtig“ ist, sondern die es obendrein auch findig und pfiffig im Interesse der Arbeiter und Angestellten anwenden wollen.

Gerd Siebert: Das ist wohl auch der Dreh- und Angelpunkt eines Kommentars zum Betriebsverfassungsgesetz. Davon gibt es inzwischen ja schon genug. Und im Prinzip arbeiten alle nach dem Schema: So lautet das Gesetz, folglich darf man dieses tun und jenes nicht. Wir haben uns gesagt: Auch das Betriebsverfassungsgesetz — wie alle Gesetze — ist von Klasseninteressen geprägt, von denen der Unternehmer mehr, von denen der Arbeitnehmer weniger. Also kommt es in einem Kommentar, der von vornherein nur für Interessenvertreter der Arbeitnehmer geschrieben ist, darauf an, Hinweise zu geben, wie unter Beachtung des rechtlichen Rahmens soviel Arbeiterinteressen wie möglich durchgesetzt werden können.

Wenn die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung in der Vergan-



Knut Becker

genheit immer nur exakt auf Gesetzesbuchstaben geachtet hätte, dann wäre eine Weiterentwicklung demokratischer Rechte für die abhängig Beschäftigten nicht möglich gewesen. So ist es auch heute. Interessenvertretung ist ja nicht in erster Linie die Beachtung von Paragraphen, sondern die Anwendung erfolgreicher Kampfaktiken zur Durchsetzung der Interessen. Und hier, so meinen wir, ist unser Kommentar geeignet, eine bestehende Lücke schließen zu helfen.

Wilfried Lang: Wir erleben es tagtäglich in den Betrieben, daß die Unternehmer nicht einmal bestehendes Recht achten und daß oft harte Kämpfe nötig sind, damit sie das Betriebsverfassungsgesetz überhaupt respektieren. In den Krisenjahren seit 1974 haben wir in der Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit ganz drastisch zu spüren bekommen, wie unzureichend besonders die Mitbestimmungsmöglichkeiten nach diesem Gesetz sind. Insofern wird uns ein Kommentar, der nicht nur formalrechtliche, sondern auch praktische Fingerzeige bei der Organisation einer erfolgreichen Betriebsratsarbeit gibt, eine große Hilfe sein.

Arbeitsgesetzbuch-Kommission sang- und klanglos aufgelöst

Die von den deutschen Gewerkschaften seit dem Leipziger Kongreß 1922 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes geforderte Zusammenfassung des „Rechts der abhängigen Arbeit“ in einem „sozial fortschrittlichen Arbeitsgesetzbuch“ in der Bundesrepublik wird weiter auf sich warten lassen, während schon 1977 in der DDR nach längerer Diskussion ein solches verabschiedet wurde. Das in der Regierungserklärung Willy Brandts am 28. Oktober 1969 gemachte Versprechen, das „unübersichtlich gewordene Arbeitsrecht“ in einem Arbeitsgesetzbuch zusammenzufassen, soll in den nächsten Jahren nicht mehr eingelöst werden. Sang- und klanglos hat der Bundesarbeitsminister jetzt die zu diesem Zweck 1970 berufene Sachverständigenkommission aufgelöst.

Von Gewerkschaftern und fortschrittlichen Juristen war von Anfang an bezweifelt worden, daß diese Kommission ein vernünftiges Ergebnis zutage fördern würde. Ihre Zusammensetzung ließ wenig Positives erwarten. Ihr Vorsitzender war der Bonner Ministerialrat a. D. Professor Wilhelm Herschel, der schon viele Jahre zuvor erklärt hatte: Die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsgesetzbuches „bedeutet naturgemäß Festlegen, Zementieren und Abgehen von dem organischen, natürlichen Fluß der tieferen Quellen des Rechts, die gerade auf unserem Gebiet so reichlich und heilbringend sprudeln“.

Weitere Mitglieder der Sachverständigenkommission waren unter anderem die Professoren Badura und Rütters, die die Unternehmerklage gegen das Mitbestimmungsgesetz verfaßten, und die Professoren Dütz und Gamillscheg, die mit Rütters am 6. November 1971 am Treffen mit der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände teilnahmen, das eine „restriktive Interpretation“ des neuen Betriebsverfassungsgesetzes vornehmen sollte.

Die vom Bundesarbeitsminister berufene Kommission war von vornherein wenig geeignet, die ihr offiziell übertragene Arbeit ordnungsgemäß auszuführen. Noch weniger geeignet war sie, das vorhandene Arbeitsrecht nicht nur einfach zusammenzufassen, sondern das von den Gewerkschaften geforderte sozial fortschrittliche Arbeitsgesetzbuch zu schaffen.

In seiner Entschließung 153 betonte der 10. ordentliche Bundeskongreß des DGB im Mai 1975: „Seit Jahren erhebt die deutsche Gewerkschaftsbewegung die Forderung nach Schaffung eines fortschrittlichen Arbeitsgesetzbuches. Die Zersplitterung des Arbeitsrechts in viele hundert Einzelgesetze und Verordnungen macht es den Arbeitnehmern schwer, ihre Rechte zu wahren. Es mutet im übrigen merkwürdig an, daß das Recht, das für über 22 Millio-

nen Arbeitnehmer in diesem Staat elementarste Bedeutung hat, im Gegensatz etwa zum Recht der Aktiengesellschaft, weitgehend nicht einmal parlamentarisch legitimes Gesetzesrecht, sondern sogenanntes Richterrecht ist.“

Wie dieses fortschrittliche Arbeitsgesetzbuch aussehen sollte, darüber gibt es seit Jahren auch Vorstellungen bei den Gewerkschaften. Die ÖTV hat schon Anfang der siebziger Jahre einen Arbeitsgesetzbuch-Entwurf ausgearbeitet. Anfang April 1977 legte der DGB dann einen Entwurf für ein Arbeitsverhältnissgesetz als Teil eines Arbeitsgesetzbuches vor.

Das im Grundgesetz fehlende Recht auf Arbeit sollte nach Meinung der ÖTV im Arbeitsgesetzbuch verankert werden. Die ÖTV lehnt jede Aufspaltung der Lohnabhängigen ab und geht vom einheitlichen Begriff der „Arbeitstenden“ aus. Der Arbeitsvertrag wird auf das reduziert, was er ist: ein Austauschvertrag von Arbeitskraft gegen Lohn. Fortschrittliche Regelungen sind ebenfalls das Verbot von Abhörgeräten, Fernsehüberwachungsanlagen und Leiharbeit. Keine Verbesserungen sehen dagegen die Kündigungsregelungen vor und die Ausführungen zum Arbeitskampfrecht, so das Zulassen von „Abwehraussperrungen“. Sie sind völlig unakzeptabel.

Im Teilentwurf des DGB wurde ebenfalls von einem einheitlichen „Arbeitnehmer“begriff ausgegangen. Gesetzlich verankert werden sollte die 40-Stunden-Woche und ein vierwöchiger Mindesturlaub. Spürbare Verbesserungen forderte der DGB bei den Kündigungsregelungen.

Soll es in der Frage eines fortschrittlichen Arbeitsgesetzbuches endlich vorangehen, bedarf es großer Anstrengungen der Gewerkschaften, zumal sich die politischen und wirtschaftlichen Bedingungen seit den siebziger Jahren zuungunsten der Gewerkschaften verändert haben. Heinz Pahlke

Sozialer Rückschritt auf der ganzen Linie

Zur gleichen Zeit, da die Reagan-Administration mit ihrer Entscheidung für den Bau der Neutronenbombe die kostspielige und lebensbedrohende NATO-Atomrüstungspolitik weiter forciert, hat die Bundesregierung mit ihren unsozialen Sparbeschlüssen für den Bundeshaushalt 1982 den „Katalog der Grausamkeiten“ (s. NACHRICHTEN 7/1981) auf den Tisch gelegt. Selbst wer mit dem Schlimmsten gerechnet hat, ist schockiert über die Dimensionen, Härte und Einseitigkeit der geplanten unsozialen Maßnahmen. Wieder einmal sollen nicht die Millionäre, sondern die Millionen zahlen.

Von der regierungsamtlich behaupteten „gleichmäßigen und gerechten“ Verteilung der Opfer kann dabei keine Rede sein. Zu Lasten der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Rentner wurden für das Haushaltsjahr 1982 um 15 Milliarden DM Kürzungen bei den Sozialausgaben und Steuererhöhungen beschlossen. Allein 2,5 Milliarden DM Mehreinnahmen jährlich soll die erhöhte Tabaksteuer bringen. 300 Millionen DM Lohnsteuer im Jahr sollen künftig Arbeitslose, Kurz- und Bauarbeiter durch die Einbeziehung der Arbeitslosen- und Kurzarbeiterunterstützungen und des Schlechtwettergeldes in den Lohnsteuerjahresausgleich mehr bezahlen und um 800 Millionen DM die Steuerlast der Arbeiter und Angestellten durch Kürzung der Arbeitnehmerparzulage erhöht werden. Von den knapp 6 Milliarden DM jährliche Steuermehreinnahmen verbleiben aber nur annähernd 4 Milliarden DM, wenn die Mindereinnahmen aufgrund der verbesserten Abschreibung berücksichtigt werden, die den Unternehmern zugute kommen sollen!

Die Arbeitslosigkeit ist im Juli sprunghaft um 11 Prozent auf 1 246 200 registrierte Arbeitslose emporgeschneit. Im Monat Juli haben damit die Zahl der Arbeitslosen seit 1952 und die Arbeitslosenquote (5,3 Prozent) ihren höchsten Stand seit 1954 erreicht. Doch die Bundesregierung ergriff nicht etwa entschiedene und wirksame Maßnahmen zur Eindämmung und zum Abbau der Arbeitslosigkeit, wie sie der DGB seit Jahren immer wieder fordert.

Vielmehr ist vorgesehen, die Bundeszuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit um runde 6 Milliarden DM und die Leistungen der Bundesanstalt für 1982 um mehr als 3 Milliarden DM zu kürzen. Allein bei der beruflichen Weiterbildung und Arbeitsbeschaffung (bei steigender Massenarbeitslosigkeit!) sowie der Rehabilitation (im Jahr der Behinderten!) sollen fast 2 Milliarden DM, das ist etwa ein Drittel der gesamten Ausgabenansätze für 1982, dem Rotstift zum Opfer fallen. Weiter ist vorgesehen, die Zumutbarkeitsbestimmungen noch zu verschärfen und die Sperrzei-

ten bei Ablehnung eines „zumutbaren“ Arbeitsplatzes von vier auf sechs Wochen zu verlängern.

Zugleich soll – bei verschlechterten Leistungen! – der Beitragssatz für die Arbeitslosenversicherung erneut auf 3,5 Prozent angehoben werden. Das ist die dritte Beitragserhöhung seit 1975! In einem in der DGB-Zeitschrift „Soziale Sicherheit“ (7/1981) veröffentlichten Artikel stellt der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gerd Muhr fest, daß mit der Heraufsetzung des Beitragssatzes für die Arbeitslosenversicherung von 1,7 auf 3 Prozent den Arbeitern und Angestellten seit 1975 41,29 Milliarden DM entzogen wurden. Nun wird die erneute Beitragserhöhung für die Arbeiter und Angestellten dadurch „neutralisiert“, daß zugleich für die kommenden zwei Jahre die zu Beginn dieses Jahres erfolgte Steigerung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung von 18 auf 18,5 Prozent wieder rückgängig gemacht werden soll.

Nicht zuletzt durch die geplanten miethilfepolitischen Maßnahmen (Einführung der „Staffelmiete“, einer „Fehlbelegungsabgabe“, verbindlicher Mietpiegel und Verkürzung der Mieterhöhungsfristen) sind künftige weitere Mietsteigerungen vorprogrammiert.

Doch das Wohngeld soll dieser Entwicklung nicht angepaßt, sondern für 1982 um generell 7,5 Prozent gekürzt werden. Alles in allem: Sozialer Rückschritt auf der ganzen Linie – das ist es, was in Bonn auf der Tagesordnung steht!

Dabei sind längst noch nicht alle Einzelheiten bekannt und gehen Ministerien in der Konkretisierung der Grundsatzbeschlüsse der Regierung noch über das gestellte „Limit“ hinaus. So sieht der Gesetzentwurf für die Beschneidung des Kindergeldes Kürzungen von 1,7 statt der von der Regierung festgelegten 1,5 Milliarden DM vor.

Nach einem im Bundesarbeitsministerium erarbeiteten Gesetzentwurf sollen 325 Millionen DM in der Kriegsoferversorgung vor allem dadurch eingespart werden, daß die Anpassung der

Grundrenten zum Januar 1982 auf 2 (!) Prozent reduziert wird. Das bedeutet für mehr als zwei Drittel der noch knapp 900 000 Kriegs- und Wehrdienstbeschädigten eine Grundrentenerhöhung von nur 3 bis 5 DM! 1978/79 hat die Bundesregierung noch den Grundsatz der Koppelung der Anpassung der Kriegsoferrrenten mit der der Sozialrenten betont und so auch deren Anpassung um ein halbes Jahr verschoben und für 1979 bis 1981 auf 4,5 und zweimal 4 Prozent gekürzt.

Niemand sollte sich Illusionen hingeben: Von den beschlossenen Einschränkungen sind alle Arbeiter, Angestellten, Beamten und Rentner betroffen, und zwar mehrfach! Wenn die Erhöhung der Löhne, Angestellten- und Beamtengehälter im öffentlichen Dienst um drei Monate hinausgeschoben werden soll, dann wird das die Unternehmerverbände ermuntern, bei den nächsten Tarifaufinandersetzungen noch härter aufzutreten. Und das in allen Wirtschaftsbereichen. Wenn Arbeitslose verstärkt unter Druck gesetzt werden, schlechter bezahlte Arbeitsplätze und damit beruflichen und sozialen Abstieg hinzunehmen, dann schwächt das die Kampfposition aller Arbeiter und Angestellten in den Betrieben und Verwaltungen.

Wenn jetzt nicht dem sozialen Rückschritt Einhalt geboten wird, dann werden das nicht die letzten unsozialen Abbaumaßnahmen bleiben. Die Unternehmerverbände und die mit ihnen verbundenen Institutionen, Massenmedien und Politiker drängen auf weitere „Opfer“. Der Bundesarbeitsminister ist beauftragt, Gesetzentwürfe zur Novellierung des Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetzes und zur Strukturreform in der Krankenversicherung (die ersten Einzelheiten sind schon bekannt) vorzulegen, und die CDU/CSU tritt erneut massiv für eine stärkere direkte Beteiligung an den Krankheitskosten ein. FDP-Vorsitzender und Vizekanzler Genscher will im Bereich der Arbeitslosenversicherung noch weitere Einschränkungen, und der Generalsekretär der FDP, Verheugen, ist dafür, beim Kranken- und Arbeitslosengeld „Karenztage“ ein- bzw. wieder einzuführen, an denen diese Leistungen nicht gezahlt werden.

Als unter Kanzler Adenauer die Bonner CDU/CSU-FDP-Regierung erstmals eine direkte Selbstbeteiligung an den Krankheitskosten in die soziale Krankenversicherung einführen wollte, da wurde dieses Vorhaben mit massenhaften Protestaktionen vor allem aus den Betrieben und Gewerkschaftsorganisationen zu Fall gebracht. Sollen die seit Mitte der siebziger Jahre anhaltenden Sozialdemontagen gestoppt werden, dann ist auch jetzt Zeit zum aktiven Handeln, wenn nicht noch mehr von dem, was in Jahrzehnten an sozialen Rechten und Leistungen erarbeitet und durchgesetzt wurde, verlorengehen soll. A. Böppl

AUS DEM ARBEITS- UND SOZIALRECHT:

Voll auf Unternehmerkurs

Wenn Unternehmerverbände, Regierung, CDU/CSU und bürgerliche Medien vom Sparen reden und zur Großoffensive sowie zum umfassenden Angriff auf die sozialen Rechte blasen, da dürfen sich auch die höchstrichterlichen Arbeitsgerichte nicht lumpen lassen: Über 400 Überstunden im Jahr seien zumutbar, erklärte das Bundesarbeitsgericht (BAG) in einer Entscheidung Ende Juli 1981 (Az. 1 ABR 90/79). Es hob damit eine gegenteilige Entscheidung des Landesarbeitsgerichts Düsseldorf auf, das festgestellt hatte, nach der Arbeitszeitordnung seien nur 60 Überstunden im Jahr erlaubt. Man müsse – so das BAG – von einer 48-Stunden-Woche statt von einer 40-Stunden-Woche ausgehen.

In den gewerkschaftlichen Kommentaren zu diesem Urteil wird darauf verwiesen, daß die Arbeitszeitordnung aus dem Jahre 1938 stammt und längst überfällig ist, daß viele Tarifverträge die Zahl der Überstunden bereits begrenzt hätten und daß dem Betriebsrat bei der Einführung und Ausdehnung der betrieblichen Überstunden ein Mitbestimmungsrecht nach § 87 Abs. 1 Nr. 3 BetrVG zusteht. Überstunden, die ohne Zustimmung des Betriebsrats angeordnet werden, seien rechtlich unwirksam und können verweigert werden.

Das Urteil sei „kein Freibrief“, kommentiert die IG Metall. Die Betriebsräte sollten Überstunden genau nach ihrer Vereinbarkeit mit der menschlichen Gesundheit und dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit überprüfen. Nur so kann in der Tat die erhebliche Signalwirkung, die das Urteil hat, abgemildert werden.

Hoffnungsfroh darf die Unternehmer auch ein weiteres Urteil stimmen, das das Bundesarbeitsgericht am 14. Juli 1981 (Az. 1 AZR 159/78) verkündet hat. Ein Luftverkehrsunternehmen mit einem Haustarifvertrag hatte in der Vergangenheit wiederholt über den Haustarif verhandelt, weigerte sich jedoch plötzlich, Tarifverhandlungen mit der gewerkschaftlichen Verhandlungskommission zu führen, weil ihm deren Zusammensetzung nicht paßte. Mit Recht, entschied das BAG, immer in Sorge um die Tarifautonomie. Zwar entscheide die Gewerkschaft allein, welche Mitglieder der Tarifkommission angehörten, dieses Recht werde aber nicht dadurch verletzt, daß sich das Unternehmen weigere, mit einer in bestimmter Weise zusammengesetzten Verhandlungskommission (gewerkschaftlich organisierte Betriebsangehörige) zu verhandeln.

Schließlich sei das Unternehmen frei in der Entscheidung, ob es überhaupt mit der Gewerkschaft Tarifverhandlungen führen wolle, andernfalls sei es ja gezwungen, Tarifverhandlungen zu führen, was wiederum mit der Tarifautonomie nicht vereinbar sei. Es müsse letztlich, der „sozialen Verantwortung der Tarifparteien überlassen bleiben, ob sie es allein wegen der Zusammensetzung der Verhandlungskommission auf einen Arbeitskampf ankommen lassen wollen“.

Vom 10. März bis zum 2. Mai 1975 hielten 150 Zementwerker in Erwitte den Betrieb der Fa. Seibel und Söhne besetzt. Der Arbeitskampf, der bis in das Jahr 1976 dauerte, machte Schlagzeilen, löste eine große Solidaritätsbewegung aus und wurde zum Symbol für den erbitterten Widerstand einer kleinen Belegschaft gegen unternehmerische Willkür. An den Arbeitskampf schlossen sich Dutzende von Gerichtsverfahren an, u. a. eine Schadensersatzklage des Unternehmers gegen die IG Chemie, den Betriebsratsvorsitzenden und den örtlichen Gewerkschaftssekretär, die am 26. März 1981 (Az. 6 Sa 436/78) vom LAG Hamm entschieden wurde. Die Revision an das BAG wurde nicht zugelassen.

In dem Urteil werden die Beklagten zum Schadensersatz von ca. 12 000 DM verurteilt, das Gericht nimmt ein 50prozentiges Mitverschulden des Unternehmers durch „ungewöhnlich provozierendes Verhalten und Verletzung der Schadensminderungspflicht“ an. Die Fa. Seibel hat sich nach Ansicht des LAG Hamm „im Frühjahr 1975 bis zur Arbeitsniederlegung und Werksbesetzung durch die Arbeitnehmer in mehrfacher Weise sozial inadäquat verhalten. Durch eine Kette von Rechtsbrüchen hat sie Belegschaft und Betriebsrat provoziert. Die von einem Arbeitgeber in einem sozialen Rechtsstaat zu

Mitbestimmung nicht unter Denkmalschutz

In einem Interview mit dem „Mitbestimmungsgespräch“ sprach sich das geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall, Judith, dafür aus, in der Mitbestimmungsfrage frontal vorzugehen. Auf die Montanmitbestimmung, die nicht unter „Denkmalschutz“ gestellt werden dürfe, müsse aufgebaut werden, um „eine tatsächliche Mitbestimmung für alle Großunternehmen“ zu erreichen.

währenden Regeln menschlichen Anstands hat sie nicht respektiert“.

Trotzdem kommt das LAG zu dem Ergebnis: „Der Arbeitskampf der Belegschaft war rechtswidrig. Sie war auch nicht durch Notwehr gerechtfertigt ... denn es besteht kein Recht am Arbeitsplatz im Sinne eines notwehrfähigen Gutes. Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts, der das erkennende Gericht folgt, ist nur der von einer Gewerkschaft organisierte, also von ihr begonnene oder doch von ihr zumindest nachträglich übernommene Streik sozial adäquat und damit legitim. Ein nicht von der Gewerkschaft getragener sogenannter wilder Streik ist dagegen rechtswidrig. Rechtswidrig war der Streik aber auch deswegen, weil er nicht dem geltenden Tarifrecht entsprach und nicht zur Verbesserung oder Erhaltung der Arbeitsbedingungen geführt wurde.“

Warum wurde die IG Chemie verurteilt, obwohl es doch ein sogenannter wilder Streik war? Ganz einfach: „Wegen finanzieller Unterstützung der Streikteilnehmer haftet die Gewerkschaft als Gehilfin für die Streikfolgen. Gem. § 830 Abs. 2 BGB haftet sie als Gehilfin jedoch wie ein Mittäter. Eine Haftung wegen Beihilfe ist aber auch deshalb gegeben, weil die Beklagte die streikenden Arbeitnehmer moralisch-politisch und organisatorisch unterstützt hat. Die Gewerkschaft hat den Kampfwillen der Belegschaft und das Durchhaltevermögen der Streikenden und ihrer Familien dadurch bestärkt und gefördert, daß sie nach Beginn der Kampfmaßnahmen die Arbeitnehmer und ihre Angehörigen glauben ließ, der Arbeitskampf sei rechtmäßig.“

In zahlreichen Äußerungen wurde immer wieder betont, daß die Aktion der Belegschaft berechtigt sei und die Gewerkschaft sich mit den ergriffenen Maßnahmen solidarisiere. Es hätte der Gewerkschaft schon angestanden, wenn sie auf ihre Bevollmächtigten und ihre Sekretäre mäßigend eingewirkt hätte. Es war ihr durchaus zuzumuten, die Streikenden ausschließlich auf den Rechtsweg zu verweisen ... Auch hinsichtlich der moralisch-politischen Unterstützung ist anzunehmen, daß der Arbeitskampf ohne das zuvor gekennzeichnete Verhalten der Gewerkschaft nicht so lange gedauert hätte, als dies dann tatsächlich der Fall war.“

Die ganze Verachtung von Juristen für Streiks und ihr Unverständnis von Solidarität könnte kaum klarer und besser formuliert werden. Da können wir uns noch auf einiges gefaßt machen. Gesamtmetall hat die Gunst der Stunde bereits richtig erkannt und will durch Klagen sämtlicher 13 Regionalverbände „möglichst ein Verbot“, mindestens jedoch eine erhebliche Einschränkung von Warnstreiks erreichen und damit das grundsätzlich positive Urteil des BAG zu Warnstreiks aus dem Jahre 1976 zu Fall bringen.

„Wichtige Strukturreformen nötig für dauerhaften sozialen Fortschritt“

Interview mit Georges Seguy, Generalsekretär der größten französischen Gewerkschaft C.G.T.

Mit der Wahl des Sozialisten Mitterrand ist die bisher starre politische französische Landschaft in Bewegung geraten. Bereits die ersten Maßnahmen wie Erhöhung der Mindestlöhne und -renten, Heraufsetzung des Kinder- und Wohngeldes können sich sehen lassen. Weitere Verbesserungen für die Bevölkerung stehen im Regierungsprogramm, so u. a. die Verkürzung der Wochenarbeitszeit. Dazu beantwortete der Generalsekretär der größten französischen Gewerkschaft C.G.T., Georges Seguy, unserer Mitarbeiterin Gisela Mayer einige Fragen. Das Interview ist auch aus dem Grunde interessant, da in unserem Lande die von den politischen Freunden Mitterrands geführte Koalition angetreten ist, die Axt an schwer erkämpfte Sozialleistungen zu legen.

NACHRICHTEN: Die französischen Arbeiter und Angestellten erreichten durch ihre Wahl eine Wende. Was erwartet Ihre Gewerkschaft von der neuen Regierung Mitterrand?

Georges Seguy: Mit ihrem Aufruf, im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen Francois Mitterrand zu wählen, hat sich die C.G.T. entschieden für den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandel in Frankreich eingesetzt. Diese Entscheidung hat eine sehr große Rolle gespielt im Kampf gegen die Rechten und für den Sieg der Linken. Der Weg zu Veränderungen ist nun frei. Die C.G.T. ist bereit, alles in ihrer Macht Stehende zum Gelingen beizutragen.

Es geht für die C.G.T. nicht darum, auch nur den geringsten Teil ihrer Unabhängigkeit gegenüber dem Staat und den politischen Parteien aufzugeben, aber da sie eine Gewerkschaft ist – bei weitem die bedeutendste – ist sie in der neuen Situation der wichtigste gewerkschaftliche Gesprächspartner der Regierung. Sie beabsichtigt, Vorschläge zur Lösung der anstehenden Probleme zu machen und wird dafür auch ihre ganze Kraft einsetzen. Meine Gewerkschaft schätzt die ersten von der Regierung durchgeführten Maßnahmen. Sie weiß aber auch, daß wichtige Strukturreformen notwendig sind für einen dauerhaften sozialen Fortschritt.

NACHRICHTEN: Welche Maßnahmen hat die Regierung Mitterrand bereits getroffen bzw. sind geplant, um die Situation der Arbeiter und Angestellten zu verbessern?

Georges Seguy: Erhöhung der unteren Löhne, der Sozialleistungen und der Leistungen für alte Menschen, Besteuerung von Vermögen und hohen Einkommen, Rehabilitation der benachteiligten oder entlassenen aktiven

Gewerkschafter, offene Verhandlungen über alle sozialen Probleme wie Arbeitszeit, Erweiterung der gewerkschaftlichen Rechte, Reform der sozialen Sicherheit, Herabsetzung des Rentenalters, um nur einige Punkte zu nennen.

NACHRICHTEN: Gehört dazu auch die 35-Stunden-Woche?

Georges Seguy: Diese Frage ist momentan Diskussionspunkt zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmen. Die Regierung hat sich für die



35-Stunden-Woche ausgesprochen, ohne jedoch zu präzisieren, in welchem Zeitraum sie durchgesetzt werden soll. Die C.G.T. fordert eine sofortige erste Herabsetzung auf 38 Stunden, die nicht durch die Unternehmer, die mit angeblichen negativen Erfahrungen argumentieren, eingeschränkt werden darf. Die anderen Organisationen begnügen sich mit 39 Stunden oder haben Einschränkungen akzeptiert. Die Verhandlungen über die Verkürzung

der Arbeitszeit werden in den beruflichen Branchen geführt, und im Herbst wird der Nationalversammlung ein Gesetzentwurf über die Arbeitszeit vorgelegt. Es ist wahrscheinlich, daß die fünfte bezahlte Urlaubswoche Ende dieses Jahres verbindlich für alle eingeführt wird.

NACHRICHTEN: Einige Großbetriebe – so war in der Presse der Bundesrepublik zu lesen – sollen verstaatlicht werden. Können Sie uns dazu einige Angaben machen?

Georges Seguy: Francois Mitterrand hat in seinem Wahlprogramm die Verstaatlichung der Privatbanken und neun Großen aus dem Stahlbereich, der Chemie-, Elektronik- und Rüstungsindustrie vorgesehen. Es handelt sich um Usinor-Sacilor, Pechiney-Ugine-Kuhlmann, Rhône-Poulenc, Saint-Gobain, Compagnie Générale-Électrique, Roussel-U.C.L.A.F., C.I.I.-Honeywell-Bull, Dassault, Matra. Gemäß dieser Verpflichtung Mitterrands wird sich das Parlament im Oktober über die Bedingungen zur Realisierung dieses Nationalisierungsprogramms äußern.

Die Vorbereitung auf dem Papier für die Nationalisierung für sechs dieser Gruppen gibt Anlaß zu einer Debatte über den Inhalt dieser Reformen, über die Verwaltung dieser neuen staatlichen Unternehmen und über die Rolle, die die Arbeiter und ihre Gewerkschaften darin spielen. Aktiv beteiligt sich die C.G.T. an dieser Diskussion.

NACHRICHTEN: In der Regierung Mitterrand sind vier kommunistische Minister. Sie werden auch auf internationalem Parkett eine Rolle spielen. Wäre es nicht an der Zeit, die C.G.T. in den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) aufzunehmen?

Georges Seguy: Gemäß den demokratischen Prinzipien und dem Pluralismus wäre es, natürlich, daß alle Kräfte der Linken an der Regierung beteiligt werden. In Frankreich werden die Kommunisten nicht als Aussätzige betrachtet, sondern als kompetente und aufopferungswillige Männer und Frauen, die dazu fähig sind, Verantwortung in allen Bereichen bis in die Regierung zu tragen. Seit mehr als einem halben Jahrhundert wählen die Arbeiter zahlreiche Kommunisten in die Parlamente und in Gewerkschaftsfunktionen. Das ist eine nationale Realität, die nicht ignoriert werden kann, ohne absurd oder sektiererisch zu werden.

Der französische Staatschef empfängt die Delegierten der C.G.T., auch um sich mit uns über die großen Pläne Frankreichs auf internationalem Gebiet zu unterhalten. Kanzler Schmidt scheint sich der realistischen demokratischen Haltung François Mitterrands

Vor dem 10. Kongreß diskutiert der WGB seine Erneuerung

Der internationalen Gewerkschaftsbewegung steht ein wichtiges Ereignis bevor: der 10. Kongreß des Weltgewerkschaftsbundes (WGB). Er wird vom 10. bis 15. Februar 1982 in der kubanischen Hauptstadt Havanna stattfinden. Seit vielen Monaten schon wird in den Publikationen des WGB und in seinen Führungsorganen in diesem Zusammenhang die Frage diskutiert, welches gegenwärtig die wichtigsten Aufgaben der internationalen Gewerkschaftsbewegung sind und wie der WGB – auch durch die Reform seiner Struktur und Arbeitsweise – effektiver an deren Bewältigung teilhaben kann.

Diese selbstkritische Diskussion hatte bereits vor und auf dem 9. WGB-Kongreß 1978 in Prag begonnen. Der WGB müsse sich noch mehr bemühen, um mit größerer Effektivität die gemeinsame Weltorganisation für Gewerkschaften sowohl in sozialistischen, kapitalistischen als auch Entwicklungsländern zu sein, hieß es auf dem Prager Kongreß. Gleichzeitig hatte der Kongreß die Bereitschaft des WGB zur Zusammenarbeit mit den anderen Weltzentralen wie Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) und dem – christlichen – Weltverband der Arbeitnehmer (WVA) sowie den regionalen Zusammenschlüssen und den internationalen Berufssekretariaten erklärt.

Da die grundsätzlich notwendige und angestrebte organisatorische Vereinigung der drei Weltbünde auf überschaubare Zeit nicht realisierbar ist, schlug der 9. Kongreß die Bildung eines gemeinsamen Koordinierungsausschusses für gemeinsame und parallele Aktionen vor. Allerdings scheiterte dies bislang am Widerstand des IBFG, während es mit dem WVA lockere Konsultationen gibt.

In diesem Sinne ist, wie bisher schon, auch der bevorstehende Kongreß in Havanna allen teilnahmewilligen nationalen und internationalen Gewerkschaftsorganisationen offen. Der WGB veranstaltet seine Kongresse traditionell als Foren der Diskussion und Beratung, an der auch außenstehende Gewerkschaften teilhaben können. Mit rund 190 Millionen Mitgliedern in 80 Ländern ist der WGB die größte Weltgewerkschaftsorganisation.

anzupassen. Unter diesen Umständen sich aufgrund des Antikommunismus weiterhin dem Eintritt der C.G.T. in den Europäischen Gewerkschaftsbund widersetzen zu wollen bedeutet indirekt, die Haltung Mitterrands zu verurteilen und in den alten Vorurteilen, die durch die Geschichte widerlegt wurden, stekenzubleiben.

Auf dem Kongreß werden, wie aus den WGB-Publikationen hervorgeht, solche Probleme im Vordergrund stehen wie die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Sozialabbau in den kapitalistischen Ländern, die Durchsetzung von Gewerkschaftsrechten und die Verbesserung der Lebenslage in den Entwicklungsländern, der Kampf um Abrüstung, die Rolle der multinationalen Gesellschaften sowie Fragen der Entwicklung in den sozialistischen Ländern.

Untersuchen dürfte der Kongreß auch die Effektivität des WGB. Auf einer Generalratstagung Ende 1980 war beschlossen worden, den WGB besser an die neuen, heutigen Gegebenheiten anzupassen. Was darunter konkret zu verstehen ist, wird sich erst noch zeigen müssen. Im Mai-Heft 1981 der „Weltgewerkschaftsbewegung“, der Zeitschrift des WGB, schrieb der argentinische Gewerkschaftsführer Rubens Iscaro mit Blick auf den 10. Kongreß: „Die Forderungen der Stunde verlangen von seinen Führern und Funktionären eine tiefgehende Analyse, nicht nur der objektiven Situation, sondern auch der Bereitschaft zur Förderung einer gründlichen Erneuerung der Arbeitsmethoden und der Taktik und zur Erhöhung der Beweglichkeit, Demokratie und des Einfallreichtums in der Arbeit vorzunehmen, um Mittel und Wege zur Erreichung der Ziele der Arbeiterklasse zu finden.“

Etwas deutlicher noch wurde der Generalsekretär der Internationalen Vereinigung der Gewerkschaften (IVG) Metall, Pierre Baghi, als er im März-Heft der „Weltgewerkschaftsbewegung“ über die „Rolle der IVG bei der Erneuerung der Weltgewerkschaftsbewegung“ schrieb. Die IVG müßten stärker ihre Eigenständigkeit und ihren „beruflichen Charakter“ betonen. Sie müßten überdies genau dort präsent sein, wo sich harte Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit vollziehen. „So hat in einigen IVG die Konferenz oder das Seminar über die multinationalen Konzerne im allgemeinen noch den Vorrang vor dem Suchen nach konkreten Kampfmitteln ge-

gen einen oder zwei bestimmte in diesem Zweig arbeitende Konzerne“, kritisierte Baghi. Das sei oftmals eine Folge der Routine, des fehlenden Nachdenkens.

Inzwischen, seit dem Prager Kongreß, hatte man gewiß ausreichend Zeit zum Nachdenken über diese bereits damals angesprochene Problematik. Der Kongreß in Havanna wird zeigen, wie die Schlußfolgerungen aussehen, um das Gewicht dieser größten Weltgewerkschaftsorganisation bei der Durchsetzung der Interessen der Werktätigen zu erhöhen. Gerd Siebert

DruPa-Besuch in der DDR

Unter Leitung des Vorsitzenden Leonhard Mahlein war Ende August eine Delegation der IG Druck und Papier in der DDR zu Gast. Was ist natürlicher, als bei einem solchen Besuch über das zu sprechen, was den Gewerkschaften am Herzen liegt: Entspannung und Erhaltung des Friedens.

Diese Probleme standen dann auch im Mittelpunkt des Gesprächs, welches der FDGB-Vorsitzende Harry Tisch mit der Delegation aus der Bundesrepublik führte. Beide Seiten erklärten, daß es gerade unter den gegenwärtigen Bedingungen notwendig ist, die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften beider deutscher Staaten weiterzuentwickeln, um der drohenden Kriegsgefahr aktiv begegnen zu können.

Bei der Unterredung verwies Leonhard Mahlein auf die Sorgen der Gewerkschafter der Bundesrepublik über die geplante Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen und über den Beschluß der Reagan-Regierung zur Produktion der Neutronenwaffe. Er versicherte, daß sich die IG Druck und Papier für konsequente Abrüstungsmaßnahmen und für die Zurücknahme des NATO-Beschlusses einsetzen werde. Einen entsprechenden Auftrag enthielten Beschlüsse des im Oktober 1980 stattgefundenen 12. ordentlichen Gewerkschaftstages seiner Organisation.

C.G.T.-Appell an Gewerkschafter

Das Büro des Bundesvorstandes der größten französischen Gewerkschaft, C.G.T., hat Mitte August einen Aufruf „an alle friedliebenden Gewerkschafter Europas“ gerichtet. Darin wird appelliert, „die Anstrengungen zu koordinieren, um die Herstellung der Neutronenwaffe zu verhindern und die Entspannung, die friedliche Koexistenz und die Zusammenarbeit zwischen den Völkern zu fördern“.

Vetter droht dem EGB

Im Ergebnis einer Konsultationsreise, so meldete der DGB am 3. August, ist der DGB-Vorsitzende Vetter mit den sozialistisch (sozialdemokratisch) ausgerichteten Führungen der Gewerkschaftsbünde UGT-Spanien und UGT-Portugal übereingekommen, die Gewerkschaftsbünde „Arbeiterkommissionen“ in Spanien und „Intersindical“ in Portugal nicht in den EGB aufzunehmen. Einziger Grund: Sie seien kommunistisch beherrscht. Für die weitere gewerkschaftliche Entwicklung in Europa sowie in Spanien und Portugal selbst sei es notwendig, „gemeinsam die Aufnahme kommunistischer Gewerkschaftsbünde in den EGB zu verhindern“.

Diese Auffassung teilten auch, heißt es in der DGB-Information weiter, die Vorsitzenden der Sozialistischen Parteien Spaniens und Portugals, Gonzales und Soares, sowie der – politisch weit rechts angesiedelten – Sozialdemokratischen Partei Portugals, Balsemao. Vetter habe „weitreichende Konsequenzen“ angekündigt, „wenn sich eine Mehrheit im Vorstand des EGB dieser Erkenntnis verschließt. Dabei zog er auch einen Austritt des DGB aus dem Europäischen Gewerkschaftsbund in Erwägung“.

Man muß so was zweimal lesen, um es zu glauben: Einer, der Kommunisten ständig vorwirft, sie würden demokra-

tisch zustande gekommene Entscheidungen nicht akzeptieren, verkündet selbstherrlich: Wenn die EGB-Mehrheit nicht in unserem Sinne entscheidet, nehmen wir den Hut und gehen. Mit derselben Drohung hatte der DGB bereits die Aufnahme der französischen C.G.T. verhindert. Indessen will eine wachsende Zahl nationaler Gewerkschaftsbünde nicht mehr einsehen, warum die größten Organisationen Frankreichs, Spaniens und Portugals außen vor bleiben sollen, wenn doch der EGB ein europäischer Dachverband sein will.

Die Haltung des DGB hat aber noch einen anderen Aspekt. Bis an den Rand der Selbstisolierung wehrt sich der DGB gegen jede Form der Berührung mit politischen Kräften, die den Kapitalismus bekämpfen. Das bezieht sich nicht nur auf die CGT, die Arbeiterkommissionen oder die Intersindical; auch in der Bundesrepublik wird diese Grundlinie gesteuert. Das geht so weit, daß der Gewerkschaftsjugend untersagt wurde, bei der Friedensdemonstration am 10. Oktober in Bonn Mitveranstalter zu sein, weil unter mehr als 500 Organisationen auch die DKP mitmacht. Wenn die Berührungssängste mancher DGB-Funktionäre so weit gehen, dann muß der auch vom DGB umworbene Lech Walesa mit seiner Solidarnosc wohl doch gehörig auf antisozialistischem Kurs liegen. G. S.

Streik nicht gleich Streik

Mit zügelloser Brutalität geht die Reagan-Regierung gegen die seit dem 3. August für Gehaltserhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen streikenden Fluglotsen vor. Ihre Führer wurden verhaftet und wie Schwerverbrecher in Hand- und Fußschellen abgeführt. Inzwischen haben nicht nur die Kämpfenden ihre Kündigung erhalten, sondern der Fluglotsenverband soll je Streikstunde 100 000 Dollar Strafe zahlen. Verhandlungen werden von der US-Regierung kategorisch abgelehnt. Sie will ein Exempel statuieren.

Der Ausgang dieses Kampfes hat nicht nur für die amerikanischen Fluglotsen Bedeutung, sondern für alle Beschäftigten. Mit Recht stellte daher der Präsident des Verbandes der US-Staatsangestellten, K. Blaylock, fest: „Wenn es Präsident Reagan gelingt, diesen Streik zu brechen, wird das zum Modell für die Unterdrückung aller Angestellten im öffentlichen Dienst.“ Um so notwendiger ist eine breite Solidarität, an der es jedoch sowohl die AFL/CIO als auch der internationale Verband der Fluglotsen bisher fehlen ließen.

Gewerkschaften aus Frankreich und Großbritannien haben Proteste an die

US-Regierung gerichtet. Kanadas und Portugals Fluglotsen gingen einen Schritt weiter. Befristet weigerten sie sich, US-Flugzeuge abzufertigen. Der Weltgewerkschaftsbund (WGB), mit mehr als 200 Millionen Mitgliedern in über 70 Ländern größte internationale Gewerkschaftszentrale, hat nicht nur bei der US-Regierung protestiert, sondern mit einer Klage bei der ILO die gewerkschaftsfeindlichen Aktionen angeprangert.

Von all diesen Ereignissen liest man in den Massenmedien der Bundesrepublik recht wenig. Wenn aber in Polen die Drucker die Arbeit niederlegen – wie kürzlich geschehen – um mit dem Mittel des Streiks für Lech Walesa einen täglichen Leitartikel in den Zeitungen zu erpressen, dann jubeln in unserem Land die Massenmedien. Man stelle sich einmal vor: Unsere Gewerkschafter würden in den Austausch treten, damit die „FAZ“, „Bild“ und wie sie alle heißen, täglich eine Kolumne von Heinz Oskar Vetter abdruckten. Es ist nicht auszudenken, was dann geschehen würde. Streik ist eben nicht gleich Streik.

G. M.

Polen

Nach einer nur kurzen Streikpause zur Zeit des außerordentlichen Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) hat „Solidarnosc“ in der zweiten Augushälfte ihre Streiktätigkeit wieder erheblich gesteigert. Dabei verlagert sich die Aktivität von „Solidarnosc“ zunehmend von der sozialen auf die politische Ebene. Von der anfangs erklärten Konzeption, eine Gewerkschaft aufbauen zu wollen, die unpolitisch ist und sich ausgiebig um die sozialen Belange der Arbeitenden kümmern will, ist kaum noch was übrig.

Nachdem der organisatorische Aufbau von „Solidarnosc“ weitgehend abgeschlossen ist, geht sie gezielt daran, Schritt für Schritt wichtige Positionen im gesellschaftlichen Leben, in der Wirtschaft, an den Universitäten und in den Medien zu erlangen. Gezielt werden zu den bestehenden Organisationen, ob Bauernverbände, Studentenorganisationen oder diverse Vereine, Gegenorganisationen aufgebaut und völlig neue Organisationen, Komitees, Vereine usw. gegründet. Sie alle werden mit „Solidarnosc“-Leuten und solchen, die schon länger aus der „Dissidenten“-Bewegung bekannt sind, besetzt.

Folgen PVAP und Regierung bzw. die Gebiets- und Regionalinstanzen nicht dem Verlangen nach Absetzung dieses oder jenes Funktionärs, Behördenchefs oder Betriebsdirektors, so wird umgehend gestreikt. Nachzugeben pflegt in der Regel immer nur eine Seite: der Staat und die ihn tragende PVAP. Offensichtlich aber hat dieses Verhalten nicht bewirken können, daß wieder normale Verhältnisse im Lande einkehren. „Solidarnosc“ findet immer neue Gründe für Streikdrohungen und Streiks. Da fällt es schwer, noch von gewerkschaftlicher Tätigkeit zu sprechen, zumal Streik immer nur das letzte Mittel sein sollte. In Polen aber ist es immer das erste Mittel.

Die Streiks Ende August hatten das erklärte Ziel, Regierung und kommunistische Partei daran zu hindern, über die Medien die Bevölkerung zu erreichen. Diese nämlich ist es langsam leid, das von „Solidarnosc“ gewollte Chaos länger widerspruchslos hinzunehmen. Immer häufiger weigern sich Arbeiter, wie am 24. August in Radom die Busfahrer, dem Streikverlangen von „Solidarnosc“ zu folgen. Die Argumente von Regierung und Partei finden wieder mehr Gehör. Dieser Entwicklung will „Solidarnosc“ mit dem Verlangen nach selbstbestimmten Rundfunk- und Fernsehsendungen entgegenwirken. Die antisozialistischen Kräfte drängen offenbar zur Entscheidung: wer wen? Der polnische Konflikt ist noch nicht beendet.

Siebert

Bücher gegen den Krieg

H.-J. Kawalun (Hrsg.): Waffenglanz und Totentanz – Ein Antikriegsbuch, Weltkreis-Verlag, Dortmund 1981, 155 Seiten, 9,80 DM.

Rechtzeitig zur Vorbereitung des Antikriegstages brachte der Weltkreis-Verlag, der inzwischen schon auf dem Gebiet der Antikriegsliteratur Tradition hat, dieses Buch, verfaßt von einem Autorenkollektiv, heraus. Anhand konkreter Fakten wird die Wirkung der verschiedenen atomaren Waffensysteme beschrieben. Aber dabei bleiben die Verfasser nicht stehen. Sie zeigen auf, was die Bevölkerung dagegen unternehmen kann.

Das Vorwort zu diesem Buch, das durch Illustrationen noch gewinnt, schrieb der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein. Wörtlich formulierte er u. a.: „Die jungen Menschen unseres Landes haben allen Grund, ihren prüfenden Finger auf die Wunden zu legen. Im kompromißlosen Ringen um die Erhaltung des Friedens ist gerade ihr drängendes Engagement gefordert. Damit macht man sich nicht nur Freunde. Aber seinen Gegnern kann man aufrecht entgegenreten. Und der Friede hat verdammt viele Gegner.“

Gerhard Kade (Hrsg.): Generale für den Frieden, Verlag Pahl-Rugenstein, Köln 1981, 376 Seiten, 36,- DM.

Interviews mit Generalen und Admiralen aus acht NATO-Ländern sind in diesem Band abgedruckt. Sie zeigen, wie tödlich die Bedrohung durch einen Atomkrieg ist, und machen eindringlich klar, wie notwendig der Kampf für Frieden und Abrüstung ist.

Michael Bartsch, Hans Frieder Schesbes, Rainer Scheppelmann: Der Krieg im Osten 1941–1945. Zur Fernsehserie „Der unvergessene Krieg“, Verlag Pahl-Rugenstein, Köln 1981, 262 Seiten, 19,80 DM.

In den Dritten Programmen der ARD (außer Bayern) ist am 7. September die sowjetisch-amerikanische Filmserie „Der unvergessene Krieg“ angelauten. 15 Sendefolgen werden in der Bundesrepublik auf dem Bildschirm zu sehen sein. Fünf Teile wurden gestrichen. In dem Buch des Pahl-Rugenstein Verlages haben die Autoren – Historiker und Pädagogen – Hintergrundmaterial zusammengestellt. Auch die fünf gestrichenen Fernsehteile werden dargestellt und kommentiert. Das Handbuch, das einen Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung leisten kann, enthält 299 Abbildungen sowie 24 Karten, wobei die meisten Aufnahmen Originale der Fernsehsendung sind.

Florence Hervé/Renate Wisbar: Leben frei und in Frieden – Frauen gegen Faschismus und Krieg, Röderberg-Verlag, Frankfurt 1981, 64 Seiten, 6,- DM.

Der kleine Band, der nicht nur für Frauen bestimmt ist, berichtet vom Kampf der Frauen gegen Faschismus und Krieg. Er ist nicht nur eine historische Aufarbeitung der finsternen deutschen Vergangenheit, sondern liefert auch Argumente für die Auseinandersetzungen in unseren Tagen.

Manfred Bosch (Hrsg.): Nie wieder! Texte gegen den Krieg, Verlag Pahl-Rugenstein, Köln 1981, 208 Seiten, 12,50 DM.

Die Texte wurden in den Jahren zwischen 1897 und heute geschrieben. Sie sind aktuell wie eh und je. Beiträge sind abgedruckt von Bertha von Suttner – bekannt durch ihr Antikriegsstück „Die Waffen nieder“ –, Arnold Zweig, Rosa Luxemburg, Bert Brecht, aber auch Beiträge des verstorbenen ehemaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann und des ehemaligen Generals Gert Bastian, der zu den Initiatoren des Krefelder Appells gehört. Ein Buch, das in keinem Bücher-schrank fehlen sollte.

Fred Schmid: Abrüsten oder Iotrüsten – Zur Rüstungspolitik der BRD, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt a. M. 1981, 196 Seiten, 10,50 DM.

Dieser in der Reihe Marxismus aktuell erschienene Titel liefert zahlreiche Argumente für den Kampf um Frieden und Abrüstung. Anhand konkreter Fakten zeigt er Zusammenhänge und Hintergründe der Rüstungs- und Militärpolitik in unserem Lande auf. Aber dabei bleibt der Verfasser nicht stehen. Sozusagen als Ausweg werden im letzten Kapitel des Taschenbuchs, dem eine weite Verbreitung zu wünschen ist, Möglichkeiten und Chancen einer Alternativpolitik, einer Umstellung von der Kriegs- auf Friedensproduktion aufgezeigt. Im Anhang des Buches werden die 20 größten Rüstungskonzerne in der Bundesrepublik beim Namen genannt.

Klaus Mannhardt, Wilfried Schwamm-born (Hrsg.): Zivildienst-Stories. Weltkreis-Verlag, Dortmund 1981, 162 Seiten, 9,80 DM.

In der Bundesrepublik verweigern jährlich rund 40 000 junge Männer den Kriegsdienst. Statt dessen werden sie zum Zivildienst eingezogen. Manchmal keine einfache Sache. Fünf Autoren, selbst Zivildienstler, berichten aus eigener Anschauung über ihre Arbeit in Krankenhäusern, Drogenberatungsstellen, in der Altenhilfe und im Pflege-dienst.

VERLAGSINTERNES

Diese Ausgabe der NACHRICHTEN – die erste übrigens nach den Sommerferien – ist umfangreich geraten. Erstmals hat die Redaktion ein DIN-A2-Plakat drucken und beilegen lassen. Damit kommen wir dem vielfach geäußerten Wunsch unserer Leser entgegen. Wir sind sicher, daß es nicht den Beifall der „FAZ“, die sich wiederum mit NACHRICHTEN beschäftigt hat (siehe Seite 22), finden wird.

Das Plakat enthält Auszüge aus Gewerkschaftsbeschlüssen gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Westeuropa, für Entspannung und für Abrüstung in Ost und West. Damit wollen wir die Unterschriftenaktion des DGB unterstützen, die am Antikriegstag angelauten ist. Es eignet sich für Informationsstände und kann bei uns zum Preis von 1 DM plus Porto nachgefordert werden. Erinnert wird auf dem Plakat an die Forderung des 11. ordentlichen DGB-Kongresses von 1978 nach einem völkerrechtlichen Verbot der Neutronenbombe. Durch die ausgerechnet am 36. Jahrestag des ersten Atombombenabwurfs auf Hiroshima verkündete Anordnung des US-Präsidenten Reagan zur Produktion der Neutronenbombe gewinnt dieser Beschluß erneut große Bedeutung.

Inzwischen pfeifen es die Spatzen von den Dächern, daß die verstärkte Aufrüstung mit einem seit Bestehen der Bundesrepublik gravierendsten Sozialabbau einhergeht. An allen Ecken und Enden wird der Rotstift angesetzt. Betroffenen sind die Lohn- und Gehaltsabhängigen, die Rentner und die Familien. Es gibt faktisch kein Gebiet, das ausgespart wird. Und die Hiobsbotschaften häufen sich. Auch unsere Zeitschrift ist betroffen. Einen gehörigen Schlag ins Kontor bedeutet für uns die angekündigte Verdoppelung der Mehrwertsteuer von bisher 6,5 auf 13 Prozent.

Wir haben bereits hin und her überlegt. Das Ergebnis ist: Wir können die Qualität und den Preis nur halten, wenn wir Hunderte neuer Abonnenten gewinnen. Da uns aber der dafür notwendige Werbefonds fehlt, appellieren wir an die Leser, uns zu helfen. Gewiß gibt es diese oder jene Kollegin bzw. Kollegen, die Interesse an der Zeitschrift haben. Wenn nur jeder zweite unserer langjährigen Leser einen Abonnenten gewinnt, so sind wir aus dem Dilemma heraus. Bestellabschnitte sind in der beigefügten Werbung ebenso enthalten wie Informationen über Neuerscheinungen unseres Verlages. Selbstverständlich – um noch einmal auf unsere finanziellen Probleme zurückzukommen – würden wir uns auch über Spenden freuen. jaco

TERMINKALENDER

- **18. bis 19. September**
Bundesarbeitstagung für Vertrauensleute der Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten in Dortmund
- **27. September bis 1. Oktober**
12. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft in Ruhpolding
- **2. Oktober**
13. Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie in Duisburg
- **3. und 4. Oktober**
Außerordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Frankfurt/Main
- **4. bis 10. Oktober**
11. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in Travemünde
- **9. bis 11. Oktober**
19. Bundestag der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft der CDU (CDA) in Mannheim
- **27. bis 29. Oktober**
10. Bundesangestelltentag des DGB in Dortmund
- **30. bis 31. Oktober**
Zentrale Angestelltenkonferenz der Gewerkschaft Textil – Bekleidung in Essen
- **15. bis 18. November**
11. Vertrauensleutekonferenz der IG Metall in Frankfurt/Main
- **19. bis 21. November**
11. Bundesjugendkonferenz des DGB in Willingen
- **26. bis 28. November**
8. Zentrale Frauenkonferenz der Gewerkschaft Textil – Bekleidung in München
- **2. bis 3. Dezember**
11. Beamtentag des DGB in Bonn
- **Januar und Februar 1982**
Delegiertenkonferenzen der DGB-Landesbezirke zur Vorbereitung des 12. ordentlichen DGB-Bundeskongresses
- **10. bis 15. Februar 1982**
10. Kongreß des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) in Havanna (Kuba)
- **16. bis 22. Mai 1982**
12. ordentlicher DGB-Bundeskongreß in Westberlin

D 3476 EX

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt.
NACHRICHTEN-
Verlags-GmbH,
Glauburgstr. 66,
Postf. 18 03 72,
6000 Frankfurt/M.

0603650 N1 81.009 0039
FREIE UNIVERSITÄT B.
VORM. OTTO-SUHR-INSTITUT
IHNESTR. 21

1000 BERLIN 33

810803
13

Zu guter Letzt

Am 10. Oktober nach Bonn

Kollegen, wir fahr'n nach Bonn.

Kollegen, wir fahr'n nach Bonn.

Wißt ihr es denn auch alle schon,

Am 10. 10. geht's nach Bonn.

Kollegen, wir fahr'n nach Bonn.

Heinz Oskar, komm mit nach Bonn.

Heinz Oskar, komm mit nach Bonn.

Und bringe auch den Eugen mit

und pfeife auf den Helmut Schmidt.

Heinz Oskar, komm mit nach Bonn.

Heinz Oskar, dieser Beschluß,

Heinz Oskar, der ist doch Stuß.

Jetzt kannst du ihn noch revidier'n

Bevor wir die Geduld verlier'n.

Heinz Oskar, damit ist Schluß!

Kanzler, wir kommen nach Bonn.

Kanzler, zu dir nach Bonn.

Ruf du schon mal den Reagan an.

Daß er sein Scheiß behalten kann.

Kanzler, wir kommen nach Bonn.

Apel, wir kommen nach Bonn.

Apel, zu dir nach Bonn.

Vergiß die Pershing zwoo geschwind

Und sag dem Reagan, daß er spinnt.

Apel, wir kommen nach Bonn.

Schorsch Benz fährt auch nach Bonn.

Schorsch Benz, du fährst nach Bonn.

Wir haben einen guten Plan:

Wir werden all zusammen fahr'n.

Schorsch Benz, wir fahren mit.

Kollegen, komm mit nach Bonn.

Kollegen, komm mit nach Bonn.

Ganz sicher wißt ihr's alle schon,

Am 10. 10. geht's nach Bonn.

Kollegen, komm mit nach Bonn.

(Nach der Melodie: „Theo, wir fahr'n nach Lodz“)

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der NACHRICHTEN ist als Eigenbeilage ein Plakat „Gewerkschaften für Abrüstung!“ beigelegt. Wir bitten um freundliche Beachtung.

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Gewerkschaftsspiegel
Informationen und Kommentare

ISSN 0047-8598

Herausgeber: Arthur Böpple, Bremen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Willi Malkomes, Frankfurt; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Verlags- und Redaktionsanschrift:
Postfach 18 03 72, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/Main; Tel. (06 11) 59 97 91; Konto-Nr. 1 615 6129 00 Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M.; Postscheckkonto: Frankfurt/Main 3050 40-606.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember – nur für Abonnenten).

Einzelpreis 4,- DM; Jahresabonnement 36,- DM einschließlich Zustellgebühren. Das Jahresabonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht bis zum 30. November des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird.

Redaktionskollegium:
Gisela Mayer, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.
Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.
Dr. Heinz Schäfer, Sternstraße 52, 6103 Griesheim.
Gerd Siebert, Burgstraße 4, 2411 Borstorf/Mölln.

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe, bei Interviews und Artikeln von nicht der Redaktion angehörenden Autoren ist die Zustimmung des Gesprächspartners bzw. Autors notwendig.

Redaktionsschluß: 29. August

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.

NACHRICHTEN-Verlags-
Gesellschaft mbH

Frankfurt am Main

